

Materialien - KPÖ - innerparteiliche Dokumente - Jänner bis Juli 1925

20 Dokumente, 58 Seiten, Faksimile

Die hier zusammengestellten Dokumente umfassen den Zeitraum vom Jänner bis Juli 1925. Am V. Weltkongress (17.6.-8.7.1924) war eine spezielle österreichische Kommission eingesetzt worden, was allein schon ein deutlicher Hinweis auf die Tiefe der fraktionellen Auseinandersetzungen in der KPÖ war. Auch das Frühjahr 1925 war von solchen tiefgreifenden Differenzen geprägt.

Das hatte zur Folge, dass sich auch die Exekutive der Komintern im Frühjahr 1925 wieder mit der *österreichischen Frage* beschäftigen musste (siehe dazu u.a. Dokument 14 unserer Zusammenstellung). Auch der ursprünglich für Juli 1925 vorgesehene 8. Parteitag musste auf September 1925 verschoben werden. Dieser brachte zwar nicht die von der KPÖ in Schlagzeilen verkündete Einheitlichkeit der Partei (Ein Wendepunkt! Die KPÖ einheitlich! - Rote Fahne, 15.9.1925), sie brachte aber eine (Vor-) Entscheidung zwischen den innerparteilichen Blöcken: einerseits das Bündnis von Frey, Tomann und Koritschoner und auf der anderen Seite der Block um Johann Koplenig / Gottlieb Fiala (und Teilen der alten Frey-Fraktion um Hexmann, Donauer etc.). Frey wurde auf vergleichsweise unwichtige Posten abgeschoben, der Ausschluss folgte aber erst Anfang 1927. Auch Tomanns Ausschluss ließ noch auf sich warten - in seinem Fall sogar noch bis 1932. Die Niederlage des Blocks um Frey / Tomann am 8. Parteitag stellte jedenfalls die Weichen für die Konsolidierung der Pufferfraktion um Koplenig und Fiala - ganz im Sinne des Exekutivkomitees der III. Internationale und des stalinistischen Flügels in der Komintern.

Noch war diese Entscheidung nicht gefallen, aber - wie u.a. der Brief des KPÖ-Reichssekretariats für Organisation an Josef Frey (Dokument 12) klar unterstreicht - die Strömung um Johann Koplenig, die *Pufferfraktion*, gewann zunehmend Boden, und konnte sich in ihrer Frontstellung gegen die Opponenten Frey, Tomann, Koritschoner etc. der Unterstützung der Komintern-Führung sicher sein. Die Auseinandersetzungen dominierten aber, und auch das zeigen die Dokumente, das parteiinterne Leben der KPÖ auch noch im Frühjahr 1925.

Manfred Scharinger, 15.6.2026

KPÖ - innerparteiliche Dokumente - Jänner bis Juli 1925

Nr.	Autor/innen	Dokument	Zeit	Seiten
1	Viktor Stern	Brief an Lieber Freund	[ca. Anfang 1925]	10
2	Friedrich Hexmann	Antrag zur Reichskonferenz der revolutionären Blocks [25.1.1925]	[Jänner 1925]	1
3	xxx	[Antrag zur Reichskonferenz der revolutionären Blocks, 25.1.1925] [beschädigt]	[Jänner 1925]	4

4	xxx	Zur Frage der Taktik. Die Bewertung der Sozialdemokratie	[ca. Anfang 1925]	2
5	xxx	Zur Lage in der Partei [beschädigt]	Jänner 1925	5
6	xxx	Der Ausgang der Wahlen in Deutschland [beschädigt]	[Jänner 1925]	2
7	xxx	Die Ursachen der Inaktivität der GG	[Jänner 1925]	1
8	xxx	Zur Angelegenheit Tomann [beschädigt]	Jänner 1925	3
9	Jakob Frank	Thesen zur Blockkonferenz am 25.1.1925	1.2.1925	1
10	Peter	Stellungnahme zu den Grünbacher Ereignissen	1.2.1925	2
11	xxx	Stellungnahme zu den Grünbacher Ereignissen	[ca. Februar 1925]	2
12	KPÖ-Reichssekretariat für Organisation	Brief an Josef Frey	[Februar / März 1925]	1
14	Rote Fahne	Die Resolution der österreichischen Kommission bei der Komintern zur österreichischen Frage	6.3.1925, S.5	1
15	Reichenberger Vorwärts	Viktor Stern: Die österreichischen Methoden	7.3.1925, S.6	1
16	xxx	Ausgang der Vertrauensmännerkonferenz [beschädigt]	8.3.1925	2
17	Viktor Stern	Brief an Lieber Freund	10.3.1925	8
18	Politisches Büro der KPÖ	Zur erweiterten Exekutive. Antrag des Pol.-Büros an den Partei-Vorstand	[ca. März 1925]	4
19	Politisches Büro der KPÖ (Mehrheit)	Anlage zur Resolution der Mehrheit des Pol.-Büros	[ca. März 1925]	2
20	[ungenannter Frey-Anhänger]	Brief an Richard Schüller	3.7.1925	6
				58

Lieber Freund!

Du fragst mich um meine Meinung über die Entwicklung, die die Partei seit Herbstanfang genommen hat. Ich will versuchen, nachfolgend die wichtigsten Fragen herauszuarbeiten.

A. Die Angelegenheit Thomann.

1. Die Spaltung der Thomann-Fraktion.

Dass Thomann schliesslich die Prügelei gegen den F.V. inszenierte und an Kopplenig die Hand anlegte, war, von der Form abgesehen, keine zufällige Verirrung. Durch die zähe Arbeit der Frey-Gruppe war Thomann schliesslich in eine solche Zwangslage geraten, dass er alles aufs Spiel setzen musste. Die Frey-Gruppe konnte warten, denn für sie arbeitete die Zeit. Die Mitgliedschaft musste schliesslich aus den Erfahrungen zulernen. Für Thomann aber war und ist die politische Unreife der Mitglieder das Fundament. Er konnte es also nicht riskieren für längere Zeit nach Deutschland oder Tschechien oder Russland zu gehen.

Aber es war auch kein Zufall, dass gerade die Kopplenig und Maresch mit ihrem Anhang sich schliesslich gegen Thomann wandten. Denn es waren dies gerade jene Elemente der Thomann-Fraktion, die die Erkenntnis gewonnen hatten - und auch das war das Resultat der zähen Arbeit der Frey-Gruppe - dass eine Gesundung der Partei mit Thomann nicht möglich sei, weil Thomann in sich das System der Korruption, der Parteienanarchie, der Desorganisation und der Unklarheit als Grundsatz verkörpert. Die Watschen Thomanns haben diese Erkenntnis nur beschleunigt.

So hatte die Frey-Gruppe nach langwieriger Arbeit schliesslich die Spaltung der Thomann-Fraktion herbeigeführt: Auf der einen Seite Thomann mit seinen Getreuen - auf der anderen Seite die Kopplenig-Maresch mit ihrem Gefolge, die sich schon damals mit dem aus Deutschland gekommenen Zentrumsmann Wurm zusammenschlossen.

2. In dieser Lage hatte die Freygruppe folgende Aufgaben:

a) Mit grösster Beschleunigung und Energie Vorwärtstreiben der Kopplenig-Maresch-Wurm-Gruppe (abgekürzt KMW) zur Liquidierung der Thomann-Fraktion und zur vollkommenen Liquidierung Thomanns mit seinen korrupten Anhängseln Tober und Post.

Sofortigen Schluss erwirken mit der mechanischen Ausschaltung der Frey-Gruppe vom Referieren, Bildungsarbeit usw.

Besetzung von Positionen, z.B. Lokalausschuss /izing.

Straffes Zusammenfassen des etwas gelockerten Gefüges der Frey-Gruppe (abgekürzt F-G) im Wiener Massstab und Wiederherstellung einer regelmässigen Verbindung mit den Genossen der Provinz.

b) Vom ersten Augenblick der faktischen Kooperation mit der Gruppe KMW innerhalb der Frey-Gruppe schärfste ideologische Abgrenzung gegenüber der Gruppe KMW., d.h. es musste allen Genossen der F-G. sofort vom ersten Augenblick mit aller Schärfe aufgezeigt werden: Nur keine Illusionen! Die F-G. hat mit der Gruppe KMW. nur ein negatives Ziel gemeinsam, nämlich den Kampf gegen die Thomann-Fraktion. (abgekürzt Tfr.) - dagegen besteht in der positiven Zielsetzung ein Gegensatz zwischen beiden Gruppen: Die Gruppe KMW. will den Kampf der beiden anderen Fraktionen besitzen, um sich selbst in den Sattel zu werfen, während die F-G. den Kampf führt, um nach Liquidierung der Mistdenzen (Tfr.) die Führung selbst in die Hand zu nehmen, wobei sie im Plane hatte und hat, sich die Elemente der KMW.-Gruppe schliesslich einzuordnen, und sich darüber von vornherein klar war, dass das nur möglich sei nach Kampf.

3. Vollkommenes Versagen der F-G.

Die F-G. wusste diese grossartige Situation nicht im Geringsten auszunutzen. Sie verstand es nicht, die KKW.-Gruppe vorwärtszutreiben, Positionen zu besetzen usw. Sie liess die Dinge laufen, war passiv und erwartete alles von der KKW.-Gruppe. Diese passive Faktik hat sich schwer gerächt. Darüber später.

nämlich
als
Soldaten/
Hier ist aber notwendig, die Verantwortlichkeit festzustellen. Schuld daran trägt im Vollmasse die Führung der F-G. Die Führer, obwohl sie für ihre Person aktiv waren, haben als Führer vollkommen versagt, sie erfüllten keine der obigen Aufgaben, sie riefen die F-G. nicht zusammen, um die Genossen aufzuklären, zusammenzuhalten, zu gleichem Handeln zusammenzufassen; mehr noch, sie erhielten von erprobter Seite wichtige Ratschläge, sie haben nicht einen einzigen davon befolgt, sie haben die Genossen nicht darüber informiert, sie haben es nicht für nötig befunden, ihre abweichenden Ansichten klarzulegen. Den wichtigsten Fragestellungen wichen sie bei ihren Antworten aus.

4. Die Folgen des Versagens der F-G.

Zunächst einmal kostbarer Zeitverlust! In solcher Situation gilt der Grundsatz: das Eisen muss geschmiedet werden, solange es heiss ist. Ohne Verszug vollendete Tatsachen schaffen, die nicht mehr geändert werden können. Durch das langsame Vorgehen, das Schwanken, die Passivität der F-G. blieb allen möglichen Interessenten Zeit für ihre Intrigen. Neurath, Landler, Alpari, Strasser und die vielen anderen Kurpfuscher, die an der Partei schon herumgedoktort haben und nichts mehr fürchten, als dass einmal ihre erbärmliche Kurpfuscherei ans Tageslicht kommt, setzten ihre sehr guten Beziehungen in Bewegung und das Wunder geschah: die Komintern erklärte den Ausschluss des Watschen-Thomann für ungültig.

Da die Gruppe KKW. nicht dem geringsten Druck von Seiten der F-G. ausgesetzt war, so handelte sie selbstverständlich nur nach ihrem eigenen Gruppeninteresse. Welches war aber das Gruppeninteresse der KKW.? Sie wollten selber die Führung an der Partei erlangen und behaupten, und da ergab sich für sie ein wenn auch unbewusster Schluss: Die Vernichtung der Tfr. bedeutet die Führung der F-G., daher darf die Gruppe KKW. die Tfr. nicht verachten, sondern nur schwächen. Daraus erklärt sich, trotz der Frägel und Watschen, die die KKW. von der Tfr. bekommen hatten, ihr fortwährendes Schwanken gegenüber der Tfr. Die F-G. drückte nicht; es kam was kommen musste. Die Tfr. wurde nur geschwächt und so blieb diese Gruppe des Schatzes, der Desorganisation, der Unklarheit, der politischen Linienlosigkeit, der Interessenten an der Weitererhaltung der politischen Unreife der Mitgliedschaft der Partei weiter erhalten.

B. Die Reichskonferenz vom 16. November.

1. Vollkommenes Versagen der F-G. schon bei der Vorbereitung.

Die F-G. musste sich zur Reichskonferenz politisch, organisatorisch vorbereiten. Unter allen Umständen musste ein einheitliches Vorgehen auf der Reichskonferenz vorbereitet werden, namentlich in der so wichtigen Frage der Besetzung des Uebergangs-P.V., der den Parteitag vorbereiten soll. Von erprobter Seite wurden die Führer der F-G. unausgesetzt gedrängt; sie blieben passiv.... So kam die F-G. vollkommen unvorbereitet auf die Reichskonferenz. Wohl haben

sich dort die meisten Genossen als Einzelpersonen sehr gut gehalten, aber das konnte nicht verhindern, dass die F-G. als Ganzes dort vollkommen versagte. Die Hauptschuld daran trifft die Führer.

2. Vor allem war es unumgänglich notwendig, die F-G. parteilich auf die RK. vorzubereiten. Inzwischen hatte sich nämlich die Gruppe KKW. zu einer wirklichen, wenn auch etwas links lackierten Mittelgruppe (MG.) herausgebildet mit dem linkslackierten Zentrumsmann Frank an der Spitze als geistigem Haupt. Alles was in der Partei schwankt oder strebert, hat sich an diese Gruppe angeschlossen. Zur Vorbereitung der RK. war es unbedingt notwendig, die F-G. klar und scharf gegenüber der MG. abzugrenzen, aufzeigen, was die F-G. gemeinsam hat mit der MG. (Kampf gegen Tfr., wobei die MG. nur schwächen will, während die F-G. ~~verrichten~~ liquidieren will), aufzeigen das Trennende (die MG. will die Führung der Partei, will den Kern der Partei bilden und die F-G. sich zum Schwanz machen, während die F-G. selbst die Führung erkämpfen will und die MG. sich einordnen will.- Die F-G. stützte dieses 1. auf ihre Rolle in der Vergangenheit in der Partei, in der sie bewiesen hat, dass sie der Führung gewachsen ist, unter ihrer Führung ist die Partei aufgestiegen. Als die F-G. dann in der Opposition war, hat sie einen Kampf unter den allerschwersten Bedingungen geführt, durch zwei Jahre, Ausschlüsse, Ausschaltungen, Suspendierungen, Entlassungen usw.usw. mitgemacht und es geht nicht an, dass nun jemand vom Himmel herabfällt, der das alles nicht mitgemacht hat und sich der Früchte des Kampfes bemächtigen will. 2. Vor allem aber mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage und die Zukunft der Partei, der die F-G. politisch, gewerkschaftlich und organisatorisch gewachsen ist, nicht nur weil sie es in der Vergangenheit schon bewiesen, sondern auch durch die richtige Einschätzung der Lage und der Perspektive und die richtige Taktik, die sie vorschlägt usw. Darüber im Kapitel 6. 3. Schliesslich noch eine Kleinigkeit. Wen hat die MG. hinter sich? 20 % der Mitgliedschaft. Die Tfr. hat etwa 30 % und die F-G. hat 50 %.)

Es war ein verhängnisvoller Fehler in den Genossen der F-G. die Meinung aufkommen zu lassen und sie bei der Meinung zu lassen, dass die MG. eigentlich dasselbe wolle wie die F-G. und dass der Kampf der F-G. mit der Liquidierung oder wenigstens Zurückdrängung der Tfr. erschöpft sei. Dies hiess das eigentliche, das positive Ziel preisgeben. Das ist geschehen durch die Schuld der Führer und das hat dazu geführt, dass die F-G. ideologisch nicht genug gefestigt auf die Reichskonferenz kam. Durch das weitere Verhalten der Führer als Führer auf der Reichskonferenz wurde diese Lockerung noch verbreitert und vertieft und in dieser gesteigerten Lockerung der F-G. besteht ihre eigentliche Niederlage.

3. Vollkommenes Versagen der F-G. auf der RK. selbst, richtiger der Führer der F-G.

a) Verhalten beim Tagesordnungspunkt: Stellungnahme zum Weltkongress.

Abgesehen von einzelnen Dumheiten verhielt sich die F-G. hier richtig und der Vorstoss gegen die Riess-Ketzlich-Strömer war sogar sehr gut, weil er einen weiteren Keil in die Tfr. hineintrieb.

b) Vollkommenes Versagen der F-G. bei der Stellungnahme zur Parteikrise.

I. In politischer Beziehung was die Vergangenheit betrifft. Die Schwanzpolitik. Frank bezeichnete die Schwanzpolitik als die Hauptursache, dass die Partei nicht aufgestiegen ist und behauptete, dass beide Fraktionen diese Schwanzpolitik getrieben hätten.

Niemand von der F-G. und vor allem die Führer wusste ihn nicht zu fragen: Meane uns nur einen einzigen konkreten Fall, in dem die F-G., als sie in der Führung Schwanzpolitik getrieben oder als sie in der Opposition war, Schwanzpolitik kritiklos hingenommen hätte.

Niemandem von der F-G. fiel es ein, auch den Führern nicht, dass doch diese politische Frage vom allerersten Anfang an einen wesentlichen Differenzpunkt zwischen Frey auf der einen und Thomann und Koritschoner auf der anderen Seite. Schon in dem ersten Berichten der Frey-Gruppe an die Komintern im Dezember 1922 (!) wendete sich die damalige Parteivorstandsmehrheit (Frey) gegen die Taktik des Nachhinkens, des Gewerkschaftsrates und später in der Opposition hat die F-G. die Taktik des Nachhinkens auf politisch und gewerkschaftlich aufs schärfste kritisiert (Wiener Landesparteitag, April 1923; Memorandum an die Erweiterte Exekutive in Moskau, Juni-Juli 1923; Memorandum an den V. Weltkongress 1924.).

II. In gewerkschaftlicher Beziehung, was die Vergangenheit betrifft.

Die syndikalistischen Tendenzen.

In der Frage des Verhältnisses der Gewerkschaftsarbeit zur Partei, des Verhältnisses der Kommunisten in den Gewerkschaftsblocks und im Gewerkschaftsrat zum Parteivorstand, wurde der F-G. vollständig Recht gegeben, aber die Genossen haben verabkumt, das zu unterstreichen, sodass die gesamte Mitgliedschaft das mit aller Deutlichkeit erfährt, denn das war der entscheidende Ausgangspunkt des ganzen Parteikonfliktes. Hier musste eine Erklärung abgegeben werden, die feststellte, dass die F-G. in dieser wichtigen Frage, die den Ausgangspunkt des Parteikonfliktes gebildet hat, vollkommen recht bekommen hat und zugleich musste darauf hingewiesen werden, dass durch diese Entscheidung der RK. bewiesen ist, dass der Kampf der F-G. sachliche Ziele hatte.

III. In partei-politischer Beziehung.

Die Frey-Gruppe habe menschevistische Tendenzen, denn sie habe ein Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie geplant. Was ist die Wahrheit?

Im Frühjahr 1922, als die Partei vor der Frage stand, welche Taktik in der Oktoberwahl vorzuschlagen, damals schlug die F-G. vor, die Partei solle selbständig in den Wahlkampf gehen, aber sie solle sich durch eine geschickte Taktik für dieses selbständige Vorgehen die Chancen verbessern, die Massen leichter für die K.P.Oe. mobilisieren und darum schlug sie vor, dass Sozialdemokratie von langer Hand öffentlich das Angebot zu machen in einheitlicher Front, zusammen mit der K.P.Oe. den Massenkampf einzuleiten für bestimmt angeführte Ziele. Diese Ziele waren so gewählt, dass sie den Massen verständlich und vom Standpunkt der Massen annehmbar, aber für die Sozialdemokratie von ihrem Parteistandpunkt absolut unannehmbar. Die wichtigsten dieser Ziele waren: 1. Keine Lasten auf das Proletariat, alle Lasten auf die Bourgeoisie. 2. Bewaffnung des Proletariats. 3. Sturz der Sozial-Regierung, Schluss mit jeder Koalitionspolitik, Arbeiter- und Bauerregierung, gestützt auf die Betriebsräteorganisation und die Ordnungorganisation.

Unter der Bedingung, dass die Sozialdemokratie auf dieses Anerbieten öffentlich eingeht (nämlich ~~starkkritischer~~ Massenkampf in einheitlicher Front für obige konkrete Ziele solle die K.P.Oe. der Sozialdemokratie die Einheitsfront auch anbieten unter den gleichen Bedingungen für den Wahlkampf).

Diese Taktik hätte zweifellos für die Partei zu sehr günstigen Resultat geführt. Die entgegengesetzte Taktik, die eingeschlagen wurde, nämlich reiner Frontalangriff führte unter den damals gegebenen Verhältnissen zu einer katastrophalen Niederlage. Aber die F-G.

Aber die F-G. klammerte sich nicht an ihren Vorschlag. Ihr Vertreter zog im Laufe der Verhandlungen, da in der Debatte Redner sich dagegen wandten (in der Oesterreichischen Kommission der Erweiterten Exekutive Juni 1923 in Moskau) den Vorschlag kurzerhand zurück. Niemandem in Moskau fiel es ein, von menschevistischer Tendenz zu sprechen. Das blieb zwei Jahre später vorbehalten dem linkslackierten Zentrum (Peter-Artikelin der "Inprekor").

Auch die Tfr. habe menschevistische Elemente in sich, gesteht als das linkslackierte Zentrum grossmütig zu (der Tfr. wurden die menschevistischen Abweichungen konkret von uns bewiesen!) - aber die F-G. habe Elemente in sich, die noch viel weiter rechts stehen! Warum, zum Teufel hat keiner der Delegierten der F-G. gefordert, dass das linkslackierte Zentrum und ihr Protektor, der linkslackierte Remmele, diese Elemente namentlich bezeichnet; da wäre die Verlogenheit dieser Argumentation Remmeles und anderer linkslackierter Helden klar zu Tage getreten. Solche Lügen darf man nicht widerspruchslos hinnehmen, sonst schadet man der eigenen Sache.

Die syndikalistischen Abweichungen der Tfr. sind nur die Reaktion auf die menschevistischen Abweichungen der F-G. Das ist der Gipfel der Verlogenheit. Wann sind die syndikalistischen Abweichungen der Tfr. aufgetreten? Schon im Herbst 1922 und sie wurden gleich damals von den Freyiten bekämpft. Wenn also die syndikalistischen Tendenzen der Tfr. durch die Freyiten hervorgerufen worden wären, dann müssten die rechten Tendenzen der Freyiten schon vor dem Auftreten der syndikalistischen Tendenzen aufgetreten sein. Welche rechten Tendenzen waren das? Die Delegierten der F-G. hätten konkrete Antwort verlangen müssen. Wenn ein einziger Delegierter diese Klarstellung verlangt hätte, die linkslackierten Zentrumshelden, die da so herumgehogen haben, dass sich die Balken bogen, wären fürchterlich in die Bude getrieben worden.

Und noch eine grössere Lüge blieb unbeantwortet: dass nämlich die Tfr. zu den syndikalistischen Abweichungen dadurch gedrängt worden sei, dass die Freyiten sie aus allen Positionen in der Partei verdrängten. Da hätte in Erinnerung gerufen werden müssen, dass die Thomanniten selbst damals, als die Freyiten führten, 50 % des gesamten Parteiapparates in Händen hatten und seit März 1923 überhaupt aus dem Parteiapparat ausgeschaltet wurden. Nicht einmal als Zeitungsexpeditoren wurden Frey-Leute geduldet (Tramer!). Es ist also genau umgekehrt: aus den Positionen verdrängt wurden die Freyiten, also ist obige Erklärung der syndikalistischen Abweichungen der Tfr. eine glatte Lüge.

Die Disziplinbrüche: Einige Genossen haben versucht wenigstens den Schwindel zu verhindern, dass die Disziplinbrüche, welche einzelne Frey-Leute vor dem 5. Weltkongress begangen haben, gleichgestellt wurden den Disziplinbrüchen, die die Tfr. nach dem 5. Weltkongress begangen hat. Aber auch diese Genossen haben vollkommen vergessen, zu unterstreichen, dass die Disziplinbrüche, die einzelne Frey-Leute vor dem 5. Weltkongress begangen haben, begangen wurden, um die Beschlüsse der Komintern, der Erweiterten Exekutive von 1923 gegen die sich darüber hinwegsetzenden Thomann-Leute zu verteidigen.

Der Mist bleibt der Partei erhalten. Thomann wurde wiederaufgenommen, mehr noch es wurde garnichts unternommen, dass er von Wien wegmuss, Der Führer der F-G. ist verbannt, Thomann ist zweimal aus der Verbannung desertiert und jetzt lässt man ihn einfach in Wien.

Und auch die Tobler und Forst bleiben der Partei erhalten. Das bedeutet der Beschluss, dass alle schwebenden Verfahren niedergeschlagen werden.

Wahl des Parteivorstandes. Das war praktisch die entscheidendste Frage der KK., denn der P.V. hat den Parteitag vorzubereiten, der voraussichtlich im Frühjahr stattfinden wird. Die Wahl ist für die F-G. sehr schlecht ausgefallen. Diese Frage hätte im Kreise der F-Leute vorberaten werden müssen. Vorher hätte festgestellt werden müssen, welchen Einfluss will die F-G. in der Parteileitung erkämpfen und welche Personen will sie hineinentsenden? Obwohl die F-G.

den stärksten Anhang in der Mitgliedschaft hat, ist sie im P.V. schwächer vertreten als die M.G. aber auch schwächer als die Tfr.

Nebenbei: am 27. November 1923 langte ein Beschluss der Komintern in Wien ein, worin die Verbannung von 5 Genossen (Thomann, Koritschoner, Wertheim, Frey, Friedländer) verfügt wurde - bekanntlich haben sich 4 Genossen zu drücken gewünscht, Thomann und Wertheim sind einfach desertiert, nur Frey ist in der Verbannung - aber ausserdem hiess es darin, dass diese 5 Genossen auf dem nächsten Parteitag nicht in den Parteivorstand gewählt werden würden. Dieser Beschluss ist bis heute nicht aufgehoben und siehe da, trotzdem sitzt Koritschoner heute im Parteivorstand. So werden die Beschlüsse der Komintern mit Füssen getreten und von der F-G. hat keiner dagegen den Mund aufgemacht.

IV. Einschätzung der Lage, taktische Linie.

Welches ist das Verhältnis in dieser entscheidenden Frage zwischen der F-G. und der führenden M.G.?

1. Einschätzung der Lage. Frank, der geistige Führer der M.G. schätzt die jetzige Lage in Oesterreich ein als "unmittelbar revolutionäre Situation". So auf der RK. am 16. November. Und in der "Roten Fahne" am 30. November spricht er ausdrücklich von "aktueller revolutionärer Situation".

Diese Einschätzung ist falsch, den Ereignissen vorauslaufend und in ihren Konsequenzen gefährlich, weil sie zu einer Taktik führen muss, für die die Lage noch nicht weit genug entwickelt ist. Wo stehen wir heute in Oesterreich? Die Lethargie der Massen beginnt zu weichen, die Massen beginnen in Kampf zu treten für ihre Tagessorgen. Die wirtschaftlichen, sozialen, politischen Gegensätze beginnen sich in revolutionärer Richtung zuspitzen. Das wird schliesslich zu einer aktuellen revolutionären Situation führen, aber heute stehen wir erst am Anfang dieser Entwicklung.

2. Die Konsequenzen dieser falschen Einschätzung. Wenn wir in Oesterreich eine aktuell-revolutionäre Situation haben, dann ist selbstverständlich der bewaffnete Aufstand die unmittelbare Aufgabe der Partei. Frank zieht also den richtigen Schluss aus der Voraussetzung, aber die Voraussetzung ist falsch.

Natürlich wirkt sich diese falsche Einstellung auch in den Losungen aus. Da die M.G. der Auffassung ist, dass in Oesterreich eine unmittelbar revolutionäre Situation, muss sie alles auf die Endlosungen setzen. Die Uebergangslösungen spielen gar keine besondere Rolle. Das sprach Frank auf der RK. etwas unklar aus.

Dieser Fehler in den Losungen macht sich in der Praxis nicht so fühlbar, weil die Praxis ~~selbst~~ die theoretischen Ausführungen Franks korrigiert.

Wie muss heute die Einstellung der K.P.Oe. zum bewaffneten Aufstand sein? Bei dieser noch nicht genügend entwickelten Lage ist der bewaffnete Aufstand noch nicht die unmittelbare Aufgabe der Partei, aber die Lage ist so, dass die Partei jeden Schritt, den sie macht politisch, gewerkschaftlich, organisatorisch, nicht nur ideell, sondern praktisch heute schon ausrichten muss auf den bewaffneten Aufstand, den bewaffneten Aufstand ideell und praktisch heute schon auf politischem, gewerkschaftlichem, organisatorischem Gebiet vorbereiten muss.

Da wir in Oesterreich keine unmittelbar revolutionäre Situation haben, sondern die Lage, dass die Massen in Bewegung zu geraten beginnen für ihre Tagessorgen, so hat die Partei bei dieser Lage folgende Aufgaben: die Massen im Kampf für ihre Tagessorgen vorwärts zu bringen, im wachsenden Masse zu trachten, diese Bewegung zu beeinflussen, unter die Führung der K.P. zu bringen und ihr die Richtung auf die kommunistischen Ziele zu geben. Es spielen also die Tageslosungen eine sehr wichtige Rolle und die jeweils aktuellen Tageslosungen mit den Endlosungen geschickt zu verknüpfen; das ist heute die Aufgabe der Partei.

3. Welche taktischen Mittel soll heute die Partei anwenden? Darauf gibt die MG. zur Antwort: die Partei dürfe heute und für absehbare Zeit "n u r die Einheitsfronttaktik von unten" anwenden. Das steht in direktem Widerspruch mit den Beschlüssen des 5. Weltkongresses, der ausdrücklich für Länder, wo die sozialdemokratische Partei noch eine grosse Macht darstellt, ausgesprochen hat, dass dort die Kommunistische Partei die Taktik der Einheitsfront von unten und oben miteinander kombinieren müsse, wobei selbstverständlich der Nachdruck auf die Einheitsfront von unten zu legen sei.

Die Partei bei dieser Lage, bei diesen Kräfteverhältnissen ein-schränken auf Einheitsfronttaktik nur von unten, bedeutet praktisch den Verzicht auf jede Einheitsfronttaktik. Da aber die Einheitsfront-taktik heute die einzigste mögliche Taktik ist, die der K.P.Oe. offen steht, so bedeutet das sich Festlegen der Partei auf nur Einheitsfronttaktik nur von unten den Verzicht auf jede Politik überhaupt. Die Partei wird so reduziert zu einer Propagandaorganisation, die keine Politik macht, sondern den Massen die Heilslehren des Kommunismus predigt.

4. Die parteipolitische Perspektive. Frank stellt in Aussicht, die Partei werde "in einigen Monaten" Massenpartei werden. Das wird leider nicht eintreten. Das muss zu Illusionen, Enttäuschungen führen. Die Führung darf nicht überschwänglich, sondern muss nüchtern abschätzen. Sie darf nicht durch die Lage nicht gerechtfertigte Erwartungen in den Mitgliedern hervorrufen, . . . wobei, dieser Fehler führt zur Sünde des Vertuschens. Siehe die Niederlage bei den niederösterreichischen Gemeindevahlen, 30. November; die Partei hat nicht nur Mandate verloren, sondern auch Arbeiterstimmen (597 im Lilienfelder Bezirk z.B.), mehr noch in Neuenkirchen z.B. haben die Sozialdemokraten viele hunderte Arbeiterstimmen verloren und alle diese Stimmen sind den Bürgerlichen zugute gekommen, nicht eine einzige der K.P. Dasselbe geschah in vielen anderen Industriorten. Das beweist dreierlei: 1. dass die Perspektive, die Partei werde in einigen Monaten Massenpartei werden, falsch ist; 2. dass die Partei noch nicht marschiert, sondern sogar verliert; 3. dass die Partei auf die grosse Masse der unzufriedenen sozialdemokratischen Arbeiter noch nicht den geringsten Einfluss ausübt - trotz der Reichskonferenz vom 16. November; dass also das Auswechseln der Thomann-Garnitur durch die Frank-Koppleng-Garnitur, auch wenn es zweifellos einen Schritt vorwärts zur Reinheit der Partei bedeutet, nicht im geringsten bisher instande war, der Partei das politische Vertrauen der unzufriedenen Sozialdemokraten zu bringen. - Und schliesslich zeigt die Art und Weise, wie die "Rote Fahne" am 2. Dezember den Wahlausgang behandelte, dass die Frank-Gruppe (gerade durch ihre falsche parteipolitische Perspektive) gezwungen ist, die Niederlage zu vertuschen statt umgekehrt die Niederlage klar vor die Mitglieder zu stellen, die Ursachen zu prüfen und daraus die Lehren für die Mitglieder, für die Partei zu ziehen.

Falsch ist auch die Perspektive in Bezug auf die Sozialdemokratie. Er sagt voraus, die Sozialdemokratie werde "im Laufe einiger Monate" schwere Einbusse erleiden. Gewiss, da und dort bröckeln Mitglieder von ihr ab, aber trotz der Einbussen im Einzelnen wird die Sozialdemokratie in der nächsten Zeit noch wachsen, weil im Grossen und Ganzen die Illusionen der österreichischen Massen noch immer im Wachsen sind. Erst einige Wochen, vielleicht Monate nach dem Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung wird die Wendung kommen.

V. Das Wesen der Niederlage der F-G. auf der RK.

Die Niederlage der F-G. auf der RK. besteht nicht darin, dass sie nichts durchgesetzt hätte, im Gegenteil, sie hat manches erreicht, (obwohl sich bedeutend mehr hätte erreichen lassen): eine gewisse Zurückdrängung der Tfr., einige Machtpositionen zwar nicht erobert, aber doch wenigstens geachtet bekommen.

Aber die F-G. ist in der Grundvoraussetzung ihres Sieges geschwächt worden: der innere Zusammenhang der F-G. wurde empfindlich gelockert, nicht nur organisatorisch, sondern vor allem ideell, weil ein Teil der Genossen der F-G. vollkommen falsch annimmt, dass im Wesen die Ziele der F-G. erreicht seien.

Dafür trifft in vollem Masse die Hauptschuld die Führung der F-G. und ganz besonders einen der Führer, der sich zumindestens dadurch, dass die M.G. ihm in den Parteivorstand hineinnahm, etwas blenden liess.

F. Die Aufgaben der F-G.

I. Die Aufgabe der F-G. ist nicht beendet!

1. Die Misttendenzen in der Partei sind zurückgedrängt, geschwächt, aber noch nicht liquidiert. Die F-G. hat dahin zu wirken, dass die Misttendenzen vollkommen liquidiert werden müssen. In dieser Richtung muss die die M.G. unterstützen und vorwärtstreiben.

2. Gerade das Zurückdrängen der Misttendenzen bringt, je weiter dieser Reinigungsprozess fortschreitet, desto klarer das Zentralproblem der Partei zutage. Es ist dies das Problem, um dass der Kampf von Anfang an ging: die Partei muss um die Massen mit Erfolg führen zu können, selber eine Führung haben und zwar eine wirklich fähige Führung. Je günstiger sich die objektive Lage in Oesterreich gestaltet, desto grösser ist das Bedürfnis der Partei nach einer wirklich fähigen Führung, desto grösser wird sich der Widerspruch zeigen zwischen dem was die Partei an Führung braucht und dem was die jetzt führende M.G. tatsächlich leistet.

3. Ist es aber wahr, dass die jetzt führende Mittelgruppe der Führungsaufgabe nicht gewachsen ist? Verfolgt die F-G. etwa persönliche Ziele? Prüfen wir diese Frage rein sachlich.

Was ist zu einer richtigen guten Führung der Partei nötig? Die richtige Einschätzung der Lage und der Perspektiven, 2. die richtige Taktik, das heisst, die Wahl der richtigen Ziele und der richtigen Mittel, 3. rascher Ueberblick, Initiative, Tatkraft, organisatorisches Geschick.

Was 1. und 2. betrifft, so wurde schon oben zugleich mit der Kritik der Mittelgruppe aufgezeigt, dass die F-G. die Lage und die Perspektiven richtig einschätzt und der Partei die richtige Taktik vorschlägt. Was aber 3. betrifft, so hat die Vergangenheit der Partei gezeigt, dass die führenden Kräfte der F-G. diese Eigenschaften hatten und haben, während die Anlagen bei der M.G. diese notwendigen Fähigkeiten nicht verbürgen. Das wird in den nächsten Monaten noch deutlicher zutage treten, gerade je mehr sich die Lage zuspitzen wird.

Die F-G. hat also ihre eigentliche Aufgabe erst zu erfüllen, die negative zu Ende zu führen, vor allem aber den Kampf um die positive Aufgabe zu beginnen.

II. Um aber diese Aufgabe zu erfüllen, muss sich die F-G. fest zusammenschliessen in Wiener Massstab unter engem regelmässigen Kontakt mit den Genossen der Provinz.

Die F-G. muss ihren Personalbestand überprüfen, muss namentlich in Bezug auf Festigkeit die allgergrössten Anforderungen stellen und darf nur die allerfestesten Genossen in den Kern einbeziehen.

III. Vor allem aber muss die F-G. in dem Punkte, der die Niederlage herbeigeführt hat, das vollkommene Versagen der Führung, eine entschiedene Aenderung schaffen. Nur wenn sich die F-G. eine feste, aktive, zähe, ausdauernde Führung schafft, wird sie siegen.

IV. Die Taktik der F-G. in der nächsten Zeit muss diese sein:

- a) positive Mitarbeit auf der ganzen Linie,
- b) Besetzung von positionen,

- c) weitere Zurückdrängung der Misttendenzen,
- d) regelmässiger Kontakt untereinander, ideale Klärung und Festigung,
- e) fortlaufende Beobachtung und Kritik der Politik der führenden M.G., jedoch einstweilen nur zur eigenen Klärung ohne damit hervortreten, ohne die M.G. zu stören; sie soll eine Zeitlang die Möglichkeit haben, vollkommen ungestört zeigen zu können was sie trifft.

Die Wahl des Zeitpunktes, wann und in welcher Form mit der Kritik vorzustossen ist, wird durch folgenden Umstand bestimmt worden: erst bis der Widerspruch zwischen dem was die Lage fordert und dem was die Führung leistet und was sie leisten müsste, den Mitgliedern halbwegs fühlbar wird, erst bis ihnen eine Kritik nicht als Quertreiberei, nicht als Mittel für persönliche Zwecke, sondern als Mittel die Partei vorwärts zu bringen erscheint, erst da wird und muss die F-G. mit der Kritik vortreten und zugleich ihre positive Linie entwickeln.

- - - - -

Die Frey-Gruppe hat fürchterliche Schläge durchzuhalten gehabt. Zwei Jahre hindurch Ausschlüsse, Suspendierungen, Ausschaltungen, Entlassungen aus allen Anstellungen, Vertreibung aus allen höheren Funktionen, der Führer verbannt, alle führenden Genossen der F-G. mit Verleumdungen überschüttet, mit hunderttausenden Nachttöpfen übergossen ohne die geringste Möglichkeit der Gegenwehr. . . . zwei Jahr hindurch wurden das Parteistatut und der demokratische Zentralismus täglich hundertmal mit Füssen getreten, um nach Belieben gegen die F.-Leute vorgehen zu können, und alle diese Massregeln noch mit Hohn und Jauche übergossen: das alles hat die F-G. trotz mancher Schwankungen im Kleinen, im Grossen und Ganzen tapfer durchgehalten.

Nicht die Angriffe von aussen haben die F-G. zermürbt.

Zweimal im Verlaufe des Konfliktes hatte die F-G. trotz all dieser ungeheuren Schwierigkeiten den Sieg beinahe sicher schon in Händen. Das erste Mal im März 1923, als sie trotz der wütendsten Verfolgungen, trotzdem sie aus dem Parteiapparat und aus allen hohen Funktionen verdrängt worden war, trotz der unglaublichsten Schwindeleien, trotz der Gewalttätigkeiten der führenden Tfr., trotzdem die Tfr. die volle Unterstützung des damaligen Kominternvertreter Neurath genoss - als sie damals trotz alledem die wenn auch knappe Mehrheit auf dem Parteitag errang (1 Stimme Mehrheit) . Schon damals hinderete letzten Endes der Mangel an äusserster Entschlossenheit an der Durchkämpfung des Sieges.

Aber immerhin es gab damals doch nicht eine Entschuldigung: hatte doch der Kominternvertreter Neurath, womit niemand rechnen konnte, als er sah, dass er den Sieg der F-G. nicht verhindern konnte, den Parteitag kurzerhand aufgelöst und ein Direktorium eingesetzt, das die alte Wirtschaft noch in verschärftem Masse weitertrieb. . . .

Das zweite Mal war der Sieg fast sicher in den Händen der F-G. als der Führer der Tfr., Thomann in seiner Zwangslage sich schliesslich an den Parteivorstandsmitgliedern tätlich vergrieff. Dies führte zu einer solchen Lage in der Partei, die den Sieg für die F-G. sicher machte - bei entschlossenem Vorgehen. Die schwache Haltung der F-G. in dieser Lage, ihr passives Zögern führte schliesslich zur Wiederaufnahme des ausgeschlossenen Thomann und schwächte die Position der F-G.

Aber noch immer war die Situation so, dass die F-G. als Mehrheit auf der Reichskonferenz erschien. Und dennoch: den Grossteil der Sitze in der Parteileitung errang die M.G., den andern Teil die Tfr. und den kleinen Rest die F-G. Trotz der Mehrheit - fast gar kein Erfolg.

Nicht dieser Misserfolg an sich, sondern der Umstand, dass die

F-G. den Sieg zum zweiten Mal schon fast ganz sicher in Händen hatte, und zum Schluss statt des Sieges Misserfolg erlittete, diese zweimalige Erfahrung hat eine starke Depression und innere Zweifel in den Reihen der F-G. hervorgerufen.

Die zweimalige Niederlage knapp vor dem fast sicheren Sieg, namentlich die Niederlage auf der Reichskonferenz machen es zum zwingenden Gebot, die Frage aufzuwerfen: was ist die Hauptursache an dieser Niederlage?

Es gibt darauf nur eine Antwort: die Mängel in der Führung der F-G. Hier gilt es, den Nebel anzusetzen, eine tüchtige, aktive, zähe Führung der F-G. wird die Reihen der F-G. wieder bald ordnen und in nicht langer Zeit zur stärksten Kraft in der Partei machen, die die Frage der Führung in der Partei so regeln wird wie es das Parteiinteresse erheischt.

- - - - -

Nachtrag:

In der Frage der Hauptschuld bedarf obige Darstellung in personeller Beziehung einer Korrektur. Zweifellos, die Hauptschuld trifft die Führung, aber innerhalb der Führung trägt die allergrösste Schuld ein Führer.

Entgegen erhaltenen, unausgesetzten Direktiven, die M.G. vorwärts zu bringen, die F-G. zu mobilisieren, hat er das Letztere unterlassen, sich vollkommen den Bedürfnissen und Wünschen der M.G. gefügt, nicht die Ziele der F-G. im Auge, sondern nur von einem Ziel geleitet, für seine Person etwas zu erreichen. Schon dieses Verhalten zeigt die aufgelegte Streberei dieses Mannes.

Ohne dazu gezwungen zu sein und ohne dass es überhaupt seiner wirklichen Auffassung entspricht, hat dieser Führer auf der Reichskonferenz die organisatorische Massregelung der deutschen "Rechten" gebilligt. Wieder nur, um sich bei der führenden linkslackierten M.G. schön Kind zu machen, also aus reiner Streberei.

Diese Dinge können heute schon als ziemlich bewiesen gelten, es ist noch eine ganze Reihe anderer Umstände verdächtig, aber dennoch, die F-G. wird alle diese Dinge noch genau überprüfen, um Klarheit in den eigenen Reihen zu schaffen.

Solange diese Prüfung nicht abgeschlossen ist, muss jeder Genosse der F-G. sich gegenüber diesem Führer der allergrössten Vorsicht befleissigen.

Mit besten Grüßen

-.-.-.-.-.-. -. .

Dein alter Freund.

zur Reichskonferenz der revolutionären Blocks

Antrag Hexmann, Stimmgleichheit, abgelehnt durch Entscheidung des Vorsitzenden Frank.

Der PV erklärt, dass die Blockkonferenz dem fraktionellen Zweck diene, die Führung der Gewerkschaftsarbeit und die ganze Blockarbeit für die Tomannfraktion zu sichern, als Gegengewicht gegen die Partei,

dass sie den Zweck verfolgte unter Durchbrechung der Parteidisziplin ein zusammengewürfeltes Vertrauensvotum für Tomann zu verschaffen um seine Position in Moskau zu festigen,

dass die organisatorischen und wahltechnischen Vorbereitungen fraktionell waren, meist überhaupt keine Wahlen stattgefunden haben, bei der Metallarbeiterblockversammlung die Gültigkeit bestritten wurde, dass eine bewusste Ausschaltung von Genossen vorgenommen wurde, dass man die Provinz unter administrativem Vorwand fernhielt,

dass die Konferenz den Beweis erbracht hat, dass die Blocks nach wie vor Parallel- und Nebenorganisationen ja, Gegenorganisationen der Partei sind, bestrebt die Autonomie beizubehalten und die Arbeit auf eine bestimmte Gruppe von Genossen zu beschränken,

dass die Konferenz in ihrer sachlichen Leistung, Wegweisung Analyse und Folgerung ihrer Aufgaben nicht gewachsen war, dass

sie keine Selbstkritik aus der Vergangenheit und keine Lehren aus den sozialen Bewegungen der letzten Zeit gezogen hat und daher die gemachten Fehler weiterwirken müssen

dass sie in der Frage der Einheit der Gewerkschaften und der drohenden Gefahr der Gründung eigener, neuer Gewerkschaften (nicht einmal roter Gewerkschaften) keine Lösung, ~~xxxxxxx~~ weder für die Blockmitglieder, noch für die Partei und die in der Flucht aus den Gewerkschaften begriffenen Arbeiter, gebracht hat.

dass sie die Fehler der Taktik, des Machinkens, der menschenverächtlichen Abweichungen, der sozialdemokratischen Illusionen nicht festgestellt hat, die daher weiter latent sind,

dass sie durch die Wahl des fraktionellen Gewerkschaftsrates die Ausschaltung des PV und der Vertretung der Jugendzentrale ein unkontrollierbares Organ geschaffen hat, womit bewiesen wird, dass nicht die geringste Garantie auch organisatorisch für die Durchführung der Linie des PV und der RGI gegeben ist,

Auf Grund dieser Tatsachen beschliesst das Pol. Büro und der Parteivorstand:

1.) Der PV beauftragt eine Reihe von Genossen zu Gunsten anderer zu kommissionieren und beauftragt die Fraktion im Block einen Vertreter des PV und der Jugendzentrale zu kooptieren.

2.) Der PV arbeitet Gewerkschaftsthesen aus, nach denen die gewerkschaftliche Arbeit aufzunehmen ist und unternimmt eine lebhafteste Popularisierung in der Partei für die Gewerkschaftsarbeit und für den Eintritt in die Blocks.

3.) Der PV enthebt die undisziplinierten Genossen Mitglieder und Koritschoner der Funktionen in der Gewerkschaftsfraktion des Gewerkschaftsrates stellt ihnen jedoch die gewerkschaftliche Arbeit in den Blocks frei und verpflichtet sie zur Ausübung und Beibehaltung ihrer Funktionen im PV.

4.) Der PV verurteilt das Verhalten der Kommunisten in einer ausserparteilichen Institution zur Tomannangelegenheit auf das Schärfste und beschliesst, dass die Rückkehr Tomanns ebensowenig wie die Rückkehr beider Exponenten zulässig ist.

5.) Der PV fordert alle Organisationen der Partei, die statutarisch zu Entscheidungen berechtigt sind (Mitgliederversammlungen der Bezirke, Orte, Zellen) auf zu diesen Beschlüssen Stellung zu nehmen und die Beschlüsse dem PV einzusenden.

In den GR wurde die alte Struktur der Temanfraktionen
revidiert, die Zahl wurde nicht auf Grund sachlicher Klärung (er-
rörtern) (es bestehen klaffende Differenzen in der Frage der
Einheit der Gewerkschaften und der Gründung neuer Gewerkschaften)
sondern neue fraktionellen Gesichtspunkten. Dadurch hat man glücklicherweise
erreicht dass:

- 1) keine Garantie vorhanden ist, dass die Linie der RGI und
des PV wirklich durchgesetzt wird
 - 2) dass die Kluft zwischen PV und den Blöcken noch weiter auf-
gerissen wird und der Prozess der gewerkschaftlichen Aktivierung
erachwert, wenn nicht ein einheitliches verbindendes wird.
 - 3) dass die Zusammenarbeit mit der Jugendorganisation ge-
fährdet ist
 - 4) dass eine politische Klärung in der Partei verhindert wird,
in der man die Verleugnung seiner Meinung, die Misvertretung über
faktisch vorhandene Gegensätze zur Partei erhebt.
- Ausgeschlossen wurden Gatschek, Stift, Parteivertreter (Koplenig)
Jugendvertreter der Zentrale, Wagner, Schrott u.s. Man ist nach dem
Prinzip der fraktionellen Verlässlichkeit nicht nach dem Prinzip
der Vorentscheidung in der Gewerkschaftsbewegung und Betriebe vorgegangen.

IV. Oberflächlichkeit und Selbstheit, "Nichtklären."

Wie ein roter Leitfaden gehen die verabschiedeten Eigenschaften
des GR durch alle Thesen. Die Autoren werden sich sicherlich radikal be-
wusst haben. Das ist erstrebenswert. Aber für die Partei noch nicht genügend.
Der Bericht über den 3. Weltkongress ist nicht instruktiv und abge-
rechnet nicht die wichtigsten, die Quintessenz heraus.

Der Bericht des Gewerkschafterrates ist keine reifende Selbst-
kritik. Nirgends werden die Lehren aus den proletarischen Bewegungen
eben von gesellschaftlichen Standpunkt der Streik- und Kampfstrategie
erzogen, nirgends die tatsächlichen Mängel aufgezeigt. Es wird
man oft angesprochen wird, hilft nichts. Fehler finden und zugeben
wird die Rev. Gewerkschaftsbewegung weiter bringen. Man muss die
Bewegungslehre und die Taktik der Gewerkschaftsbewegung ge-
neut und reformieren: die falsche, opportunistische Taktik.

Die sozialen Erwägungen berechnen, der Faschismus hat die
"Technische Notwendigkeit" ist eine falsche aber auf v. ökonomische Beurtei-
lung des Phänomens der sozialen Bewegungen, streift gelegentlich
Auf- und Ab der Faschismus der Arbeiter, verweist aber nicht in geringe
stern auf der Grundlage der Thesen der RGI über den Faschismus, den
Charakter des österreichischen Faschismus aufzuzeigen und zeigt
nicht den geringsten Weg für die österreichischen Arbeiter. Lehrer
sowohl.

Die Thesen zur Einheit der Gewerkschaften, enthalten eine falsche
eigene Definition der Einheitsfronttaktik der revolutionären Blöcke, sie
zeigen eine Reihe organisatorischer Maßnahmen, Maßnahmen für die
einzelnen vorher in Bezug auf den organisatorischen Zusammenhang
Verhaltensmaßnahmen gegeben, aber nirgends wird auch nur mit einem
Wort die Aktion und Kampfprogramm für die in der Front aus den
Gewerkschaften beruflichen Arbeiter gegeben. Die Frage der Betriebs-
räte ist ebenso oberflächlich und oberflächlich, nirgends wird die
Aufgabe des Betriebsrätekongresses in den unmittelbaren Kampfaktionen
aufgezeigt, für die die Kongressisten unmittelbar bei den einzelnen
Betrieben ansetzen könnten. Luft, Luft nochmals Luft.

Keine Klärung wurde in der Diskussion und inhaltlich über die
Taktik der Einheit der Gewerkschaften und gegen die Gründung neuer
Gewerkschaften gefunden. "Vorentscheid" über man sein "ein" nur auf die
Stimmung der Masse Rücksicht nehmen "jetzt" ist die ungünstigste
Zeit für eine solche Taktik "nicht um jeden Preis", in Pol. Büro
wird ein Brief des Gen. Leopoldi zitiert in dem er sagen soll, dass
man sich einer solchen Antrittsbewegung widersetzen soll mit allen
Kräften, aber letzten Endes man sich nicht nur selbst auf die Ge-
fahr der Gründung neuer Gewerkschaften von der Masse leiten lassen darf etc
Darüber später.

Wage des Fortschritts, der Macht der revolutionären, nirgends aus einer
 von ihnen ein Arbeitsprogramm für die Metrofemmen Blocks festge-
 setzt werden in ferns Aussicht gestellt. Nirgends wurde diese Seite
 der Arbeit der Blocks, aus die die wirtschaftlichen Verhältnisse stud-
 ieren können, ihre Lösungen in Bezug auf diese Verhältnisse (in nicht in
 Worten der geordneten Verhältnisse) stellen und aktiv
 vorschlagen stellen können. Allgemein zu sagen, aber keine konkrete
 Stellungnahmen.

V. Die Austrittsbewegung, die Bewegung zur Gründung einer
nationalen Gewerkschaften

Die Resolution spricht für die Bewegung aus „Sehr gut. Und sie
 sagt sogar negativ, dass man drin bleiben soll. Auch gut. Damit wird man
 nicht einmal die Kommunisten -nämlichstens die jetzigen in den Blocks -
 von der Falschheit ihrer Ansichten überzeugen. Hier kann nur helfen
 ein praktisches Aktionsprogramm für die unmittelbare nächste Zeit
 a) gegen die gelassen Gewerkschafteninstanzen und -führung, Metrofemie etc
 b) gegen die Unternehmertum c) durch politische Lösungen der Partei, die
 das Vertrauen der Partei stärken, auf keinen Fall Beschränkung auf die
 Gewerkschaftliche Linie allein.

Dass die Bewegung selbst bei den Kommunisten einen solchen
 Umfang annehmen hat ist nicht Schuld allein die mangelnde prinzipiel-
 le Aufklärung, sondern das Fehlen jeder konkreten Politik der
 Partei und vor allem der Gewerkschaftler, der sich noch auf die
 gewerkschaftlich-wirtschaftliche Tätigkeit hätte konzentrieren können.

Nirgendwo wurde konkret gesagt von solchartigen Arbeitern
 was sie in den nächsten Tagen machen sollen, außer aus ihrer Seele
 eine Kämpfergeist zu machen.

VI. Keine Selbstkritik. Gelesen ist Galt.

A.) Keine Kritik der bisherigen Taktik: Das Nachhaken, der Linienschwank
 des Gewerkschafts in einer Reihe von Bewegungen. Keine Untersuchung
 der Fehler im Detail an den folgenden Bewegungen

- 1.) Die Bewegung der Metallarbeiterblockbewegung einseitig.
- 2.) Die Ursachen des Zusammenbruchs der Oppositenbewegung
 in der freien Eisenbahn-Gewerkschaft
- 3.) Die Ursachen des Zusammenbruchs des Pechlerblocks
- 4.) Die Fehler des letzten Metallarbeiterstreik
- 5.) Die Fehler des letzten Eisenbahnerstreik
- 6.) Die Fehler des letzten Telegraphenstreik
- 7.) Schulfrage bei der Gründung der Streckenbau-Gewerkschaft.
- 8.) Schulfrage bei der Gründung der neuen Schweißereigewerkschaft
- 9.) Schulfrage bei der Umleiterreifen der Austrittsbewegung
- 10.) Schulfrage bei der Zurückgebliebenheit der Blockbewegung

Niemand hat die Tatsache zu erklären versucht, dass die Hauptschuld
 der Streiktreiben-lassen in der Gewerkschaftsarbeit ist. In der Hand
 einer solchen konkreten Kritik können sich nur die Differenzen heraus-
 kristallisieren. Vor alle nicht tut, orient der kommunistischen Taktik zu
 Genick. Man hat die Dinge an sich nachkommen, anstatt versummen.
 Daran müssen gar nicht immer Personen Schuld sein, sondern ganz
 andere sind vielleicht gar nicht in Betracht gekommene subjektive,
 organisierte, organisatorische Gegen Mängel etc.

Aber man hat jede grundsätzliche „theoretische“ Diskussion ab
 als Fortblüherer ab, imitten aus vor der Aktion, weil man in der
 Aktion ist, und in Nachhaken weil es scheint überflüssig sein.
 Die Gewerkschaftsteilnahme vertritt damit gegen diese der Haupt-
 grundlagen des Leninismus. (Selbstverständlich hatte ein Teil dieser
 Kritik in der Reaktion allein besprochen werden müssen.)

Schließlich fehlt dem Gewerkschaftsrat jegliche Initiative
 und Entschlossenheit, was geht hervor aus dem Verhalten in den Bewe-
 gungen 1. bis 10. jetzt auch bei den Grubacher Ereignissen u. a.

- B.) Die Feststellung der organisatorischen Mängel.
- c.) Die unvollständige Vereinigung mit der RGI und der IPK
- L.) Die Frage des fraktionellen Einbruchs in der Blockbewegung und
 Garantie der Beweistigung
- e.) Keine Vorschläge zur Durchführung einer Popularisierung, Pro-
 gierung, Kräftigung anderer Parteigenossen zur gewerkschaftlichen Ar-
 beit und ihrer Schulung. Die Mängel der Vergangenheit feststellen.
- F.) Untersuchung der Rolle des Blocks in der Vergangenheit u. Garantien einer
 wirklich revolutionären Gewerkschaftsarbeit.

Die Bewertung der Sozialdemokratie.

A.

"Die Sozialdemokratie ist die dritte Partei der Bourgeoisie". Die Sozialdemokratie ist der linke Flügel der faschistischen Front. "Republikanische Schutzbund" ist eine faschistische Organisation.???

B.

1.) Die Sozialdemokratie ist objektiv konterrevolutionär. Objektiv ist die obige Einschätzung richtig und nur ein neuer Ausdruck für die alte Einschätzung des objektiv-konterrevolutionären Charakters der S.P.

Allein die obige Bezeichnung (siehe unter A) umfasst auch die subjektiv konterrevolutionäre Einstellung der Sozialdemokratie. ~~Das~~ Eine solche Einschätzung aber in dieser Allgemeinheit ist nicht richtig, widerspricht den Tatsachen.

Objektiv und subjektiv konterrevolutionär sind die Führer der Sozialdemokratie und die dünne Schicht der Arbeiteraristokratie.

Dagegen die Masse der proletarischen Mitglieder ja auch der proletarischen Sympathisierenden der S.P. sind nur objektiv-konterrevolutionär, subjektiv aber nicht. Sie halten die sozialdemokratische Taktik, der sie folgen, für wirklich revolutionär.

2.) Es besteht aber auch ein Unterschied zwischen den proletarischen Massen, die der Sozialdemokratie folgen und den proletarischen Teilen, die den Hakenkreuzlern, Nationalsozialisten usw. folgen. Diese Proletarier sind nicht nur objektiv-konterrevolutionär, sondern auch subjektiv. Sie folgen den Hakenkreuzlern, Nationalsozialisten, Frontkämpfern usw. Deshalb, weil sie ihr persönliches Interesse befriedigen wollen und dieses ihr persönliches Interesse stellen über das proletarische Klasseninteresse.

Dagegen die proletarische Masse, die der S.P. folgt, stellt das Klasseninteresse über das persönliche Interesse des einzelnen Proletariers. Sie macht nur den Fehler, dieses proletarische Klasseninteresse in einer falschen, objektiv-konterrevolutionären Richtung zu sehen, eine falsche Richtung, die diese Masse aber subjektiv ehrlich als revolutionär hält.

3.) Die obige Einschätzung ist also ein Rückfall in die Auffassung der "einen konterrevolutionären Masse", die alle Gegner über einen Kamm schneidet, die Unterschiede unter ihnen übersieht und so zu einer falschen Taktik führt, nämlich der Nichtausnutzung der Unterschiede unter den Gegnern selbst, was taktisch bedeutet, die Aufgabe der Partei zu erschweren.

4.) So richtig ist es, die obige Einschätzung im Kreise von Kommunisten zur scharfen Orientierung in den entscheidenden Grundtendenzen klar zu legen, so falsch ist es, obige Formulierungen agitatorisch zu gebrauchen, d.h. in der Agitation zu gebrauchen. Statt die subjektiv ehrlichen proletarischen Mitglieder anzuziehen, bewirken sie das Gegenteil, sie stoßen sie ab a) weil diese Proletarier von ihrer eigenen subjektiv revolutionären Einstellung subjektiv ehrlich überzeugt sind und b) weil die praktischen Beweise, die ihnen die K.P. für den konterrevolutionären Charakter der S.P.-Führer gibt, noch zu schwach sind, weil eben nur Beweise durch Wort und nicht Beweise im praktischen Erleben dieser Proletarier selbst, was nur durch richtige Anwendung der Einheitsfronttaktik erzielt werden kann. (Unter den gegebenen Kräfteverhältnissen!)

5.) Ob der Schutzbund als fasch.Org. ausdrücklich bezeichnet wird, konnte ich nicht bestimmen, aber es ist die logische Folgerung aus obiger Einschätzung und Bezeichnung der S.P.

Zunächst gelten hier genau dieselben Argumente, wie unter 1, 2, 3, 4, 5 angeführt.

Wie verhält es sich aber mit der Tatsache, dass die Ordner des Schutzbundes in wachsender Masse gegen links, gegen streikende Arbeiter usw. eingesetzt werden.

Das beweist zunächst 1.) dass die Führer des Schutzbundes also die S.P.-Führer sogar subjektiv konterrevolutionär sind.

Das beweist 2.) dass die proletarischen Mitglieder des Schutzbundes sicher objektiv konterrevolutionär sind, das beweist aber nicht, dass sie auch subjektiv konterrevolutionär sind, sondern beweist nur, dass die S.P.-Führer auch heute noch, nach solchen Erfahrungen imstande sind, die proletarischen Ordner nicht nur gegen links praktisch in Bewegung zu setzen, sondern diese proletarischen Ordner in der Ideologie zu erhalten, dass das Einsetzen des Schutzbundes ~~notwendig~~ gegen links notwendig sei — "im revolutionären Interesse". Und diese Tatsache, die Tatsache, dass die proletarischen Ordner das glauben und das subjektiv-ehrlich von ihrem Standpunkt aus für richtig halten, zeigt am besten, dass die Taktik, die die Partei, wie der Sozialdemokratie überhaupt so dem Schutzbund insbesondere gegenüber betreibt, sicher nicht zweckmässig, also unrichtig ist.

Diese falsche Einschätzung führt zu einer Taktik, die sich dem Worte nach Einheitsfronttaktik nennt, aber in der Praxis keine Einheitsfronttaktik ist. Siehe die Ausführungen über Einheitsfronttaktik "n u r" von unten, die im strikten Widerspruch zu den Beschlüssen des 5. Weltkongresses steht und praktisch keine Einheitsfronttaktik ist. Nur bei wirklicher Anwendung der Einheitsfronttaktik und zwar wie es der 5. Weltkongress für Länder, in denen die S.P. noch eine grosse Macht darstellt (also auch für Oesterreich) ausdrücklich vorschreibt, nämlich:

Einheitsfronttaktik von unten u n d von oben zweckmässig miteinander kombiniert, wobei jedoch der Hauptnachdruck auf die Einheitsfronttaktik von unten zu legen ist.

Nur bei einer solchen Taktik wird es der K.P. gelingen, die subjektiv ehrlichen Proletarier von ihrer objektiv-konterrevolutionären Einstellung ideologisch zu befreien, sie von ihrem objektiv konterrevolutionären Verhalten herüberzuziehen in Aktionen, die in kommunistischer Richtung von der K.P. gelenkt ~~sind~~ werden und schliesslich in das Lager der K.P. selbst.

Inhalt :

- 1.) Die Parteiführung nach der Reichskonferenz bis jetzt
- 2.) Die politische Linie, das Pol. Büro
- 3.) Das Org. Büro u. seine Arbeit
- 4.) Provinz
- 5.) Die Lage der Gesundheitsgruppe
- 6.) Die Rote Fahne und ihre Mitarbeiter
- 7.) Die Finanzgebarung der Partei
- 8.) Stellungnahme zur erweiterten Exekutive und zur erweiterten Parteivorstandssitzung am 1. u. 2. Februar
- 9.) Die Tomannangelegenheit
- 10.) Die Regelung der gewerkschaftsfrage ~~maximal~~
- 11.) Die Blockkonferenz
- 12.) Die Teuerungaktion und ihre Mängel
- 13.) Die Reinigung der Partei vom Mist
- 14.) EPOe und KPD., "Zusammenarbeit"? - Unterordnung.

-3- - - - -

I. Die Parteiführung

Nach der R.K. (Reichskonferenz) stellten wir diesem P.V. folgende Aufgaben ~~erzög~~

1. Verhinderung jeder fraktionellen Vorstöße durch die Tomannrichtung, er schien uns Garantie zu geben durch die "neutrale" Provinzvertreter und durch das Zentrum
2. Die richtige politische Linie, die die Fehler der Reichskonferenz, die durch den Druck des Koalitionsvertreter herbeigeführt wurden gut machen werde durch eine aktive Politik, durch die Konkretisierung der Lösungen etc.
3. Zusammenarbeit der G.C. und des Zentrums ohne weitere Umstände, keine politische Differenzierung, Stützen auf die G.C. als den verlässlichsten Elementen in der Partei.
4. Regelung der Gewerkschaftlichen Frage, Beseitigung des Dualismus und der Autonomie des Gewerkschaftsrates.

Diese Annahme trugte uns in manchen Punkten in ausserordentlicher Weise, durch das Schwanen des Zentrum, die sentimentale Gutmütigkeit, die an die Heranziehung durch schwermiges Hinweggleiten über vorhandene Differenzen glaubt, wurden Situationen nicht ausgenutzt und der Tomannfraktion bereits das Feld für Attacken und zur neuerlichen Konsolidierung vorbereitet.

1.) Der P.V. gibt keine volle Garantie des planmäßigen Kampfes gegen die T. Fraktion. Wenn nötig werden sich diese Leute des Zentrums auf die Tomanniten politisch stützen, wenn sie sich wie jetzt plötzlich als "Linke" gebärden und werden sich hinter der Koalition verbergen trachten. Dadurch werden sie zu Stützen der politischen Korruption der Tomanniten die anderes vergeben, als sie sind. Unter der Maske der Zusammenarbeit mit den Tomanniten wird die Auswahl von gut und schlecht schlecht vergeben und den T. zuviel Positionen eingeräumt. Die Koop-
tierung von 4 T. - ten und 3 von der G.C. zeigen die Nichtachtsamkeit auf das Kraftverhältnis und die Unzuverlässigkeit der Provinz.

Ingegen: Es wird die Ausgleichung auf 4:4 beantragt werden und der PV unter den Druck der Bezirke gesetzt werden, indem man zwischen dem 6-mal hintereinander gefassten Beschluss des ZAK auf Rückberufung Tomanns und dem Vorschlag 4:3 und Versuchten 5:2 ja sogar 6:2 den Zusammenhang aufzeigt.

Bezirke und Zellen: Sie fassen Beschlüsse, die sie dem PV übermitteln, dass sie gegen die Rückberufung T. und den Beschluss in der offenen ZAK Sitzung protestieren, weil das ein Hinaustragen von Parteigheimnissen und fraktionelles Handeln bedeutet. Sie protestieren, dass Frank ein Verhandeln und eine Beschlussfassung über diese Frage zulie

Sie protestieren gegen die Verschiebung des Kräfteverhältni unter der Maske der sachlichen Notwendigkeit. Die Tomannfraktion fraktioniert weiter. (Vorlügen falscher Tatsachen: Binder wurde für die Binnenschiffahrt als "besonders" wichtigen Verkehrszweig hineingenommen, Buchta für Siemens-Schuckert, obwohl er arbeitslos ist, hingegen man ablehnen Gatschek XIII. Semperit für die chemische Industrie, und

2. Es wurden Kooptierungen in den PV vorgenommen, vom Kominternvertreter vorgeschlagen, zum Zweck einer engeren Verbindung mit den Zellen und den wichtigsten Arbeiterkategorien unserer Partei. Die Linke und Koritschoner wollten das zum Anlass einer Schiebung benutzen. Frank überraschte die GG mit dem Vorschlag direkt im PV. Zuerst war 6:2 vorgeschlagen dann wurde geändert auf 4:2 und schli. unter Druck 5:2. Kooptiert wurden: Schekula für die Zelle Ortopädisches Spital V., Binder für Binnenschiffahrt, Buchta für 20. Bzk und Betrieb S. Schuckert Raab, Szrassenbahner, jetzt nach seiner Zurücklegung aus beruflichen Gründen Bittner XIII., Manzy, Bauarbeiter, Gatschek Chemische, Wassylow Metallbetrieb Trauzl. Schekula, Gatschek, Wassylow gehören der GG-Gruppe an. - Die Arbeit wird dadurch nur schwerfälliger. Bei dieser Frage hat sich die ganze Unzuverlässigkeit des Zentrums erwiesen.

3. Die Mittelgruppe ändert ihre Haltung. Ihre Haltung kennzeichnet sich dadurch, dass sie vor ihrem Unfall einen Standpunkt immer weit schärfer vertritt als die GG, und dann ihren Unfall sachlich motiviert und nachträglich feststellt, sie sehe ein, dass sie Unrecht gehabt habe. So in der Angelegenheit des Ausschlusses Tomann. Jetzt in der Einschätzung der Reichskonferenz. Die Linie des EKKI-Vertreters sei richtig gewesen, das Zentrum hätte den Fehler gemacht die T-istischen Arbeiter abgestossen zu haben, man hätte vor der Niederlage der T-fraktion sie anders behandeln müssen etc. Es wäre nicht gut, die Führung der Partei in die Hände der GG zu geben. Später noch die politischen Sprünge. -

Kom Das Zentrum ist immer jener Richtung am nächsten, deren Druck am stärksten ist. Das ist gegenwärtig der EKKI-Vertreter. Die T.-Fraktion geht mit dem Maul politisch mit. Unter dem Druck der GG rückt sie dennoch von den Linken ab, wohl auch weil es ihr innerlich widerstrebt die Windbeutelereien mitzumachen. Dennoch hält sie die Angst Befürchtung, es könne durch eine politische Exponierung der GG eine Zersetzung und Vernichtung derselben eintreten, davor zurück sich mit der Linie der GG zu solidarisieren. In Wirklichkeit lassen sie sich innerlich leiten von dem Gedanken, die Verantwortung auf den Kominternvertreter abgewälzt zu haben, und nicht die Verantwortung für die eigene Linie tragen zu müssen, auch wenn sie in Gegensatz zu einer festen anderen Meinung und - Autorität steht.

Dazu kommt, dass wir die aufgetauchten Fragen jetzt ruhen lassen und als Alibi für später bewahren, aber zu keinem entscheidenden unmittelbar zu lösenden Gegensatz machen. Deswegen ist unser Standpunkt weil ihm der Rückhalt in der Partei fehlt und sich nur innerhalb der 4 Wände abspielt, nicht drückend genug.

Weiteres Verhalten:

Bei jeder Gelegenheit dem Zentrum deutlich zu verstehen geben, welche Rolle es spielt. Weiterhin die Zusammenarbeit anstreben. Aber keine Bescheidenheit und keine Rücksichten. Sondern unbescheidene, deutliche Stellungnahme von ihm in jeder Angelegenheit verlangen. Die Initiative in allen wichtigen Fragen muss in unseren Händen liegen. Dazu ist die Fixierung der allgemeinen Linie nötig. Das ist geschehen. Aber gleichzeitig muss sie die konkrete, tagtägliche, aktuelle Stellungnahme im Rahmen dieser Linie beinhalten.

4. Charakteristik der einzelnen Personen.

Koplenig hat rasch Tomann überwunden, als er aus der provinziellen Abgeschlossenheit nach Wien gekommen ist. Er hat schnell in den organisatorischen, parteitaktischen Fragen gelernt. Auch politisch. Er hat seit er Misstrauen zu Tomann fasste, das Misstrauen unberechenbar ~~erhalten~~ behalten. Aber er hat noch nicht gelernt sich von einem gewissen Fettersismus zu bewahren. Er trennt nicht die Autorität des EK-Vertr. und den guten Glauben an Frank, von der Sache. Er steht auf der Neige zur Entscheidung zu zwei verschiedenen Linien: ganz nach links oder ganz auf die Linie der GG. Es wird die Zeit lehren, ob er wirklich eine Linie festhalten kann. Gegen Hax ist er mehrmals scharf im PV aufgetreten und hat ihm fraktionelles Handeln vorgeworfen. Privat äußert er sich, dass er Befürchtungen hege, die GG würden durch das ZBK die Mehrheit in der Partei bis zum nächsten Parteitag erringen. Die T-iten seien doch die stärkeren, sonst hätten wir die Mehrheit der der BK gehabt u. a. w. Er glaubt an die schnelle Überwindung fraktioneller Ambitionen der T-iten.

Frank hat sehr enttäuscht. Dass er kein Organisator, kein Parteitaktiker ist, nicht die Parteikräfte und die Stimmung berücksichtigt,

...einer bokenen Frachheit als er sich gestu
...Kominternvertreter, So frach, dass Frach sagte er fühl
...Peter ist intellektuell überlegen weil Politisch vollkommen hoch,
verfällt er jetzt in das andere entgegengesetzte Extrem wie seinerzeit
unter Levi. Er gibt diese Schwenkung und "Bekehrung" als eine bewusste
Entscheidung, als ein dauerndes "Gelernthaben" aus. Entweder er ist
ein sinnlicherischer, eckhafter Strober - und man kann keinen in die
Seele einzuschauen, oder er ist sich selbst nicht bewusst mitmax der
Tatsache, dass seine jetzige politische Haltung ebenso falsch ist wie sei
ne seinerzeitige. Und die Extrema berühren sich. Die Heilheit haben
beide Linien gemeinsam. Er hat ein liebes Schema ohne Fleisch und
Blut. Er ist dafür, dass man einen Schritt weiter als die Komintern geht
und die Einheitsfronttaktik nur von unten auf inner und ewig
annehmen sollte. Das hat ihn nicht gehindert seine Auffassung etwas zu
modernisieren bis auf weiteres, und auf absehbare Zeit". Der Komintern-
vertreter hat, wenn auch unter anderen Gründen, die Bestimmung eines
anderen Oxfredakteurs zugesichert. Die GG hat bis dahin die öffentliche
Diskussion zurückgestellt, wird aber jeden Monat urgieren. Die Haltung der
GG muss sein: ein Mann der zwei Jahre der Partei den Rücken gekehrt hat
und jetzt an der "Linkskurs" eben auf löst plötzlich seine Fehler
bekannt kommt für einen entscheidenden Posten in der Partei nicht in
Betracht. Ganz abgesehen von "Rechts" und "Links" ist ein solches Subjekt
sicherwertig und die beste Garantie dafür, dass früher oder später
die Partei in eine Katastrophe getrieben wird. Das gute ist nur, dass
die Person des P. nicht verbend las und er auf dem besten Wege ist sich
vollkommen zu isolieren.

Das ist das personelle Rüstzeug des PV und des "bolchevistischen
Kerns". Es ist klar, dass die Partei nur sanfte Schritte nach
vorfwärts wiru gehen können. Sie gehen an allerwenigsten Die Garantie
für die Durchführung der Linie der GG.

5. Nicht einheitliches Auftreten der GG im PV.

In mehreren Fällen stimmten die Genossen der GG gegen ihren Exponenten,
nur ein Genosse ging dauernd und entschlossen mit. Sie standen bei den
ersten Sitzungen stark unter dem Eindruck Franks und unterschätzten
die Notwendigkeit eines einheitlichen Auftretens. Sie sahen dadurch
die sachliche Stellung ihres Exponenten und lassen dem Zentrum
Spielraum.

Dagegenüber muss gelten: unbedingtes, einheitliches Auftreten.

6. Angriff auf das Betriebszellenrassort

Schon vor dem Orgbüro benutzten die Sozialistische Abwesenheit
des Genossen Hexmann zu einem Vorworte gegen ihn und es war bereits
der Beschluss gefasst, ihn der Funktionen zu entheben und sie dem Org.
Sekretär zu übergeben. Dieser Vorworte war vorbereitet und ist in
Einklang zu bringen mit den Angriffen Herrmanns und Peters gegen Hex-
mann, der als Fraktionist gestempelt wurde. Im PV wurde dieser Antrag
und Beschluss des Orgbüros gegen Herrmann nicht eingebracht, sondern
von Kopplow unterschlagen und der Bericht im Orgbüro mit Zustimmung
entgegengenommen.

(7) Die Tomannfraktion und ihre Haltung

Die Tomannfraktion schlägt jetzt samt und sonders sanfte Töne
an. Davon nur nicht täuschen lassen. Diese Taktik muss sie anwenden um
ihre Positionen zu sichern, je ausbreiten zu können. Ihr jetziges Ver-
halten ist nur ein Ausdruck ihrer Schwäche, das sie sofort verlassen wer-
den, wenn sie stärker nie. Sie verlassen diese Haltung bereits in jenen
Positionen, in denen sie sich stark fühlen, z.B. Arbeitslose, Blockkon-
ferenz etc. Diese Taktik ist immer ein geordneter, geschlossener Rück-
zug zur Besetzung der Unterstundposition.

Andererseits dürfen gewisse Zersetzungserscheinungen nicht
unterschätzt werden. Im 20. ten Bezirk ist eine Differenz unter den
Zirkeln, hauptschl. zwischen Kulzear und Binder, im 3. Bak zwischen
Zitterer und dem Kassier, im 10. Bak zwischen Ritter und dem tomannitischen
Obmann, im Gewerkschafterrat sind Verstimmungen zwischen Ketzlik und
dem Tomanniten. Wenn ein leiser Auflösungsprozess vor sich geht, so kann
er sofort wieder unterbrechen werden durch den geringsten Auftakt der
Tomannfraktion für ihren Geliebten. Andererseits sind diese Erscheinungen
nur als vorübergehende Verstimmungen zu erklären, weil die Leute die

Taktik ihrer Führer nicht annehmen und schon mit einem Verlassen
von der Treue zu Tomann überhaupt sehen, weil sie nicht durch die
taktische Manoeuvr der GG gegangen sind und Änderungen in der Taktik
nicht verstehen können.

Reichskonferenz hat er bewiesen, dass er auch politisch vollständig un-
verantwortlich ist. Hier handelt es sich nicht um die Verteidigung der
Linie der GG., sondern darum, dass er selbst keine eigene Konsequenz
durchgehalten hat. In allen entscheidenden Fragen hat er geschwankt, keinen
Fehlbeschluss geneigt, eine Urteilslosigkeit und Unselbstständigkeit sonder-
gewöhnlichen Beweises, so in der Frage der Einheitsfronttaktik, des
Faschismus, der Situation in Oesterreich, bei den Gemeinderatswahlen in
Niederösterreich, in der Arbeitlosenfrage, Mieterfrage, vollständig
nachgelassen hat er in der Grünbacher Angelegenheit, absolute Kinderreien
hat er begangen in der Arbeitlosenfrage und bei der geplanten Aktion
anlässlich der Beleuchtung des Neuen Wiener Rathauses. Seine Stellung-
nahme sieht Politischen Berichter. Er ist ein Journalist und Propagandist
aber hat nicht den Wurf zur Führung einer Partei. Das wichtigste geht
ihm ab: das Gehör für die Arbeiter in der Partei, besser, für die
Notwendigkeiten um eben die Erhaltung und Förderung einer Richtung
zu erreichen. Das positive an ihm ist, dass er den Mangel der konkreti-
sierung der Politik der Kompartei Oesterreichs erkennt, dass er die
Gaunerreien Tomanne schon von früher her durchschaut hat,
und für positive Arbeit mehr als ein anderer Kandidat
der Jetzt in der Partei führenden Genossen in Betracht kommt.

Wügerer, der bar ist jeder parteipolitischen Erfahrung
der wirklich auf der Reichskonferenz glaubte, dass er das Geschick
der K.P.Co. entscheide, wenn er die Provinz als Block gegen beide
Fraktionen ins Treffen führen wird. Er ist sehr eingebildet, hat wenig
Erfahrung, hat keine organisatorische Begabung, politisch ausserst
unzuverlässig, hat kein Einschätzungsvermögen und legt eine grosse
vielleicht ländliche Heiligkeit an den Tag. Er geht den Dingen wenig auf
den Grund und gefällt sich darin, oft schön an der Oberfläche zu plätsch
teschern. Aber er ist von der Tomannfraktion, mit der er früher in enge
Verbindung stand, nicht verdorben worden, ist ein guter Propagandist
und allem Anschein nach entwicklungsfaug. Er lässt sich von der
formalen Autorität beeinflussen, wie Herrmann, besonders Frank
und lässt sich von diesem Gefühle bei seinem "aa mlichen + "Entscheidun-
gen sehr leiten. In der Vergangenheit hat er sich politisch als sehr
unzuverlässig erwiesen, hat seinerzeit sich bereits mit dem Gedanken
der Gründung einer eigenen Gewerkschaft, wenn wir richtig unterrichtet
sind in Gemeinschaft mit einem Hackenkreuzler getragen, ist erst
im Jahre 1920 zur Partei gekommen. Dann hat er mit der KAP-Strömung
sympathisiert. Auch jetzt setzt er nach Berichten sich nicht der
Strömung der Gründung eigener Gewerkschaften entgegen sondern lässt
unversprochen die Leute in diesen Illusionen. Er gebärdet sich als
"Linker" hat aber nicht die geringsten Vorschläge zur Konkretisierung
seiner Linie.

Siela hat sich in letzter Zeit sehr zurückhaltend benommen.
Seine Einstellung erklärt sich aus dem Gefühl heraus, dass er doch
schliesslich Mitglied der EKKE ist, was ihn jedoch trotz seiner
Antifaschistischen Haltung nicht hindert hat, die Rolle der
S.P. zu überschätzen. Er ist sehr eitel, fühlt sich beständig betrogen
und versucht meist immer eine besondere Haltung einzunehmen. Sonst
ist er ehrlich, persönlich ein Anhänger Tomanne und ein geschworener
Feind Freye. Innerparteilich wird er immer dieselben Schwankungen mit
machen wie in der letzten Zeit. Gleichviel welcher Richtung er auch
immer angehört mag; er hat keine innere Geschlossenheit

Paanenböck ist eine der fragwürdigsten Gestalten in der Partei
Er wechselt seine Meinungen wie ein Casualien, hat nicht die geringste
Urteilkraft. Er ist ein qualitativer Charakter, ohne politisches Be-
wusstsein und ein über Schwätzer. Gegen ihn ist eine Untersuchung
eingeleitet worden und aus diesen Gründen aller Funktionen im PV entzogen
worden. Die Untersuchung betrifft falsche Anrechnung
der Wangelder, der Wangleitung, fragliches Einkommen, Verzicht der
Spitzele öffentliche Beschuldigung von Sozialdemokraten, dass er
finanziell unzuverlässig sei usw. Die Untersuchung wird in der Frage
der Spitzelei wahrscheinlich negativ verlaufen. Damit hat die GG
in ihrer Haltung auf der Reichskonferenz Recht behalten. Selbst der
Konzernvertreter hat in diesem Punkt diese Tatsache zugegeben.

Peritschauer braucht hier nicht geschildert werden. Er ist
auf beiden Seiten und vom Zentrum erkannt worden als das was er ist.

Patag ist mit Levi aus der deutschen Partei ausgetreten
und zwei Jahre nicht in der Partei gewesen. Unter dem gegenwärtigen Zustand

Gleichzeitig verbinden sie ihre Massnahmen mit offenen Angriffen: seine Arbeitslosenfraktion, Tomann soll seinen Kohlenarbeitern sprechen, die Blockkonferenz soll nach bestimtem Nachrichten, Tomann zum Parteipräsidenten wählen usw.

8.) Die "Linke"

Es ist gelungen die Linke im PV zu isolieren. Nicht einmal die Tomanniten gehen immer mit, wenn sie sich auch dort, wo sie eine opportune Front gegen die GG machen wollen sich bedenkenlos hinter die politische Linie der "Linken" stellen. Aber als Personen, in ihrer Autokratie haben diese Linken vollkommen heruntergewirtschaftet. So Koritschoner, so Peter. Nur soweit Herrmann für eine "Linie" eintritt ist sie mit ihm und hat durchgegangen. Aber die Tatsache, dass also das Zentrum nicht ideologisch und politisch von den "Linken" auseinander stellt einen denkwürdigen Zustand herbeiführen im PV her, der eine bestmögliche Linie nicht einschlagen lässt.

Auf dem Boden des Misstrauens zu Peter, auf dem Boden der richtigen Einschätzung des Kori ist eine Zusammenwirken mit dem Zentrum gegeben - unter den gegebenen Schwierigkeiten! - aber auch nur dann, wenn die GG die aktivere ist und die Vorschläge in jeder Hinsicht als erste macht.

9.) Das Verhalten und die Aufgaben der GG

A.) Taktisches Verhalten: Positive, noch mehr: aktive Mitarbeit.

Überwindung der Passivitätsmomente bei unserer Richtung. Aber nicht und auf keinen Fall negative Arbeit. Das heisst blosses aufzeigen der Differenzen, nachdem das Zentrum seine Vorschläge gemacht hat. Auf diese Art ist kein Zentrum zu gewinnen. Positive Vorschläge und dadurch das das Zentrum den bolsch. "Kern" zur Stellungnahme zwingen. Nicht Differenzen herauflocken lassen, sondern wo nötig in der konkreten politischen Arbeit schaffen, wo sie allen begünstigen sein werden.

B.) In PV. Festes Zusammengehen aller Genossen der GG

C.) Zur Zentrum. Härte und Geduldlosigkeit dem Zentrum gegenüber. Härte in der Vertretung sachlicher Vorschläge. Ideolog. Abgrenzung.

D.) Zur Tomannfraktion. Jene Förderung vermeiden, ihren Charakter aufzeigen. Gegen Passivität in den Bezirken mit Neuwahlen der Ausschüsse einschreiten. Kritik der Gewerkschaftsarbeit.

E.) Politisch, gewerkschaftlich, Betriebszellen, Agitprop. aktiv. rittig sein. Hierzu Spezialisierung einzelner Genossen von uns für diese Arbeit. Diskussion in der Presse oder in Mitteilungsblättern oder in Bildarbeit als Vorbereitung der Erweiterten EK.-Sitzung.

F.) Sicherung und Annäherung von Sympathisierenden.

Durch Diskussionen in den Gruppen von Mund zu Mund, nach den Richtlinien der GG-Diskussion wird beantragt im PV in der Presse. Kritik der RF zielrichten gegen die "Linken", aufzeigen dass wir Kritik über Diskussion in der Vertrauensmännerkonferenz mit Minderheitsvotum der Beobachtungsgruppe. Alle fraktionellen Vorstände und sachlichen Gesandten einsetzen zu Angriffen auf die Tomannrichtung und zum Druck auf den PV. Z.B. Arbeitslosenrat, die Blockkonferenz, gegen die Richtung Tomann. Das Auftreten Aigners auf der Betriebszellenkonferenz, **R e e l u t i o n e n** fassen als Ausdruck der Meinungsäußerung!

G.) Organisatorische Fraktionverbindung, Besprechungen in den Bezirken, Verbindung mit der Provinz.

H.) Spezialisierung unserer Kräfte. Wenn der PV Massnahmen dekretieren wird, die die Kräfte in den Bezirken übersteigen, so wird die GG jene Arbeiten leiten, die der Erhaltung des Bezirkes dienen. Sie wird die Arbeiten besonders fördern, in deren Positionen unsere Genossen arbeiten, sie wird Arbeiten nicht übernehmen, die die Kraft der Genossen übersteigen.

Der Ausgang der Wahlen in Deutschland.

auszusagen müssen die Tatsachen kennen und uns keinen Illusionen vorsetzen. Dieses ist das wirkliche Ergebnis der Wahlen in der BRD.

1. Stimmenrückgang der SPD von 2,7 auf 1,7 Millionen, also ein Verlust von 1 Million Stimmen, das sind 27 Prozent.

2. Im Vergleich zur Gesamtwahlbeteiligung (es haben mehr Leute gestimmt) ist der Rückgang noch größer. Im Mai hatte die SPD 12,9 % aller Stimmen, im Dezember nur 1,9 %, das ist ein Rückgang um 87 Prozent.

3. Im Verhältnis zur SPD war die Niederlage noch größer. In den Wahlkreisen

hatte die SPD 62,4 % der SPD-Stimmen, diesmal nur 24,4 %, das ist ein Verlust gegenüber der SPD um 60,7 Prozent.

4. Gerade in den entscheidenden Wahlkreisen ist der Rückgang

am stärksten. In den Wahlkreisen hat die SPD 170.800 Stimmen, das waren 21,1 % aller Stimmen, diesmal nur 66.740, gleich 12,1 %. Die SPD stieg

hier von 21.000 auf 20.200 also fast um 10 Prozent.

östlichen Industriegebiet.

Westfalen stieg von 17.000 auf 20.200, also um 35 Prozent.

5. Im Rhein-Ruhr-Gebiet ist der Rückgang ebenfalls sehr groß. Hier hat die SPD 155.000 Stimmen, das sind 17,2 %, also vor den Gesamtstimmen nur 12,1 % und nach dem Verlust nur noch 10,1 %.

6. Im südlichen Industriegebiet ist der Rückgang ebenfalls sehr groß. Hier hat die SPD 118.000 Stimmen, das sind 13,1 %, also vor den Gesamtstimmen nur 10,1 % und nach dem Verlust nur noch 8,1 %.

7. Im westlichen Industriegebiet ist der Rückgang ebenfalls sehr groß. Hier hat die SPD 102.000 Stimmen, das sind 11,1 %, also vor den Gesamtstimmen nur 9,1 % und nach dem Verlust nur noch 7,1 %.

8. Im bayerischen Industriegebiet ist der Rückgang ebenfalls sehr groß. Hier hat die SPD 86.000 Stimmen, das sind 9,1 %, also vor den Gesamtstimmen nur 7,1 % und nach dem Verlust nur noch 5,1 %.

9. Im südbayerischen Industriegebiet ist der Rückgang ebenfalls sehr groß. Hier hat die SPD 70.000 Stimmen, das sind 7,1 %, also vor den Gesamtstimmen nur 5,1 % und nach dem Verlust nur noch 3,1 %.

10. Im ostdeutschen Industriegebiet ist der Rückgang ebenfalls sehr groß. Hier hat die SPD 54.000 Stimmen, das sind 5,1 %, also vor den Gesamtstimmen nur 3,1 % und nach dem Verlust nur noch 1,1 %.

11. Im norddeutschen Industriegebiet ist der Rückgang ebenfalls sehr groß. Hier hat die SPD 38.000 Stimmen, das sind 3,1 %, also vor den Gesamtstimmen nur 1,1 % und nach dem Verlust nur noch 0,1 %.

12. Im mitteldeutschen Industriegebiet ist der Rückgang ebenfalls sehr groß. Hier hat die SPD 22.000 Stimmen, das sind 1,1 %, also vor den Gesamtstimmen nur 0,1 % und nach dem Verlust nur noch 0,1 %.

13. Im sächsischen Industriegebiet ist der Rückgang ebenfalls sehr groß. Hier hat die SPD 6.000 Stimmen, das sind 0,1 %, also vor den Gesamtstimmen nur 0,1 % und nach dem Verlust nur noch 0,1 %.

14. Im thüringischen Industriegebiet ist der Rückgang ebenfalls sehr groß. Hier hat die SPD 4.000 Stimmen, das sind 0,1 %, also vor den Gesamtstimmen nur 0,1 % und nach dem Verlust nur noch 0,1 %.

15. Im brandenburgischen Industriegebiet ist der Rückgang ebenfalls sehr groß. Hier hat die SPD 2.000 Stimmen, das sind 0,1 %, also vor den Gesamtstimmen nur 0,1 % und nach dem Verlust nur noch 0,1 %.

16. Im berliner Industriegebiet ist der Rückgang ebenfalls sehr groß. Hier hat die SPD 1.000 Stimmen, das sind 0,1 %, also vor den Gesamtstimmen nur 0,1 % und nach dem Verlust nur noch 0,1 %.

17. Im Potsdamer Industriegebiet ist der Rückgang ebenfalls sehr groß. Hier hat die SPD 1.000 Stimmen, das sind 0,1 %, also vor den Gesamtstimmen nur 0,1 % und nach dem Verlust nur noch 0,1 %.

18. Im Magdeburger Industriegebiet ist der Rückgang ebenfalls sehr groß. Hier hat die SPD 1.000 Stimmen, das sind 0,1 %, also vor den Gesamtstimmen nur 0,1 % und nach dem Verlust nur noch 0,1 %.

19. Im Chemnitzer Industriegebiet ist der Rückgang ebenfalls sehr groß. Hier hat die SPD 1.000 Stimmen, das sind 0,1 %, also vor den Gesamtstimmen nur 0,1 % und nach dem Verlust nur noch 0,1 %.

20. Im Leipzigener Industriegebiet ist der Rückgang ebenfalls sehr groß. Hier hat die SPD 1.000 Stimmen, das sind 0,1 %, also vor den Gesamtstimmen nur 0,1 % und nach dem Verlust nur noch 0,1 %.

21. Im Dresdenener Industriegebiet ist der Rückgang ebenfalls sehr groß. Hier hat die SPD 1.000 Stimmen, das sind 0,1 %, also vor den Gesamtstimmen nur 0,1 % und nach dem Verlust nur noch 0,1 %.

22. Im Cottbuser Industriegebiet ist der Rückgang ebenfalls sehr groß. Hier hat die SPD 1.000 Stimmen, das sind 0,1 %, also vor den Gesamtstimmen nur 0,1 % und nach dem Verlust nur noch 0,1 %.

23. Im Halleschen Industriegebiet ist der Rückgang ebenfalls sehr groß. Hier hat die SPD 1.000 Stimmen, das sind 0,1 %, also vor den Gesamtstimmen nur 0,1 % und nach dem Verlust nur noch 0,1 %.

Die Ursachen der Inaktivität der GG.

Nach der Reichskonferenz der KPOe ist eine gewisse Passivität in der GG zu verzeichnen, manche Gruppen versagen vollkommen, in den Bezirken sind unsere Genossen schlecht auf die Beine zu bringen, im allgemeinen ist eine Müdigkeit, Phlegmatik zu verzeichnen.

Welche Ursachen hat diese Depression ?

1.) Es war kein Sieg der GG. Alle haben ihn erwartet, er ist nicht in dem Masse eingetreten als ihn alle mit Sicherheit erreicht zu haben glaubeten. Diese Tatsache hat viele um ein Stück zurückgeworfen und da Schwung der Arbeit gelähmt.

2.) Die Führung ist nicht in den Händen der GG. Sie ist nicht einmal so in den Händen der GG als sie nach der Reichskonferenz erwartet haben. Es erfolgt also von oben nicht die genügende Unterstützung für die Richtung der GG. Ausserdem wird die Position der Tomanniten in jenen Bezirken, aus denen ihre Prügel- und Lausbubenexponenten in den PV und in die Reaktion zur Mitarbeit genommen resp. kooptiert wurden, verstärkt und unsere Genossen in den Bezirken ihrer Argumente beraubt und moralisch geschwächt, weil für sie die Kooptierung wie eine Belohnung für die begangenen Missetaten aussieht. Sie begreifen den Vorgang nicht.

3.) Die Genossen der GG vermissen in einer Reihe von wichtigen Fragen die erwartete politische Sicherheit in der Haltung der politischen Leitung und der roten Fahne. Da der Arbeit im ganzen grossen die sichere Linie fehlt, schwächt diese Tatsache das Vertrauen zur Partei noch immer ab, trotz mancher Besserung.

4.) Es schlummern politische Differenzen, über die zuerst keine Klarheit waren und die nun noch nicht ausgetragen werden können. Die Tomannfraktion solidarisiert sich plötzlich mit der linken Linie. Die Tatsache, dass ein Kampf diese Linke gleichzeitig ein Kampf gegen den Kominternvertreter gewesen wäre, kaum dass die Gesundheitsgruppe einen Kampf für die Komintern, im Namen der Komintern gegen die Tomanniten beendet hätte. Dazu kommt dass eine Reihe politischer Fragen Uneinigkeit in die Reihen der GG gebracht haben die erst jetzt liquidiert werden konnte. Gleichzeitig erkennt die GG und das letzte Zweiglein den wahren Charakter des Zentrums. Damit beginnt auch wieder ein gewisser Aufstieg und die Hebung des Selbstbewusstseins.

5.) Die eingetretene Einigkeitsduselei, hat einseitig die Sympathisierenden gelockert und auch stellenweise in die GG Gleichmütigkeit und Illusionen getragen. Das wichtigste ist, dass die Sympathisierenden keine Tatsachen sahen die uns vom PV einseitig und den Tomanniten trennten, weil die Diskussion aufgehört hatte und neue Konfliktstoffe nicht in die Gruppen getragen worden waren.

6.) Das Zentrum hat seine Stellung geändert wodurch eine gewisse Erschwerung in der gegenseitigen Unterstützung der Arbeit eingetreten ist.

7.) Die Führung der Fraktion ist nicht allen Aufgaben gerecht worden. Die organisatorische Zusammenfassung, die rasche Information hat zu wünschen übrig lassen. Dadurch trat ausserdem noch eine organisatorische Lockerung ein.

8.) Schliesslich ist eine allgemeine Müdigkeit zu verzeichnen. Zunächst vollkommene Erschöpfung bei der Führung. Ganze Garnituren der Tomannfraktionen haben gewechselt, während die Führung der GG durchgehalten haben. (Strasser, Pollak, Tomann, Forst, Tober, Polzer!, Kulczar - längere Zeit ausgesetzt - Fiala usw.). Die Leitung der GG ist dieselbe geblieben. Ebenso in den Bezirken. Der Mist in den einzelnen Bezirken ist in tausend Hände zerstreut bis auf hartgesottensten. Diese Ermüdung hätte auch eintreten müssen, wenn jetzt der absolute Sieg gekommen wäre. Sie war unausbleiblich. Aber dass sie in diesem Ausmass eintritt, tragen die Punkte 1-7 Schuld.

Was ist dagegen zu tun ?

Siehe Aufgaben der GG. und die konkreten Anweisungen, sowie mündliche Aussprache.

Tomann ist vor ca. 14 Tagen mit Fiala nach Moskau abgereist. Vor seiner Abreise und nach seiner Abreise haben eine Reihe von Vorständen der Tomannfraktion stattgefunden, die beweisen, dass sie die Hoffnung auf ein Zurückkommen Tomanns nicht aufgeben und dass die Tomannfraktion weiter besteht. Ihre Milde und ihr Entgegenkommen entspricht ihrer Lage. Sie müssen entzweckend sich zeigen, um überhaupt ihre Positionen nach ihrer niederschmetternden Niederlage besetzt behalten zu können. Sie nützen unter falscher Fahne, unter Maske der Loyalität die Situation aus, um im geeigneten Augenblick passs schärfer losgehen zu können, wenn sie ihre Kräfte wieder gesammelt, die Depression überwunden haben und ihre Beabsichtigung nicht mehr werden zur Schau tragen können.

Folgende Tatsachen weisen auf ein verärrktes Vorgehen und auf den Restaurierungsprozess der Tomanniten hin :

1.) In der Fraktionssitzung der Arbeitslosen, und im Z.A.K. ist bereits das sechste mal der Antrag eingebracht worden und angenommen worden, dass Tomann die Leitung der Arbeitslosenbewegung übernehmen soll, ferner dass man das EKKI auffordert, dem Tomann die Rückreise zu gestatten (von Frey spricht man hier überhaupt nicht), ausschliesslich dass ein Delegierter des ZAK hinübergeschickt werden soll, der die den Standpunkt vertreten soll. Man teilte mit, dass Marchalowski sich bereit erklärt haben soll, die Reise zu bezahlen. (Merkwürdig und lächerlich, ja einfältig war die Haltung Franks dabei. Als der Antrag eingebracht wurde, fragte man ihn, ob der Antrag als fraktionell betrachtet werde. Frank erwiderte darauf, wenn Markus ihm antworten könne, ob dies zu fraktionellen Zwecken oder im Interesse der Sache geschehe, so könne er es im letzteren Falle zulassen. Darauf hin sagte Markus natürlich es entspreche nur dem Interesse der Sache. Und - Frank hatte darauf nichts gegen die Abstimmung über den Antrag. Schliesslich vertrat es er den Standpunkt, dass er zwar nicht für die Rückkehr Tomanns allein sei, dass er aber für die Rückkehr beider eintreten würde (vorbereitlich der Entscheidung des PV.) und dass er den seinerzeitigen Beschluss für einen Fehler halte. Damit hilft er - was für Gründe immer für seine Bescheidenheit sind - subjektiv der Tomannrichtung, weil dadurch die einseitige Liquidierung Tomanns und der Bruchverpflichtung in der Partei, unheilvoll gemacht wird, oder mindestens einseitig Kampff verlängert wird.)

2.) Am Sonntag des 4. I. - das ist der Sonntag vor der Abreise Tomanns - fand im 10. Bezirk eine Sitzung der Tomannfraktion statt. Eine Ansehbarkeit war nicht mehr möglich, aber es waren Pape und Ketzlik, ferner noch eine Gruppe von 8 Genossen im 10. Bezirk bei einer Trauung alteatelle gesehen, ohne dass an dem betreffenden Sonntag eine Veranstaltung im Bezirk vorgeschützt hätte werden können.

3.) Im 16. Bezirk wurden im "Männerheim" in der "Betriebszelle" "Männerheim" Unterschriften unter einem Arbeitsplan gesammelt. Daraus ist zu entnehmen dass auch in den Bezirken Unterschriftensammlungen stattgefunden. Die Unterschriften können ja gesammelt und zu irgendwelchen fraktionellen Dokumenten beigelegt werden. Seit wann sammelt man für einen Arbeitsplan Unterschriften? Das als Symptom.

4.) Der Vorstoß auf der Betriebszellenkonferenz, seitens von Aigner, der der ungeschickte aber konsequenteste Befehlser der Parolen Tomanns allerzeiten gewesen ist, zeigt dass die Lösung der aktiven Passivität, die der Forst im 17. Bezirk ausgerufen hat, weiter aufrecht bleibt und in die Tat umgesetzt wurde. Man will die Autorität des PV untergraben ("Der Parteivorstand" schlägt soviel Unheilliches vor um zu zeigen dass nur er die Partei aus dem Dreck ziehen kann"), man will von vorneherein Skepsis in die Teuerungskampagne hineinbringen um sie zu diskreditieren ("Es ist ja alles zuviel, man kann es nicht leisten, wo sind die Zellenversammlungen, der P.V. niht das Maul voll, aber es schaut dabei nichts heraus, erst muss man organisieren und ganz in der Stille arbeiten nicht in der Roten Fahne schreiben etc.."), man will tatsächliche Erfolge, wenn ihnen auch Mangel der Presse und Taktik anhaften, verkleinern oder ungeschehen lassen ("Genossen die Arbeitslosenaktion war eine Blase"). Man will die Atmosphäre der Untätigkeit, der Passivität beibehalten um den PV leistungsunfähig zu machen. - Dass ein paar Arbeiter bei der BZ-Konferenz, die auf Seite Tomanns stehen selbst gegen Aigner Stellung nahmen, allerdings nur privatim und nicht offen, zeigt dass sie wohl der Taktik einverstanden waren, aber nicht mit der Art, in der er sie

dasselbe Horn und rückte bloß persönlich ab. Möglich ist
ein Teil der Tomanniten eine allscharfe Kritik jetzt nicht
anzubringen und über die Zeit und Art Meinungsdivergenzen sind, nicht
aber über die Sache überhaupt, die Partei wähet in den Dreck zu ziehen
um die Notwendigkeit Tomanns in Oesterreich zu dokumentieren.

5.) Die Koaptierungen der wichtigsten Vertreter der wichtigsten
Industriezweige in den PV. sind von den Tomanniten unter Duldung des
Zentrums zu einer fraktionellen Beute gemacht worden indem man ein
Verhältnis von 5:Tomanniten zu 2 Freyiten wollte und ein Verhältnis
von 4 vier zu drei durchsetzte und eine weitere Verschlechterung anzustrebt.

Die Tomannfraktion kämpft, indem sie um die Person Tomann kämpft
ihren Existenzkampf. Sie wiesse wenn Tomann einmal 1 oder 2 Jahre weg ist,
Tomann für immer in seiner früheren Position liquidiert ist. Die GG. muss
für eine dauernde Entfernung eintreten, weil bis zur Aenderung des
Beschlusses der Komintern, die politische Reife der Partei ausgebildet
sich von der Giftatmosphäre und dem Intriguenspiel gereinigt, der
Welt hinausgeworfen und eine Reihe von Arbeitern zu selbständig arbeiten=
den Komintern erzogen werden müssen. Gelingt dies, dann ist die Rück-
kunft Tomanns, die Rückkehr eines Ueberlebten, Ueberwundenen. Tomann ist
jetzt politisch liquidiert worden, er muss nun auch moralisch liquidiert,
seine vertastete Angelegenheit muss untersucht werden.

Um den Bestreben der Tomannfraktion entgegenzuarbeiten müssen
in den Bezirken und Zellen Resolutionen eingebracht werden, die die Genes-
sens selbst schreiben müssen und in denen Bezug genommen wird auf die
obigen Tatsachen (nur immer einzelne herausheben). In den Resolutionen
sollen etwa folgende Gedanken enthalten sein:

1.) Der Beschluss Tomann wieder aufzunehmen ist in W. gefasst wor-
den, in der Meinung, dass noch immer die Partei hinter ihm stehe. In Wirk-
lichkeit haben zwei Vertrauensmännerkonferenzen mit 200 gegen 16
Stimmen sich gegen Tomann und für den Beschluss des PV ausgesprochen.
Dankbar ersucht das EEKI die Vereiligkeit gut zu machen und den Ausschluss
schluss zur Kenntnis nimmt, vorher noch die moralische Untersuchung
führt.

2.) Die Krise in der österreichischen Partei wäre längst schon
liquidiert worden, wenn die Komintern nicht beständig geschwankt hätte
und wenn sie nicht neuerlich den Ausschluss zurückgenommen hätte. Diese
Rücksicht nahm hat die Partei von 18.000 auf 5000 Mitglieder herunter-
gebracht und wird sie, wenn die Komintern diese Taktik fortsetzt, auf
noch weniger herunterbringen. Die Arbeiter der Tomannrichtung gegen
nicht verloren, sie kommen wieder, wenn sie das nutzlose ihres tun binnen
kurzem eingesehen hätten.

3.) Die Komintern hat den Ausschluss Tomanns nicht zur Kenntnis
genommen um den internationalen Angriffen, dass die Synowjew die
;Oesterreichisierung der Komintern vollziehen auszuweichen und um keine
Spaltung in Co. herbeizuführen. Aber zu dieser Spaltung wäre es nicht
gekommen, sondern über die restlose Liquidierung der Führer-Querulanten
wäre die festeste Einigung der Partei erzielt worden.

4.) Das Niveau der aktiven Arbeiter in der Partei, das politische
Niveau entspricht der Führung. Tomann ist nicht als Gegner im einfachen
Sinne des Wortes gefährlich, sondern als Brunnenvergifter, als Intigrant,
als politisches Chansleon, der jedes Exkurs sachliche Erwägung vergiftet
mit zehn Lügen, der der Sammelplatz der korrupten Elemente ist, war und
wahrscheinlich bleiben wird, der seine Stützpunkte in der Partei nicht
nach der Fähigkeit, sondern ihrer persönlichen Zweckmäßigkeit wählt,
der entwicklungsunfähige Genossen in das Prokrustesbett seiner Demagogie
und Zersetzung bringt, der die Intellektuellenhetze, den Antisemitismus
in den Dienst seiner Sache stellt und s.w. Er ist keine Geneger einer
Richtung, er ist richtungslos, also politisch korrupt, sondern er ist
die geistige Zersetzung der Partei, er drückt das Niveau der Partei
herab auf das Niveau von Verleumdern. (Das was an ehrlichen Arbeitern
an ihm hängt, besteht aus Genossen die sich auf das gewerkschaftliche
Gebiet spezialisiert eigentlich abgecondert hatten und von der politi-
schen Tätigkeit der Partei nicht ergriffen wurden, so dass sie nur in
Tomann die Partei verkörpert sahen. Es erklärt sich also aus einer
Art gewerkschaftlichen Konservatismus.)

5.) Die GG hat jahrelang den Kampf politisch und Sachlich geführt
Sie hat Tomann liquidiert in der Frage des Zentralismus, der Rolle der
Partei, der Gewerkschaftsfrage. Jetzt muss, nachdem wir zwei Jahre geschwie-
gen über die Gewerkschaftsfrage schweigen, wir verlangen die

dem Mist aus der Partei.

6.) Wir machen die Exekutive darauf aufmerksam, dass ein Beschluss der die Rückkunft Tomann gestatten würde, einem Durchlesen der Beschlüsse des V. Weltkongresses gleichkommen würde und wir die Verantwortung für das Schicksal der Partei, die des Zentralismus beraubt und der willkürlichen Durchbrechung der internationalen Beschlüsse ausgesetzt ist, in der das Vertrauen zur Komintern auf leichtsinnige Art geschädigt werden würde.

7.) Die Rückkehr Tomanns würde den leidenschaftlichen Kampf in der Partei neuerlich entflammen lassen. Wenn die Komintern sich im Vorjahre für die Belassung der Exponenten ausgesprochen hätte, so wäre auch auf diesem Wege eine Liquidierung der Parteikrise möglich gewesen. Da sie sich aber entschieden hat auf die Lösung der Parteikrise ohne Exponenten, so muss sie diese Linie konsequent weiterführen, weil die Grundlagen für diese Beschlüsse weiterbestehen:

es ist noch keine dauernde, sondern höchstens eine äusserst labile Beruhigung der Partei, die jeden Tag wie Glas zerbrechen kann, eingetreten, die Tomannfraktion hat die Führung des Kampfes um einer Person willen nicht aufgegeben auf.

Neemals: Sofort Resolutionen fassen lassen, aber erst fragen ob sie jetzt schon in die Hände des PV gegeben werden sollen, oder ob sie noch in den Händen der Funktionäre zur späteren Übermittlung binnen einer Woche zu überlegen sind.

Den Genossen sind alle Vorfälle der B.Z.-Konferenz bekannt. Es ist dringend nötig, dass die Zellen und Organisationen in Wien sich gegen den Defaitismus und die Zersetzung, gegen die menschevistischen Argumente des Genossen Aigner II. zu sprechen und dem P.V. sofort einhändig ein Vertrauensvotum.

Diese Handlung ist umso notwendiger, als damit in der Zeit der Einheitschancen, der geringste Anlass aufgegriffen werden muss um zu zeigen, dass sie einen fraktionellen Anstoss und Vorstoss nach dem anderen vorzuziehen und ihnen das Schicksal der Partei gleichgültig ist.

Menschevistisch ist, wenn Aigner dort die Meinungen vertreten hat, die man die Par. einlegenheiten, den Arbeitsplan u.s. in unserer Presse nicht vertreten soll. Es leuchtet sein Standpunkt den er im II. Bezirk vertreten hat durch "ich zahl" keinen Heller für die Rote Fabrik. Wenn die Russen ein Blatt haben wollen, so sollen sie es selbst zahlen. - Und seine Freunde treten im P.V. ein für die restlose Selbsterhaltung der Partei, ohne Zuehuss!! (Darüber später.) -

Beide Dinge sofort!

Vertrauensmännerkonferenz in der Woche von 25. I. bis 1. II.

Der PV hat beschlossen für nächste Woche eine Vertrauensmännerkonferenz mit der Frage der Selbstfinanzierung einzuberufen. Voraussichtlich wird die Tagesordnung erweitert werden. Die Genossen müssen abhören jetzt ihre Vertrauensmännervoten durchgehen und für die restlose Aufbringung der Genossen der GG und auch der Neutralen sorgen. Die Betriebszellenkonferenz darf sich nicht mehr wiederholen.

Thesen zur Blockkonferenz am 25.1.1925

ausgearbeitet von Frank, vom Pol.-Büro vorgelegt der PV.-Sitzung
am 1. Feber 1925

1. 1.) Der PV ist der Ueberzeugung, dass die inneren Beunruhigungen der Partei, ebenso wie mit insbesondere die Mängel auf dem Gebiete der Gewerkschaftsarbeit der Gesamtpartei nur durch eine Aktivierung der Parteimitgliedschaft erfolgen kann.
Zur Verhinderung einer Wiederbelebung der überwundenen zersetzenden fraktionellen Diskussionen auf persönlicher Grundlage und zur Förderung der fruchtbaren Selbstkritik der Partei werden daher sofort unter Berücksichtigung der Beschlüsse der Reichskonferenz der Blocks gemeinsame Richtlinien des Pol.-Büros und des Gewerkschaftsrates ausgearbeitet, die in allen Parteiorganisationen zu besprechen und durchzuführen sind.
- 2.) Die Fehler und Verstöße einzelner Genossen auf der Reichskonferenz der Blocks können nicht durch disziplinarische Mittel gutgemacht werden, sondern nur durch die sofortige Inangriffnahme der Gewerkschaftsarbeit durch die gesamte Partei (Bildung von kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen, Eintritt der gesamten Parteimitgliedschaft in die Blocks). Die Gewerkschaftsarbeit ist die wichtigste Arbeit der Partei, eine Voraussetzung ihrer Bolschewisierung.
- 3.) Der PV. verurteilt die Angriffe einzelner Kommunisten auf der Reichskonferenz der rev. Blocks gegen die K.P. Diese Angriffe vor Nichtkommunisten auf einer massenparteilichen Konferenz beweisen einen völligen Mangel an Klarheit über die Rolle der Partei und einen Mangel an kommunistischem Parteigefühl.
- 4.) Angesichts der bevorstehenden Entscheidung des EKKI zur Frage des Gen. Tomann, sieht der PV. k e i n e Veranlassung zu dieser Frage neuerdings Stellung zu nehmen.
- 5.) Angesichts der vonseiten der früheren Frev-Rumpffraktion und Tomannrichtung zutage getretenen Vorstöße gegen die Linie der Reichskonferenz der K.P.Oe. und die Bolschewisierung der Partei, erklärt der PV.: Es ist unbedingt nötig, alle Genossen, die die Wiederaurolung der Fraktionskämpfe auf persönlicher Grundlage führen scharfstens zurückzuweisen. Ebenso müssen die politischen Vorstöße zurückgewiesen werden, die sich gegen die Linie der Reichskonferenz und die Bolschewisierung der Partei wenden, wie sie von Seiten der früheren Fraktionarreste erfolgt sind.
Diese Vorstöße, insbesondere gegen die Arbeitslosenaktion und den angeblichen Ueberradikalismus der "Roten Fahne", zeigen auf beiden Seiten eine vollständige Uebereinstimmung.
Demgegenüber muss zur Losreissung der Partei von der sozialdemokratischen Ideologie und zur Bolschewisierung der Partei auf dem kommenden Parteitag eine einheitliche Linie der Parteiführung ohne Konzessionen an die ehemaligen personellen Fraktionen geschaffen werden, wie sie auf der Reichskonferenz der K.P.Oe. noch nicht möglich war. Die Vorarbeit für den Parteitag muss ~~zuerst~~ in diesem Sinne in allen Organisationen bei der Mitgliedschaft in Angriff genommen werden.

Diese Thesen wurden in PV mit Mehrheit abgelehnt. Die Thesen Hexmann zur Gewerkschaftskonferenz erreichten Stimmgleichheit und wurden vom Vorsitzenden abgelehnt, so dass das Pol.-Büro der Parteikonferenz seine eigenen Vorlegen wird.

1.) Auf und nach der Reichskonferenz hat die Partei drei Punkte für die Politik der Partei festgelegt. Diese Punkte waren:

- a) die Erkenntnis vom Beginn der faschistischen Ära in Oesterreich,
- b) die Erkenntnis von der bürgerlichen Rolle der Sozialdemokratie
- c) die Erkenntnis, dass die KPO die einzige Arbeiterpartei ist.

2.) Der Grünbacher Kampf stellt die Partei vor die Aufgabe, diese drei ~~xxxxx~~ theoretischen Erkenntnisse anzuwenden praktisch anzuwenden. Die Partei hat versagt;

- a) sie hat den Grünbacher Kampf als lokalen Kampf behandelt nicht, als einen entscheidenden Zentralpunkt der allgemeinen Klassenaussensetzung zwischen faschistischer Bourgeoisie mit sozialfaschistischer Sozialdemokratie einerseits und dem Proletariat andererseits. Die Partei hat also die Vorhandensein einer faschistischen Ära vergessen.

- b) Die Partei hat nicht vom ersten Tage des Kampfes klar in ihre Berechnung die Tatsache eingesetzt, dass die Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie u n b e u i n g t auf der Seite des faschistischen Unterneuertums und die Arbeiter zu einer Niederlage führen würde. Die Partei hat also die bürgerliche Rolle der Sozialdemokratie vergessen.

- c) Die Partei hat it ihrer selbständigen praktischen Aktion für Grünbacher seit eingesetzt. Sie hat also nicht begriffen dass n u r die KPO den Kampf der Arbeiter unterstützt. Sie hat vergessen, dass jeder Kampf der Arbeiter zu einer Niederlage führen muss, falls ihn nicht die KPO führt. Die Partei hat also die Tatsache nicht richtig erkannt, dass die KPO die einzige Arbeiterpartei ist.

3.) Das Vorgehen der Partei im Grünbacher Kampf entspricht den Schwächen der Partei und der Parteiführung in den drei entscheidenden Fragen in der Zeit nach der Reichskonferenz. Um die sozialen Verhältnisse in Zukunft zu vermeiden, muss die Partei alles daran setzen, um zu einer einheitlichen Parteiführung im Sinne der linken Orientierung der Reichskonferenz zu kommen. Aufgabe des PV ist es, den Parteitag in diesem Sinne vorzubereiten, damit dort die Voraussetzungen für die Bildung einer einheitlichen Zentrale ohne alle Konzessionen an die ehemaligen personellen Fraktionen geschaffen wird.

4.) Gleichzeitig muss die Partei, um einem Versagen wichtiger revolutionärer Aufgaben in Zukunft vorzubeugen, die bisherige Methode der propagandistischen Feindpropaganda einer konkreten Arbeiterpolitik beseitigen. Das bedeutet das?

- a) Die Partei muss sich darüber klar sein, dass sie im allgemeinen nicht stark genug ist, Bewegungen der österreichischen Arbeiterschaft insgesamt zu entlassen. Vielmehr muss sie an diejenigen Bewegungen anknüpfen, die an Hand der Wirtschaftskrise praktisch auftreten und zu ihnen jeweils Stellung nehmen.

- b) Die Partei muss bei ihrer Stellungnahme jeweils auch ihre eigenen Kräfte in Betracht ziehen, um zu einer systematischen aktiven Politik gelangen zu können. Die Partei muss unter Umständen sogar auf die aktive Führung einer Bewegung zugunsten einer anderen verzichten u. d. h. die eine vornehmlich propagandistisch behandeln und sich aktiv auf die andere konzentrieren.

5.) Diese Einstellung der Partei auf die konkrete Tagespolitik der Arbeiterschaft zeitigt gewisse Gefahren reformistischer Abweichungen. Auch für diese Politik der Partei ist also die einheitliche und klare linke Führung der Partei eine unabdingte Notwendigkeit.

6.) Die Arbeiterpolitik muss geführt werden durch die

allgemeine Lohnforderungen aufstellen, für die sie das Gesamtproletariat infolge ihrer Schwäche noch nicht zu mobilisieren vermag. Vielmehr muss ein konkretes Lohnprogramm aus der Arbeiterschaft selbst z.B. als "Gründlicher Forderungen" aufgestellt werden, für die ein Kampf in Runden der Gewerkschaften möglich und durchführbar ist.

7.) Die Losung lautet also :

Von der Propaganda zu der Aktiven Arbeiterpolitik :
Innenparteilich-Konsolidierung der Partei gegen beide
Fraktionsberrechte, Schaffung einer einheitlichen linken
Parteiführung.

Wien , den 1. Februar 1925

Stellungnahme zu den Grünbacher Ereignissen

I. Die Bedeutung des Grünbacher Kampfes war im wesentlichen folgende:

1.) Die Arbeiterschaft setzte sich gegen die Bedingungen der Unternehmer, die einem exemplarischen Raub der sozialpolitischen Errungenschaften gleichkamen, zur Wehr. Von vorneherein boten sie ein Beispiel des Kampfes gegen die reaktionärsten Unternehmermethoden. Der Kampf der Bergarbeiter Grünbachs war ein Kampf gegen das Präjudiz der Durchbrechung der sozialpolitischen Errungenschaften und gegen unerhörte kapitalistische Willkür. Es war eine Kraftprobe der gesamten Bourgeoisie Oesterreichs ob solche Vorstöße gelingen oder zurückgeschlagen werden - damit also gleichzeitig eine Kampfansage für das gesamte Proletariat Oesterreichs.

2.) Der Grünbacher Kampf konnte der Hebelpunkt zu einem allgemeinen Lohnkampf der Bergarbeiter ganz Oesterreichs werden, umso mehr, als die Provokationen des Ott Erbitterung bei allen Schichten hervorzurufen musste und andererseits Lohnforderungen in der Bergindustrie in Anbetracht den ungeheuer niedrigen Lohnniveaus populär sein mussten.

3.) Schliesslich war Grünbach auch der Brennpunkt der politischen Situation, der Anwendung der Regierungsgewalt, das Herrschen einer willkürlichen Klassenjustiz, die Vorstöße der reaktionären Staatsgewalt. Also die Kraftprobe des Staates ob die Situation reif ist für die Anwendung der reaktionärsten Methoden gegen ausgesperrte Arbeiter.

4.) Dass die Situation bei den Bearbeitern für die Komm. Partei Oesterreichs im allgemeinen günstig ist, unser Einfluss hier mehr als in einer anderen Industrie geltend ist, so konnte der Grünbacher Kampf mit einem Schlage beweisen, dass die Kompartei Oesterreichs eine Aktionspartei ist, dass sie berufen ist die Arbeiterschaft zu führen, die Opposition in den gelben Gewerkschaften zum Siege zu führen. In der Siedehitze eines sozialdemokratischen politischen Kampfes, geht die politische Schulung der Arbeiterschaft in wenigen Tagen rapider vor sich, als unter allen anderen Umständen in Monaten und Jahren. Daher hängt vom Ausgang des Grünbacher Kampfes für die KPOe nicht bloss Sieg oder Niederlage vielleicht auch Vernichtung eines der besten organisatorischen Vorposten der KPOe ab, sondern darüber hinaus ging es, vor der Arbeiterschaft den Beweis zu führen, ob die KPOe Kampfpartei ist. Davon war abhängig ob die KPOe weiter in ihrer Isolierung verbleibt, oder ob sie diese zum Teil niederzureissen imstande sein wird.

5.) Gleichzeitig hätte Grünbach eine weitere Lehre über die reformistische Taktik der Gewerkschaften und vor allem den Wert der Opposition praktisch illustrieren sollen. Damit hätte in Oesterreich der drohenden Austrittsbewegung und Bewegung zur Gründung neuer Gewerkschaften Einhalt geboten werden können. Durch das abschreckende Grünbacher Beispiel hat sich die KPOe und die rev. Gewerkschaftsbewegung in den kritischen Gebieten Oesterreichs gestärkt kompromittiert und den Skeptizismus gestärkt, aber gleichzeitig auch nicht den Glauben an eine revolutionäre Opposition und Eroberung der Gewerkschaften gefestigt.

II. Die Lage und die Aufgaben der Partei. Ihre Fehler.

Die Partei hat eine Reihe von Unterlassungen begangen.

1.) Sie hat den Kampf von vorneherein nicht genügend konkretisiert, sie hat es eine Woche lang bei der Parole des "prinzipiellen" Kampfes bewenden lassen und kein Lohnkampfprogramm aufgestellt um auch die bestreikten Gebiete und die Kohlenarbeiter Oe. in den Kampf zu bringen, sie hat nicht schnell genug die Unterstützungsjaktion eingeleitet. Die Partei hat - mit einem Wort zum Kampf zu spät Stellung genommen. Aber dieser Fehler war bedingt dadurch, dass

2.) die Partei den Ernst der Situation nicht rechtzeitig begriff, weil die Berichte die die entsendeten Genossen brachten durchaus optimistisch waren und wo sie von Anzeichen der Schwäche berichteten, noch keine Gefahr des sofortigen Abbruches erraten liessen.

Die PV.-Sitzung hat durch Vorschläge aus der Mitte heraus nicht auf Grund von Vorschlägen des Pol.Büros oder des Pol.Sekretärs oder des Gewerkschaftsrates endlich am Montag d.25. - eine Woche nach Beginn des Streikes Stellung genommen und im allgemeinen eine richtige Haltung eingenommen. Niemand dachte an eine Abrechnung des Streikes. Es wurden folgende Beschlüsse gefasst:

A.) Dem Kampf eine materielle Basis zu geben. Er darf nicht bloß auf die Angelegenheit Ott beschränkt bleiben.

Aufstellung eines Lohnkampfprogrammes:

Ausdehnung des Streikes auf die Kohlengruben Oesterreichs durch materielle Interessierung

Einstellung der Kohlenzufuhr in die bestreikten Gebiete und nach Oesterreich ev. überhaupt.

Kampf der Arbeiter der bestreikten Gebiete für ihre Forderungen. Hierzu Aufstellung eines besonderen Lohnkampfprogrammes.

Alles versuchen um den Kampf zu verbreitern.

B.) Organisierung der materiellen Hilfe in breitem Ausmasse

Ausmasse

a.) In örtlichem Masstabe. Demonstrationen in die umgebenden Gemeinden, vor die Gutshöfe, Kredite von den Konsumvereinen, Kaufleuten. Demonstration zum Durchdrücken dieser Forderung.

Arbeitslosenunterstützung? Demonstration in das Neunkirchner Gebiet um die Arbeiter zur Solidarität zu bringen (Druck auf die Bonzen) Gewerkschaftsunterstützungen auszahlen.

b.) Im österre. Masstabe. Sammelaktion am Sonntag ev. ständig wiederholte Sammelaktion in den Betrieben. Progressive Selbstbesteuerung der

Partei. Opfertage. Opferstunden. Deputationen zu den Gemeinden, Arbeiterkammer, Gewerkschaftskommission. Massenversammlungen. Fleißige Versammlungen. Protest gegen die Konsumvereine. Ausreichende Kinderhilfe ev. Frauen und Familienhilfe etc. Betriebsrätekonferenzen.

c.) Im internationalen Masstabe. I.A.H. - I.R.H. - Deutscher, französischer, tschechischer Bergarbeiterverband. Reisen. Auspeisung in Grünbach.

Trägt der PV auch Schuld an der verspäteten Stellungnahme, er hat aus sich heraus im Plenum seine Beschlüsse konkret und gut gefasst.

III. Die Schuldfrage.

1.) Die Schuld des PV ist bereits dargestellt. Was ein Plenum tun kann ist geschehen. Der PV musste täglich annehmen dass das Polbüro und das Orgsekretariat seine Entscheidungen trifft, wenn er nicht zusammenberufen wird. Nach einer Woche unternahm er alle Schritte die nur möglich waren.

2.) Das Polbüro wurde nicht zusammenberufen. Bis zu seiner Zusammenberufung trägt das Polsekretariat die Verantwortung. Vom Polsekretär muss überdies die Initiative ausgehen. Das ist nicht geschehen, selbst in der PV.-Sitzung nicht. Es brachte auch keine Kritik der Fehler im Verlaufe der Woche. Der Pol.Sekretär hat hier entscheidend versagt.

3.) Der Gewerkschaftsrat hat ebenfalls keine Initiative gezeigt. Selbst in den gewerkschaftlichen Fragen schwieg er. Nach einer Woche wusste er noch immer nicht, ob Streikunterstützung ausgezahlt wurde und stellte auch keine Forderungen auf. Das Lohnkampfprogramm wurde nicht aufgestellt. Man wusste nicht das Ausmass der Lohnforderung. Anstatt konkrete Anweisungen und Parolen, ein Aktionsprogramm aufzustellen erschien ein platonischer Aufruf in der RF "Führt den Kampf weiter" und "Kampf der Arbeiterklasse ganz Oesterreichs" - sonst nichts. Die spezielle Abteilung des gewerkschaftlich, wirtschaftlichen Kampfes hat entscheidend versagt. Der Vertreter Haidt des Gewerkschaftsrates erweckte das Misfallen der Grünbacher Genossen durch seine Ratlosigkeit und Unbeholfenheit.

4.) Den verhängnisvollsten Fehler machte die Delegation des Parteivorstandes in Grünbach selbst. Es durfte der Kampf nach allem was der PV beschlossen hatte nicht abgebrochen werden. Das 1/3 für Aufnahme der Arbeit wäre zusammengeschmolzen bei entsprechend forzierter materieller Unterstützung. Durch den Abbruch hat sich die Partei die unter 1. bis 5. aufgezählten Möglichkeiten verscherzt. Das Zustandekommen des 1/3 erklärt sich überdies auch aus der Unsicherheit unserer eigenen Kommunisten über das was zu tun ist. Die Gen. Koritschöner und Frank haben einen verhängnisvollen Fehler gemacht. Dieser Fehler ist zugleich eine gefährliche Rechts-entgleisung.

5.) Diese Tatsachen und auch die vollkommen ungenügende Haltung der Roten Fahne machen es notwendig, dass ein Präsidium der Partei eingesetzt wird, in dem die beiden Genossen (Kori, Frank) nicht in Mehrheit vertreten sein dürfen.

Genossen

F r e y ,

W i e n .

Warter Genossen!

Beiliegend übersenden wir Dir die Resolution der erweiterten Exekutive zur österreichischen Frage. Im Zusammenhang mit dieser Resolution hat die Exekutive der K.I. beschlossen, die Beschlüsse bezüglich der Enthebung der Genossen Tomann und Frey von allen Funktionen in der Partei aufzuheben unter der Bedingung, dass die beiden Genossen alle Beschlüsse des V. Weltkongresses der K.I., der Reichskonferenz der K.P.Oe., sowie die letzten Beschlüsse der Exekutive in der österreichischen Frage vorbehaltlos anzuerkennen und durchzuführen. Die Exekutive erklärt zugleich, dass sie in Zukunft keinerlei Disziplinbrüche oder Abweichungen von der Parteilinie mehr dulden, sondern bereits bei dem ersten derartigen Fall die schärfsten Parteimassnahmen zur Anwendung bringen wird.

Indem wir Dir diese Beschlüsse übermitteln, stellen wir es Dir anheim dazu Stellung zu nehmen und wird der Parteivorstand nach Erfüllung der oben angeführten Bedingungen seine weiteren Beschlüsse über ~~die~~ Verwendung und Heranziehung zur Parteiarbeit fassen.

Mit kommunistischem Gruss:



Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Oesterreichs (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Das Blatt geht in 4 Ausgaben, am 1., 3., 5. und 7. März aus. Die Ausgabe am 1. März enthält die Beschlüsse der 3. Parteikonferenz. Die Ausgabe am 3. März enthält die Beschlüsse der 3. Parteikonferenz. Die Ausgabe am 5. März enthält die Beschlüsse der 3. Parteikonferenz. Die Ausgabe am 7. März enthält die Beschlüsse der 3. Parteikonferenz.

Das Blatt geht in 4 Ausgaben, am 1., 3., 5. und 7. März aus. Die Ausgabe am 1. März enthält die Beschlüsse der 3. Parteikonferenz. Die Ausgabe am 3. März enthält die Beschlüsse der 3. Parteikonferenz. Die Ausgabe am 5. März enthält die Beschlüsse der 3. Parteikonferenz. Die Ausgabe am 7. März enthält die Beschlüsse der 3. Parteikonferenz.

Verlag: Arbeiter-Verlag, Wien, Marxstr. 10. Telefon Nr. 20306.
Redaktion: Arbeiter-Verlag, Wien, Marxstr. 10. Telefon Nr. 20306.
Korrespondenz: Arbeiter-Verlag, Wien, Marxstr. 10. Telefon Nr. 20306.
Abbestellung: Arbeiter-Verlag, Wien, Marxstr. 10. Telefon Nr. 20306.
Vertrieb: Arbeiter-Verlag, Wien, Marxstr. 10. Telefon Nr. 20306.

Nr. 56

Wien, Freitag, 6. März 1925

8. Jahrgang

Die Resolution der österreichischen Kommission bei der Komintern zur österreichischen Frage.

Am 18. Februar wurde vom Präsidium der Exekutive der Komintern die nachfolgende Resolution der Kommission des KKK für Behandlung der Fragen der ÖSD. einstimmig angenommen und der Beschluß gefaßt, diese Resolution der Leitung der Erweiterten Exekutive zur Annahme zu empfehlen.

1. Die gegenwärtige scharfe Wirtschaftskrise in Deutschland bedeutet nicht den Höhepunkt, sondern nur den Anfang einer langanhaltenden, sich unaufhaltsam weiter verschärfenden Krise der Wirtschaft und des Staates der österreichischen Bourgeoisie. Es handelt sich nicht um eine Krise der kapitalistischen Wirtschaft im gewöhnlichen Sinne des Wortes, sondern um eine Krise des gesamten Systems der imperialistischen Sanierung Deutschlands. Selbst die bürokratischen und sozialdemokratischen Haltungen ohne Unterchied der Richtungen müssen zugeben, daß das gesamte „Sanierungswerk“ am Scheitern liegt. Die Bilanz der Sanierung, die mit mehr als einer Milliarde Kronen positiv ist, die Zahl der Arbeitslosen, die bereits 300.000 weit übersteigt, der charakteristische Zusammenfall einer relativen Beschäftigungslosigkeit der Industrie und wachsender Arbeitslosigkeit mit einer starken Preissteigerung sowohl im Großhandel als auch im Kleinhandel, zeigen diese Tatsache klar und deutlich.

Diese Wirtschaftslage führt bereits zu ersten politischen Konsequenzen. Die österreichische Bourgeoisie ist sich darüber klar, daß ein Ainausschleiben der heranwachsenden Katastrophe nur auf Kosten der weiteren Niederhaltung und verstärkten Ausbeutung der österreichischen Arbeiter, Angestellten, Beamten und landbarnen Bauern möglich ist. Die christlichsozialen Welterung Kamel leidet daher unter dem Druck der faktisch-ökonomischen Sanierung einen unerbittlichen Kurs der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Konterrevolution ein. Die letzten „Erzengenschaften“ der Revolution von 1918 werden abgebaut. Der Mißbrauch wird vernichtet, die Arbeitslosen werden durch ein Zwangsgesetz den Privatunternehmern ausgeliefert, die Rückkehr der Hochburger und die Wiederherstellung ihres vom Staate beschlagnahmten Kronvermögens wird durch die christlichsozialen Regierungspartei offen vorbereitet.

Die Bourgeoisie lehnt sich sowohl mit der schwarzen Reaktion als auch mit der österreichischen Sozialdemokratie, die in den großzügigen Plänen des neuen Anstalts der imperialistischen Konterrevolution eine wichtige Rolle spielt. Ähnlich wie die Döcker-Regierung in Deutschland weiß auch die christlichsozialen Regierungspartei in Österreich, daß die dauernde Niederhaltung des Proletariats nur mit Hilfe der Sozialdemokratie möglich ist. Um die aus Rücksicht auf die Arbeitermassen noch zögernde Sozialdemokratie für diese Zwecke gefügig zu machen, sucht die Bourgeoisie sie zunächst aus ihrer bequemen Stellung einer annehmen Regierungspartei zu verdrängen. Sie benutzt ihr ihres politischen Einflusses innerhalb und außerhalb des Parlaments. Sie bricht ihre starken wirtschaftlichen Positionen, wie der Fall der Hammerbrothwerke zeigt.

Die österreichische Sozialdemokratie antwortet auf diese Offensiv der faktisch-christlichsozialen Konterrevolution nicht mit dem Massenkampf, sondern mit dem feigen Rückzug. Sie antwortet mit Automobildhupen und Tellerwischen, Anstalt mit Streiks, Demonstrationen und Aktionen. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer verhindern jede ernsthafte Volksbewegung, wie der Metallarbeiter-, Eisenbahner-, Lehrer- und andere Streiks befehlen. Die Sozialdemokratie zeigt sich schamlos, daß sie unter keinen Umständen zu einer Arbeiterpartei werden kann, sondern die dritte Partei der Bourgeoisie ist und bleibt.

Die anstehende „linke“ Stellung, die die österreichische Sozialdemokratie seit langem in der Zweiten Internationale einnimmt, mildert nicht diese ihre Rolle als Partei der Bourgeoisie, sondern erleichtert und fördert sie. Durch die Illusionen, die noch heute breite Arbeitermassen an den „Autromarxismus“ fesseln, werden die österreichischen Sozialdemokraten nur umso gefährlichere Subjekte, nur umso gefährlichere Heulerknechte der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterklasse. Die österreichischen Kapitalisten können im jetzigen Augenblick noch zögern, indem sie sich bloß auf ihre beiden Rechtsparteien stützen. Sie werden aber nicht sehr fern der Zeit vor der Krise stehen, auch ihre breite Partei, die Sozialdemokratie, in die „Wiederung“ zusammen. Umgekehrt wird die Sozialdemokratie in dem Augenblick, wo das österreichische Proletariat, wo die Arbeitslosen und die Arbeiter in den Betrieben sich erheben, ohne Hören die Koalitionsregierung in den christlichsozialen Händen. Die Sozialdemokratie wird in dem Moment in die Koalitionsregierung eintreten, wo es gilt, auf die Arbeiter zu schießen.

2. Alle diese Faktoren schaffen eine politische Lage, die zu revolutionären Konsequenzen führen kann. In dieser Lage ist es von entscheidender Bedeutung, daß die kommunistische Partei Österreichs ihren bisherigen, langanhaltenden Arienstand einschließen und sich überwindet, um zu einer Kraft zu werden, die den Kampf gegen die neue Phase der österreichischen Sanierung und gegen die österreichische Sozialdemokratie auf der ganzen Höhe aufnimmt, breite Arbeitermassen in den Betrieben und Gewerkschaften

um sich schart und zugleich mit der Führung der Arbeitersolidarität den Kampf um die Eroberung der Vorhut des Proletariats in den Betrieben selbst aufnimmt.

Um die Parteikrise endgültig zu überwinden, ist vor allem die Erkenntnis ihrer grundlegenden Ursache notwendig. Die Grundursache der Parteikrise sind die Fehler, die Passivität, die unklare und schwankende Haltung der kommunistischen Partei selbst, und zwar der Gesamtpartei. Insbesondere liegt sie an der nötigen Initiative und Festigkeit im Kampf gegen die starke österreichische Sozialdemokratie fehlen.

Selbst wenn die österreichischen Sozialdemokraten noch zehnmal härter und demagogischer wären, als sie es wirklich sind, dürfte dies für die österreichischen Kommunisten niemals ein Grund sein, Abweichungen zum Opportunismus und zur Passivität in ihrer eigenen Partei zu dulden. In Wirklichkeit wurde die Stärke der Sozialdemokratie jedoch überätzt. Die politische und ökonomische Lage Österreichs ermöglichte es in der Vergangenheit, und ermöglicht es in äußerst verhärteter Weise gegenwärtig, die kommunistische Partei tatsächlich in der Arbeiterklasse zu bezeugen und die Massen Grundlagen der Sozialdemokratischen Partei mit Erfolg anzugreifen.

Die österreichische Parteikrise hat ihre Ursachen in der Überhebung der durch geschickte Demagogie Karl Schwardens Sozialdemokratie und in der nicht genährten politischen Schulung der Gesamtpartei infolge Kleinheit des Landes, Anisierens der Arbeiterklasse und dem allgemeinen Druck der Sanierung. Diese Ursachen wurden verstärkt durch die Fehler einzelner Genossen, durch das unkommunistische Auftreten, die Unklarheiten und Abweichungen der einzelnen Fraktionen. Der Fraktionskampf und seine Ausschüßigkeiten haben die Krise nicht verursacht, sondern nur verstärkt, verzerrt und verlängert, ihre bolschewistische Lösung verzerrt.

Ebenso wenig läßt sich die Parteikrise allein oder hauptsächlich durch die Fehler einzelner Genossen, durch das un-

Genossen, gedenket des Preisnods!

kommunistische Auftreten, die Unklarheiten und Abweichungen der einzelnen Fraktionen erklären. Der Fraktionskampf und seine Ausschüßigkeiten haben die Krise nicht verursacht, sondern nur verstärkt, verzerrt und verlängert, ihre bolschewistische Lösung verzerrt.

Der Weg zur dauernden Überwindung der Parteikrise ist infolgedessen nicht eine Sühne- und Vergeltungspolitik gegen die einzelnen Fraktionen und Personen in der Partei. Ebenso wenig ist die Gesundung der Partei, allerdings durch bloße Vereinbarungen auf persönlichem oder fraktionellem Gebiet zu erreichen. Selbstverständlich müssen sofort ohne den geringsten Aufschub, die letzten Reste, Überbleibsel und Ausläufer des parteiabschließenden Fraktionskampfes schonungslos vernichtet werden. Darüber hinaus erfordert aber die dauernde Festigung der Partei und ihre Verwurzelung in der österreichischen Arbeiterklasse die politische und ernsthafte Bolschewisierung der ÖSD., ihre Durchdringung mit dem Geist und der Praxis des Leninismus.

Die Bolschewisierung der ÖSD. bedeutet vor allem: 1. Die Anwendung der leninistischen Theorie; 2. Die Ausarbeitung einer wirklich bolschewistischen Massentaktik im härtesten Kampf gegen die Sozialdemokratie; 3. Die Schaffung einer eiferernen, von allen Fraktionen und Gruppenungen befreiten, selbstbestimmten Parteiorganisation;

3. Die politischen Hauptaufgaben der Partei sind in der gegenwärtigen Situation:

1. die Bemühung und rücksichtslose Durchbrechung des bisherigen Sektenscharakters der Partei, ihre Verwurzelung in den breiten Arbeitermassen, durch den dringlichst Forderung gegen die Sanierung — in ihrer alten und neuen Form, und gegen die alljährlichen Höhe, die der fremde Imperialismus sowie die einheimische Bourgeoisie und Sozialdemokratie den wertvollen Massen Österreichs auferlegt.

2. Die bolschewistische Verbindung des härtesten Kampfes gegen die österreichische Sozialdemokratie, die dritte Partei der Bourgeoisie, mit dem hartnäckigen Ringen um die Gewinnung der Hunderttausende von sozialdemokratischen Arbeitern, die unter den Folgen der Sanierung leiden und mit Notwendigkeit immer mehr durch die Politik ihrer Führer enttäuscht werden. Vernichtungskampf gegen die Sozialdemokratische Partei und klarer Kurs zur Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter!

3. Entschlossener Übergang zu einer konsequenten, einheitlichen Gewerkschaftspolitik der gesamten Partei. Kampf für die Gewinnung der 900.000 gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Österreichs. Kampf für die Einheit der österreichischen Gewerkschaftsbewegung und für die internationale Gewerkschaftseinheit. Verpflichtung für jedes österreichische Parteimitglied, in den freien Gewerkschaften organisiert zu sein. Ausnutzung aller Oppositionsbestrebungen und Unstimmungen innerhalb der Gewerkschaften, mögen sie auch un-

kommunistisch, unklar und untreu sein, wenn sie sich gegen die revolutionäre Gewerkschaftspolitik richten. Die Partei muß sich zur Aufgabe stellen, unter ihrer Initiative ein breite Oppositionsbewegung in den Gewerkschaften hervorzuheben und mit allen Kräften unter größtmöglicher Einbeziehung aller ihrer Fraktionen und Parteimitglieder zu fördern.

4. Die ÖSD. hat die große Aufgabe, die gemeinsame Kampfbahn der hungernden Arbeitslosen mit den darben den Arbeitern im Betrieb herzustellen. Die österreichische Stabilisierung bringt, wie alle ähnlichen Sanierungsversuche des Weltimperialismus, eine fast permanente Arbeitslosigkeit mit sich. Das längere Bestehen eines politischen Bruchs zwischen den Arbeitslosen und den Arbeitern im Betrieb bedeutet für das österreichische Proletariat ein ungeheure Gefahr: dieser Bruch kann es kaumförmig machen. Gerade darauf hinarbeitet die in- und ausländische Bourgeoisie: gerade diesen Bruch suchen die Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer benutzt zu vertiefen und zu verzerren. Die kommunistische Partei muß durch ihre Forderungen und ihre gesamte Tätigkeit die Aktionen der Arbeitslosen mit den Kämpfen der Arbeiter im Betrieb untrennbar verknüpfen.

5. Die ÖSD. darf bei der Anknüpfung an die Tagesforderungen der Arbeiter niemals die Machfrage, die Förderung des kapitalistischen Staates und die Errichtung der proletarischen Diktatur vergessen oder auch nur abschwächen. Sie muß den Arbeitern bei allen Einzelaktionen, bei allen Tages- und Teilkämpfen im Notwendigkeit des Bürgerkrieges und des Kampfes um die Aierrepublik vor Augen führen. Sie muß versuchen, durch den Teilkampf die gesamte Arbeiterklasse um einen Schritt vorwärts zu treiben, die Klassenagenossen zu verschärfen. Sie muß die verschiedenartigen Teilkämpfe unter der Führung der revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung zusammenfassen. Dabei darf sie diese Lösung niemals im Wandellichen Sinne, als Veränderung an die Sozialdemokratische Partei, sondern nur immer als Synonym, als Bolschewisierung der Sowjetdiktatur anerkennen.

4. Auf organisatorischem Gebiet hat die Partei folgenden Hauptaufgaben zu erfüllen:

1. Rüksichtslose Beseitigung aller Fraktionen und Gruppenungen, Vernichtung ihrer Heberrechte, Ausscheidung jedes Genossen ihrer Wiederherstellung, Durchführung einer festen Parteizentralität.

2. Reichsteuigste Durchdringung des Parteibaus auf Basis des Leninismus.

3. Eine Kampagne für die Aktivierung der Mitglieder, Organisierung jedes Parteimitgliedes zur aktiven Arbeit.

4. Verdrängung des Einflusses und Ausbaus der Gewerkschaftsfraktionen, Beseitigung der Unabhängigkeit des Gewerkschaftsrates und der Gewerkschaftsfraktionen von der Parteileitung. Strenge politische und organisatorische Unterordnung der Gewerkschaftsarbeit unter die Parteizentrale. Bildung einer Gewerkschaftsleitung in der Parteileitung, Auflösung jeder selbständigen Gewerkschaftsleitung, unabhängig von der Parteileitung. Strenge Fraktionsdisziplin in den Gewerkschaftsblöcken mit parteiweisen Arbeit.

5. Reorganisation und Verfestigung der Arbeit des Zentralsapparates. Wirkliche kollektive Zusammenarbeit aller Zentralmitglieder. Genaue Arbeiterteilung zwischen Bolschewisten und Ordinalen. Planmäßige Arbeiterteilung und Reorganisation unter allen Mitgliedern der Zentralsentrale, des Bolschewisten und des Ordinalen. Stärkere Heranziehung aller Zentralmitglieder zu den Arbeiten der Parteileitung. Für jede Reorganisationsaktion im Reich muß ein Zentralmitglied die politische Verantwortung tragen.

6. Sofortige Auflösung der österreichischen Sprachgruppe. Bildung von Klubs der österreichischen Redenden Genossen, die der Abteilung Leitprop der Zentrale unterstellt sind. Beschäftigung aller ehemaligen Mitglieder der österreichischen Sprachgruppe zur allseitigen Parteiarbeit in den orientierten Organisations der Gesamtpartei.

7. Stärkere organisatorisch-politische Verbindung der Partei mit dem Jugendverband. Regelmäßige Berichterstattung in der Parteileitung über die politische Arbeit des Jugendverbandes, Verhinderung aller Abweichungen der politischen Linie des Jugendverbandes von der politischen Linie der Partei. Aktiver Vertretung der Parteizentrale in der Leitung des Jugendverbandes.

8. Die Exekutive der Komintern billigt die Beschlüsse der Reichskonferenz der ÖSD. vom 18. November. Sie fordert nochmals kategorisch alle ehemaligen Fraktionen und alle Parteimitglieder auf, diese Beschlüsse nicht nur bedingungslos anzuerkennen, sondern auch bedingungslos durchzuführen.

9. Die ÖSD. wird aufgefordert, in allen ihren Organisations, ganz besonders in der Wiener Organisation, die Beschlüsse des V. Weltkongresses, die Beschlüsse der Reichskonferenz sowie die letzten Beschlüsse der Exekutive in der österreichischen Frage nochmals in Zusammenhang mit allen politischen und tatsächlichen Fragen der Komintern und der Partei zu diskutieren und geschlossen anzunehmen und zu durchzuführen.

Die österreichischen Methoden.

Genosse **S. Stern** hat an die Redaktion der „Kornost“ folgendes Schreiben gerichtet:

Werte Genossen!

In einem Artikel in der „Kornost“ vom 2. März wird meine Haltung während der Parteireise kritisiert und im Zusammenhange damit auf meine „österreichischen Methoden“ hingewiesen. Da mir mitgeteilt wurde, daß dieser Artikel nur aus technischen Gründen nicht mehr weggelassen werden konnte und da der Zentralausschuß beschloßen hat, daß die Polemik einzustellen ist, will ich auf den Artikel selbst nicht erwidern. Ich will mich lediglich darauf beschränken, einige Tatsachen festzustellen, damit nicht über meine österreichische Tätigkeit eine Legende entsteht.

Ich kam im Herbst des Jahres 1921 nach Wien. Das folgende Jahr, also das Jahr, in welchem ich in der Zentrale der KPÖ. an führender Stelle tätig war, ist, wie sich leicht feststellen läßt, ein Jahr lebhaften Aufschwunges der kommunistischen Bewegung in Oesterreich gewesen. Das wurde im Herbst 1922 auf dem 4. Kongresse in Moskau in dem Bericht des Genossen Sinowjew aus ausdrücklich anerkannt. Ich bin zu viel Margist, um mir diese Tatsache als Verdienst meines Einflusses anzurechnen. Aber immerhin ist es unter solchen Umständen nicht gut möglich, davon zu sprechen, daß meine Tätigkeit in Oesterreich parteizerstörend gewirkt hat. Der Fraktionskampf, welcher die KPÖ. so schwer schädigte, hat bekanntlich in voller Schärfe während des 4. Kongresses eingesetzt, also zu einer Zeit, da ich in Moskau war. Als ich aus Moskau zurückkam, war er bereits im vollen Gange und nicht mehr aufzuhalten. Wer die Genossen Frey und Soman kennt, wird mir übrigens bestätigen können, daß es zu diesem Fraktionskampf früher oder später auf jeden Fall gekommen wäre und ich hätte mir ein, daß er ohne meinen vermittelnden Einfluß sicher schon viel früher ausgebrochen wäre. Während des Kampfes selbst war ich immer bemüht, die Formen des Kampfes zu mildern. Die schwerste Schädigung der Partei wurde erst nach meinem Abgang von Wien dadurch herbeigeführt, daß der Fraktionskampf auch nach dem Parteitage mit voller Schärfe weitergeführt wurde. Demgegenüber hatte ich vor meinem Weggehen von Wien alles getan, was in meiner Macht stand, um zu erreichen, daß die unterlegene Fraktionsgruppe keine Fraktion gegen die neue Zentrale organisierte, sondern diese Zentrale voll und ganz unterstützte. Auch von Reichenberg aus habe ich wiederholt in persönlichen Briefen an den Genossen Frey darauf hingewiesen, daß der Fraktionskampf die Partei zerstört und daß er unbedingt liquidiert werden muß.

Dies zur Steuer der Wahrheit. Ich hoffe, daß Sie diese meine Mitteilungen den Genossen, welche die „Kornost“ lesen, nicht vorenthalten werden.

Mit kommunistischem Gruß

Viktor Stern.

Wien am Sonntag den 8. März 1925

Aufgang der Vertrauensmännerkonferenz

Die Referate der Genossen Peter, die Rechtfertigungsversuche der Gen. Frank und Koritschoner nahmen den ersten Abend in Anspruch. Deswegen wurde die Konferenz verschoben. Allodings mussten die Wiener Vertrauensmänner sich 14 Tage gedulden, bis die 3. Fortsetzung der V.M.K. stattfand. Die 2. te Konferenz begann mit dem Kerreferate des Gen. Hermann der seine Stellungnahme zur Blockkonferenz, zu den Grünbacher Ereignissen, zu den politischen Differenzen die im I. - Büro, Org.-Büro und im IV. auseinandersetzte, schliesslich setzte er auseinander, dass es nicht genüge einen Maulradikalismus und ein Lippenbekenntnis für einen x-beliebigen Linkskurs abzugeben, sondern es müssen personelle Garantien für die Bolschewisierung der Partei gegeben werden, die Auswahl der Genossen muss erfolgen nach ihrer Vergangenheit nach ihrer moralischen Qualifizierung, ihrer Einstellung in den jüngsten k o n k r e t e n politischen Ereignissen, man müsse auf die Taten sehen und nicht auf die Phrasen der einzelnen Leute.

Dieser Standpunkt ist aus der Stellungnahme zu den einzelnen aufgeworfenen Fragen ohnehin bekannt.

Ein genauerer Bericht wird wahrscheinlich noch folgen.

Es lag eine Resolution des IV vor und eine Resolution des Gen. Schönfelder. Da die Ausführungen des Gen. Hermann in allen Fragen Ergänzungen und weitergehende Konsequenzen wiesen, aber nicht im Widerspruch zu der Resolution zu Grünbach standen, wurde die Resolution des IV und die Resolution des Gen. Schönfelder mit grosser Mehrheit gegen 2 Stimmen bei zahlreichen Stimmenthaltungen angenommen. Die Tomannfraktion 25 bis 30 Mann an der Zahl verliessen vorher den Saal, um nicht in der Minderheit bleiben zu müssen und um ihre Schwäche zu verbergen. Aber bei der Geschäftsordnungsabstimmung, ob diese V.M.K. abstimmen soll oder nicht waren 76 gegen 25 Stimmen für die Abstimmung.

Die Tomannfraktion hat neuerlich auf gezeigt, dass sie die Mehrheit der Partei vorgezwungen, um ihr Recht der Abstimmung bringen wollen und neuerlich die Methoden der Parteispaltung beginnt. Koritschoner solidierte sich und verliess an der Spitze der Tomanniten den Saal.

Von Anhängern des Gen. Peter etc. war dort nichts zu bemerken, ausser vielleicht der 2. Bezirk, der teilweise hinter Kulczar steht.

Es ist in der Partei auf Grund der V.M.K. sofort festzunagen:

- 1.) Dass die Freyrichtung die Mehrheit in Wien hat 2. dass die Tomanniten ihre Schwäche verbergen und mit Spaltungsmitteln drohen, sich von der Abstimmung drücken und nicht als Rechte ~~xxxxxxxxxxxxxxxx~~ zu entlarven und dass sie die /sich/ Rechte der Vertrauensleute entscheiden wollen, was durch die Sabotage der Abstimmung bezweckt werden sollte
- 3.) dass der Maulradikalismus, die Scheinlinken in Wien ausser K. niemand hinter sich haben ausser Peter, Kulczar, Hornik, Koritschoner und ev. Zufälligen.

Aus Anlass der V.M.K., der Stellungnahme zur erweiterten Exekutive-Sitzung (Veröffentlichung der Thesen der Oesterr. Kommission bei der Komintern) sofortige Stellungnahme in den Ausschusssitzungen für den Bezirk und nachträgliche Bestätigung durch die Mitgliederversammlungen, Beschlüsse in den Zellen und Einbringung der Resolutionen an den IV und zwar in doppelter Ausführung, eine Kopie geht nach Moskau. Binnen einer Woche also bis 15. März müssen alle Resolutionen in unseren Händen sein. An den IV direkt schicken, in unsere Hände eine Kopie.

Die Resolutionen sind bekannt.

Die Linken* beginnen zu Fraktionieren!

An Freitag den 6. und Montag den 9. März fanden Fraktionsstagen statt. Wir behalten uns weitere Schritte vor. Genauer Bericht was gesprochen wurde kommt in den nächsten Tagen. Das machen die „Linken“ zur selben Zeit wo die Beschlüsse in Moskau gefasst werden, die neuerlich das Fraktionieren strengstens verbieten. An der Sitzung nahmen teil Peter, Koritschoner ward weil allem Anschein nach als unzuverlässig - nicht beigezogen, Högerer, die beiden Kulzars und eine Reihe anderer Genossen teil. Frank scheint ausgeschaltet worden zu sein.

Die Beschlüsse der vorgeschriebenen Tagung von den vorgeschriebenen
Kommission beim Präsidium der Komintern sind in der roten Fahne veröffentlicht
worden und wir legen sie anbei. Das nächstmal unsere genaue Stellungnahme
an. Heute unterbleibt sie zeitmangels.

Politisch macht die Stellungnahme deutlich von den politischen
Thesen der Reichskonferenz ab, was allerdings nicht hindert dass sich die
Thesen auf den Boden der Reichskonferenz stellen um nicht die Scheinlinke
zu desavouieren.

Der IV hat sich auf den Boden der Entscheidungen gestellt und
zeigt damit, dass er gar nicht die politischen Differenzen zwischen diesem
Entwurf und dem der Reichskonferenz bemerkt. Das Pol. Büro - also Peter -
legte dem IV einen Entwurf als Ergänzung bei, der eine Reihe von Fragen
beinhaltet, die jenen Genossen die in den Parteitagvorstand kommen sollen,
zur Beantwortung vorgelegt werden sollen, um so Garantien zu haben, dass
keine Lippenbekenntnisse abgegeben werden. Das also verhindert zum Beispiel
vielleicht Tomann, sich ohne weiteres auf den Boden des Linkskurses zu
stellen? Eine ausgemachte Kinderlei. Dagegen bleibt unser Standpunkt weiter-
hin aufrecht, dass nur eine richtige Auswahl der wirklichen Bolschewiken
vorgenommen werden muss unten in den Bezirken und oben in der Führung
unter den Bedingungen die wir bereits gestellt haben.

Frank wurde als Delegierter des IV abgelehnt, Peter kann an-
geblich aus sachlichen Gründen nicht, so wurde schliesslich Koplenig Delegi-
ter und ist auch bereits abgereist.

Zur Frage, ob Tomann und Frey zurückkommen sollen hat der IV
beschlossen, sich gegen die Rückkehr auszusprechen und den Antrag an die
erweiterte Leiterschaft. Sie haben Angst, dass ihnen die „Exponenten“
über den Kopf wachsen würden. Sie haben also die Linie die Exponenten vor
dem Parteitag zurückzulassen, verlassen und falls die Komintern die
Zurücklassung nach Österreich beschlossen würde, so dürfte dies erst
nach dem Parteitag erfolgen.

Das vorläufig. Weiteres Material wird folgen.

Die Resolutionen

Kochm; Ist alle Lokalorganisationen und Zellen resp. Vertrauensle-
tassen Resolutionen bis 15. III. die beinhalten zu lesen

- 1.) V. urteilung der fraktionsellen Blockkonferenz
- 2.) Scharfe Stellungnahme gegen die Rückkehr Tomann
- 3.) In Wien: Stellungnahme für die Haltung der Minderheit in der Frage der
Blockkonferenz, Gr. nach, Politik und den Scheinlinken.
Schweres Gewicht auf die Angelegenheit Tomann werfen.

Mitteilungen aus Oberösterreich

Angelegenheit Deubler: Gegen die Gerichte, Deubler hätte einen Posten bei
der SP., er wolle übertreten, oder er wolle auf die Liste der SP als dritter
Kandidat, oder er wolle ein Wahlkompromiss in irgend einer Form, ferner
dass er die SP decke und menschenverachtliche Abweichungen begangen habe ist in
der schärfsten Form Stellung zu nehmen, der betreffende Verleumder ist
sofort zu stellen und uns mitzuteilen, damit gegen ihn die Untersuchung ein-
leitet werden kann. Nichts ist daran wahr. Im Gegenteil, trotz 1 1/2 jähriger
Arbeitslosigkeit hat Deubler eine Arbeitslosenbewegung fertig gebracht wie
nirgends in Österreich. Berichte aus der R.F. und der Arbeitslosenzeitung
verfolgen. Man verschweigt den Namen um ihn in Vergessenheit zu bringen bei
der Leistung. Die Lokalorganisation Linz wächst. Die letzte Mitgliederversam-
lung hat 55 Genossen gezählt, es wurde eine Reorganisation vorgenommen.

Gen. E h n der seinen Austritt aus der KP angemeldet hatte weil ihn der
Höckel durch die ewigen Kämpfe angegangen ist, hat eine Erklärung der
Partei übermittelt in der er erklärt dass er wegen der schamlosen Treiberei
Kamrats des Tomann und der Stützung dieses Schutzkerls durch die
Komintern aus der Partei angetreten ist aber den Fehler einsieht. Er hat als
Parteiloser in Steyr eine von 4.000 Arbeitern und Arbeitslosen besuchte
Versammlung die von der Gewerkschaft einberufen war so hinter sich gebracht
dass kein Gewerkschaftsbürokrat und SP.-Mann mehr sprechen konnte. Er war
der Gründer der Volkswehr, hatte seinerzeit 50 Gendarmen entwaффnet und ist
der populärste Kommunist in Steyr. Sollten gegen ihn ebenfalls falsche
Gerichte angestreut werden, so ist dagegen mit allen Mitteln aufzutreten.

Gruß.

Wiederholt hast du mich ersucht, ich möge Dir einmal schreiben, worum denn eigentlich der Parteistreit geht, der nun schon so lange in der K.P. O e s t e r r e i c h s tobt. Erst heute komme ich dazu, Deinem Wunsche zu entsprechen.

Die Grundwurzel der Krise.

Die Oesterreichische K.P. ist eine Frühgeburt. Sie wurde im Dezember 1918 gegründet, sie hätte erst 3-4 Monate, mindestens aber 2 Monate später gegründet werden dürfen. Die Frühgeburt hatte eine doppelte Wirkung: es schlossen sich der Partei bei ihrer Gründung nur Arbeiter an, die nicht die geringste politische Erfahrung hatten und an die Spitze traten Führer ohne die geringste politische Erfahrung. Zweitens aber wurde die Anziehungskraft und Stosskraft der linken Elemente innerhalb der S.P. geschwächt und das hatte zur Folge, dass die Linke dann bei ihrer Loslösung von der S.P. verhältnismässig wenig mit sich reissen konnte. Die geringe politische Erfahrung, das ist die Grundwurzel der Krise und zugleich die Hauptursache, warum die Krise sich so lang hinzieht.

So klein der Zuwachs war, den die Linke mit sich gebracht hatte, sie hatte der Partei doch eine ganze Reihe von Arbeitern und Führerelementen zugeführt, die über eine gewisse politische Erfahrung verfügten. So begann die Partei doch allmählich aufzusteigen und brachte es zu einer ansehnlichen Höhe. Im Herbst 1922 hatte die Partei 10 000 wirkliche Mitglieder und in Wien allein 25 000 Sympathisierende, die dem Ruf der Partei in die Aktien gegen den Genfer Vertrag folgten. Auf diesem Höhepunkt begann die Krise.

Vom Herbst 1922 bis zum 6. Partentag März 1923.

Die Krise entbrannte an der Gewerkschaftsfrage. Dahinter steckte aber ein viel tieferes Problem. In Wirklichkeit ging umt geht die österreichische Parteikrise um das Grundproblem jeder K.P.: um die R o l l e d e r K. P. und nach zwar nach folgenden Richtungen: 1. Die damalige Parteivorstandsmehrheit (F r e y) sagte: Die K.P. muss nicht nur mit den Massen Verbindung halten, sondern die muss die Massen zugleich f ü h r e n. Die blosser Verbindung mit den Massen halten, bedeutet praktisch, hinter den Massen herlaufen. Die damalige Parteivorstandsminderheit (T o m a n n - K o r i t s c h o n e r) anerkannten das mit dem Mund, aber nicht in der Praxis. Zum Beispiel: als die revolutionären Strassenbahner vor 1 3/4 Jahren vor der Frage standen: Bildung einer organisierten, revolutionären Opposition innerhalb des Transportarbeiterverbandes oder Gründung einer selbständigen revolutionären Strassenbahner-Organisation und sich die revolutionären Strassenbahner je nach der Einstellung sich zu gruppieren begannen, da wollten die Tomann-Koritschoner nicht entscheiden, nicht führen, sondern ihr leitender Gesichtspunkt war: nur nicht den Zusammenhang verlieren mit einer der beiden Gruppen. So blieben die beiden Gruppen sich selbst überlassen, handelten nicht einig, ein Teil gründete den Revolutionären Strassenbahnerverband, der andere Teil blieb im Transportarbeiter-Verband (auch die Kommunisten waren so zerrissen). Und so ist schliesslich die ganze Bewegung, die sich so hoffnungsvoll angehangen hatte, nach 1 1/2 vollkommen im Sumpf gelandet.

2. Die Mehrheit sagte: die Partei ist die höchste Form der revolutionären Organisation. Alle anderen Formen der Organisation sind ihr untergeordnet. Auch die kommunistische Spitzenfraktion im Gewerkschaftsrat. Mit dem Mund, auf dem Papier gab das auch die Minderheit zu. In der Praxis aber betrieb sie das Gegenteil; nicht Leitung der Gewerk-

Arbeit durch die Partei, sondern Leitung der Partei durch die Mehrheit vom kommunistischen Gewerkschaftsrat aus. Die Tomann-Koritschoner hatten den Gewerkschaftsapparat monopolisiert und wollten von da aus die Partei beherrschen. Die Partei hatte praktisch in die Gewerkschaftsdinge garnichts dreinzureden, desto mehr der kommunistische Gewerkschaftsrat in die Parteidinge. Dieser Zustand besteht auch heute noch. Kein Beschluss der Komintern verbotte daran etwas zu ändern. Auch der letzte Kominternbeschluss (März 1925) wird nichts ändern; denn es ist ein Beschluss auf dem Papier ohne personelle Garantien.

An der Gewerkschaftsfrage ist der Streit im Herbst 1922 entbrannt. Die Einstellung der Tomann-Koritschoner Gruppe in der Gewerkschaftsfrage entsprang einem Sammelsurium von syndikalistischen, menschevistischen, und nur gewerkschaftlichen Anschauungen, Gefühlen, Stimmungen. Das hinderte aber die Tomann-Koritschoner nicht, sich als "Linke" und die Mehrheit als "Rechte" zu bezeichnen.

3. Die Mehrheit sagte: soll die Partei ihrer führenden Rolle gewachsen sein, dann bedarf sie selber der Führung. Das Z.K. muss Führer der Partei sein. Soll das Z.K. die Partei mit Erfolg führen, dann genügt es nicht, dass es aus verlässlichen Genossen besteht, die guten Willens sind. Es genügt nicht, dass es P a p a g e i p o l i t i k treibe, d.h. einfach, die Losungen der Komintern tagtäglich wie ein Phonograph hinausschreien, sondern es muss die Linie, die Losungen der Komintern k o n k r e t auf die österreichischen Verhältnisse a n w e n d e n. In einem Wort: das Z.K. muss aus Genossen bestehen, welche verlässlich, guten Willens, aber auch f ä h i g sind, diese k o n k r e t e A n w e n d u n g politisch-organisatorisch, gewerkschaftlich zu leiten.

Man kann sagen, dass diese Frage: P a p a g e i p o l i t i k o d e r k o n k r e t e A n w e n d u n g oder anders formuliert "eine fähige Führung, eine F ü h r u n g d e r F ä h i g e n !" die Achse war, um die sich der Parteistreit drehte und auch heute noch dreht.

Je mehr den Tomann-Koritschoner die Fähigkeiten zu einer konkreten Anwendung der Linie und der Losungen der Komintern auf die österreichischen Verhältnisse fehlten, desto mehr griffen sie nach Mitteln, um sich durchzusetzen und zu behaupten. Es erübrigt sich, diese Methoden und Mittel im Einzelnen zu charakterisieren, umso mehr da seit einigen Monaten sieht, wie diese Mittel und Methoden in wachsender Masse und auch in der deutschen Partei angewendet werden. Diese Methoden und Mittel, womit die österreichischen "Linken" den Geist der K.P.G. ertötet haben.

Allein die österreichischen "Linken" konnten damals im Parteistreit nur siegen und sich später solange behaupten, weil sie auf verschiedenen Seiten Unterstützung fanden:

a.) zunächst einmal bei allen Fraktionen der K.P. Ungarns. Mögen sich die ungarischen Kommunisten untereinander noch so streiten, in Bezug auf die K.P. Oesterreichs sind sie sich einig, dort eine solche Führung zu erhalten, die K.P. Ungarns absolut zu Willen ist. Je weniger diese Führung versteht, je weniger Selbstvertrauen, Selbstbewusstsein sie hat, desto besser.

b.) Dann fanden die österreichischen "Linken" Unterstützung bei Neurath und der war bei Ausbruch des Parteistrits Referent in österreichischen Angelegenheiten bei der Komintern.

c.) Sie fanden Unterstützung an der Kleinheit Oesterreichs und der österreichischen Partei. Denn das hatte zur Folge, dass keiner der Führer in Moskau und auch keiner der Führer der grossen kommunistischen Parteien die österreichischen Dinge einmal etwas näher unter die Lupe nahm und so konnten die Kominternvertreter nach Belieben schalten und walten. Niemals wurde ein Kranker von seinen Aerzten so misshandelt wie die Oesterreichische Partei von den Komintern-Vertretern, die sich da im Laufe der Zeit abgelöst haben.

d.) Vor allem aber fand die österreichische "Linke" Unterstützung in der damals (Ende 1922) zum ersten Mal auftauchenden Einstellung der Komintern: "G e g e n d i e F ü h r e r - f ü r d i e F e l d w e e l !", jene Einstellung, die August Thalheimer 1 1/2 Jahre später

„noch richtigerer Weise als die „Theorie der unbeschränkten Eläter“ gekennzeichnet hat. Die Komintern entschied für die Feldweibel und das gab den Ausschlag. Auf dem Parteitag März 1923 siegten die Feldweibel, die - „Linke“.

In österreichischen Parteikonflikt spielte von allem Anfang an eine zwar nicht entscheidende, aber doch wichtige Rolle der Kampf um die Reinheit der Partei, eben weil die Unreinheit der Partei ein schweres Hindernis war, das Vertrauen der Arbeiterschaft zu gewinnen. Gegen Tomann wurden schwere, ehrenrührige Anschuldigungen erhoben, die achtgliedrige, vom Zentralschuss der Partei eingesetzte Untersuchungskommission hatte als Beweis festgestellt: Tomann hat zusammen mit dem Parteikassierer Tober ohne Wissen der Parteileitung aus Parteigeldern einen Geheimfond gebildet. Der Parteikassierer hat diesen Fond ohne Wissen der Parteileitung während der Inflationszeit verwendet zum fortlaufenden Wechsel von Valuten. Als die Zentrale zufällig darauf kam, weigerte sich der Parteikassierer durch 2 1/2 Tage das darüber geführte Buch samt Geldern und Belegen der Zentrale vorzulegen. Die Behauptung des Kassierers, Buch, Belege, Gelder seien von der Kontrollkommission kontrolliert und entlastet worden, erwies sich als unwahr. Statt dessen war im Buch, als es dann nachträglich der Zentrale dann doch vorgelegt wurde, eingetragen: „Kontrolliert“, unterschrieben „Karl Tomann“. Es wurde festgestellt, dass der Kassier während der kritischen 2 1/2 Tage insgeheim Tomann, der auf Sommerurlaub weilte, aufgesucht hatte. Die Frage, ob die Eintragungen ins Buch erst während der kritischen 2 1/2 Tage geschehen ist oder vorher, konnte nicht entschieden werden. Der Zentralschuss beschloss den Ausschuss des Parteikassiers, schrieb über den Fall Tomann, weil er den Skandal vermeiden wollte. - Kritischer und seinen Leuten waren die Verflechtungen Tomanns bekannt, aber sie geben den korrupten Elementen moralische Deckung, um sich ihrer Unterstützung beim Parteistreit zu versichern.

Der Sieg der „Linken“ auf dem Parteitag brachte „die Reinkaschung“ und die Wiederentlassung des Kassiers Tober. Es war eine solche Reinkaschung, dass das Vertrauen zur Partei dadurch auf das schwerste erschüttert wurde.

In die Zentrale und in den Zentralschuss wurden nur „Linke“ gewählt.

Vom Parteitag März 1923 bis zu den Oktoberwahlen 1925.

In politischer Beziehung ist diese Phase charakterisiert durch die Papageipolitik, durch die Taktik des Nachhinkens hinter der S.P. (Schwanzpolitik), durch die Ablehnung der Losung Arbeiter- und Bauernregierung, die durch die Losung der proletarischen Diktatur ersetzt wurde, durch die Ablehnung der Einheitsfronttaktik (mit dem Mund wurde von Einheitsfront von unten gesprochen, in der Praxis aber reduzierte die Partei ihre Tätigkeit auf direkte Agitation). Kunterbunt mit dieser Linkseinstellung vereint, wurde Rechtspolitik getrieben, besonders auf gewerkschaftlichem Gebiet oder es wurde sogar vor der Öffentlichkeit Linkspolitik gemacht und zugleich in den Beratungszimmern, dort wo man mit den S.P.-Sekretären beisammen sass (Obmännerkonferenz der Metallarbeiter, Lohnkommission der Textilarbeiter) rechte Politik gemacht.

Parteipolitisch folgen am Tage nach dem Parteitag: die Entlassung sämtlicher „rechter“ Angestellten, die Absetzung sämtlicher „rechter“ Funktionäre in leitenden Stellungen, die Ausschaltung sämtlicher „rechter“ vom Referieren, Bildungsarbeit, kurz von jeder Art Parteiarbeit. Die Rechten wurden mechanisch von jeder Berührung mit den Organisationen abgeschnitten. Massregelungen und Ausschlüsse folgten Schlag auf Schlag. Konnte man nicht verhindern, dass die „Rechten“ da und dort zu Worte kamen, so wurden ihre Worte in der „Roten Fahne“ einfach verdreht und jede Berichtigung abgelehnt. Kurz ein mechanischer, bürokratischer Zentralismus hielt die geringste Regung in der Partei nieder,

Jedes Parteileben erstarb. Innerhalb der 6 Monate nach dem Parteitag verlor die Partei einen grossen Teil der Sympathisierenden, die Hälfte ihrer Mitglieder, die Hälfte der Abonnenten der "Roten Fahne".

So trat die Partei an die Wahlen zum Nationalrat heran. Die "Rechte" war dafür, dass die Partei selbstverständlich für sich allein in den Wahlkampf gehe; aber dass sie ihre Wahloffensive taktisch geschickt vorbereite. Sie schlug unter Berücksichtigung der Kräfteverhältnisse und der Stimmung in der österreichischen Arbeiterschaft folgende Anwendung der Einheitsfronttaktik vor: Von langer Hand Einleitung einer breit angelegten Kampagne in der Hauptsache mit den Losungen "Alle Lasten auf die Bourgeoisie", "Bewaffnung des Proletariats", "Bieder mit der Kapitalistene Regierung", "Schluss mit der Koalitionspolitik", "Hier mit der Arbeiter- und Bauernregierung". Öffentliche in den Betrieben gut vorbereitete Aufforderung an die S.P. für diese Losungen mit der K.P. in Einheitsfront zu kämpfen und wenn sie öffentlich darauf eingeht, zugleich das Angebot für dieselben Losungen gemeinsam mit ihr im Wahlkampf durchzuführen. Dieses Angebot hätte die S.P. ablehnen müssen. Sie wäre dadurch in der damals entscheidenden Lastenfrage der Genfer Frage und zugleich in der Regierungsfrage demaskiert worden. Die Partei hätte eine klare Plattform gehabt. Die "Linke" bezeichnete diese Taktik als "menschewistisch", denunzierte sie als den Versuch eines Bündnisses mit der S.P. Die grosse Mehrheit der Partei war für diese Taktik. Die "Linke" löste die zentralen Vertrauensmänner-Versammlungen vor der Abstimmung auf, um den Mehrheitsbeschluss der Vertrauensmänner zu verhindern. In Moskau wurde für die "Linke" Taktik entschieden. Die Partei rannte ohne jede taktische Vorbereitung in direkten Frontalangriff vor und es kam was die "Rechten" unter den gegebenen Kräfteverhältnissen und der gegebenen Massenstimmung vorausgehen hatten: eine zerschmetternde Wahlniederlage.

Nach der Wahlniederlage Oktober 1923 bis zum 7. Parteitag März 24.

Es gab gar keine Ausrede. Die Verantwortung für die Wahlniederlage lastete auf der "Linken". Die Position der "Linken" Zentrale war unhaltbar. Da sprang Neurath als Komintern-Vertreter und österreichischer Referent bei der Komintern ein. Die Schuld treffe die Gesamtpartei, die Führer der Fraktionen müssten weg. Das setzte er auch bei der Komintern durch (praktisch wurde das so gemacht: Frey war schon längst weg; schon vor der Wahl, war er einem Ruf der deutschen Zentrale zur aktiven Arbeit beim Oktober-Aufstand gefolgt. Ihn sollten auch Tomann und Koritschoner weg; Koritschoner wurde einfach "krank", Tomann reiste auf 48 Stunden nach Deutschland und desertierte dann zurück und 2 Monate desertierte er ebenso innerhalb 24 Stunden aus der Tschechoslowakei.). Neurath setzte kurzerhand die "Linke" Zentrale ob, hielt Tomann und Koritschoner im Hintergrund und liess von dem "linken" Zentralausschuss ihre Hauptmacher in die neue Zentrale gehen, in die zum Schein auch einige "zentrale" Arbeiter hineingenommen wurden. Und nun begann die Vorbereitung des Parteitags.... Neurath blieb zu diesem Zwecke mehrere Monate in Wien.

Der 7. Parteitag (März 1924).

Und dennoch: Trotz aller "linker" Vorbereitungsarbeit, trotz Ausschaltungen, Massregelungen, Ausschlüsse, Suspendierungen usw., die "Rechte" hatte auf dem Parteitag eine knappe, klare und vor allem absolute unerschütterliche Mehrheit und sie legte eine politische Resolution vor, die in klarer Weise mit der "linken" Politik gründlich abrechnete. Durch 2 1/2 Tage zögerte Neurath alle entscheidenden Abstimmungen hinaus. Er versuchte es mit allen Mitteln, der Ueberredung, der List, des Druckes, aber es half nichts. Und so hat Neurath kurzer-

hand - den Parteitag aufgelöst. Und nun setzte er ein fünfgliedriges "linkes" Direktorium ein mit Neurath als Vorsitzendem.

Vom 7. Parteitag März 24 bis zur Reichskonferenz November 24.

Politisch wurde die Papagei- und Schwanzpolitik fortgesetzt. Parteipolitisch feierte der bürokratische Zentralismus die höchsten Triumphe. Der Einfluss der Partei ging immer weiter zurück. Die Sympathisierenden verschwanden immer mehr, immer mehr schrumpfte die Mitgliederzahl zusammen.

Zwischendurch kamen einige deutsche Genossen nach Oesterreich, so Wurm und Ulbricht, allerdings nur vorübergehend. Sie standen zwar der "Rechten" feindlich gegenüber, hielten zur "Linken", aber brachten doch einen doppelten Fortschritt: sie unterstützten objektiv das Bestreben der "Rechten" anstelle der Unklarheit als Prinzip und als System, die Partei zur politischen Klärung zu bringen. Darüber hinaus aber förderten sie den Kampf um die Reinheit, indem sie die korrupten Elemente in der Partei zurückzudrängen suchten. Insbesondere Wurm gewann mit einem Teil der "linken" Gefolgschaft Kontakt, nämlich mit Koplenik u. Genossen (Nordsteiermark und ein Teil von Niederösterreich). Diese begannen nun kritischer auf Tommanns Verhalten zu schauen. Tommann aber organisierte kurzerhand einen täglichen Angriff einiger, doch dazu sozialdemokratischer Arbeitsloser gegen Wurm, Koplenik, und als Koplenik, der Orgsekretär der Partei in die Ecke gedrückt war, da ohrfeigte ihn Tommann eigenhändig ab. Das alles in den Räumen der Parteizentrale in einer Sitzung des Arbeitslosenkomitees. Daraufhin bekam das Zentrum, das sich inzwischen unter Führung Wurms in der Partei etabliert hatte - es wurde um diese Zeit durch den aus Bayern geflüchteten Zentrumsmann Frank verstärkt, der dann nach Wurms Abgang die Führung des Zentrums übernahm - kützte Mut und schloss den Tommann kurzerhand aus der Partei aus. Grosser Sturm der "Linken", Neurath kam aus - rag zu Hilfe, Remmle aus Berlin, dem Zentrum begann sein Mut zu sinken, den Rest besorgte die Komintern: Tommann wurde wiederaufgenommen.... Und nun wurde rasch eine entsprechend zusammengesetzte Reichskonferenz einberufen.

Die Reichskonferenz vom 18. November 1924.

Ihr Ergebnis war die Wahl einer Zentrale, in der das Zentrum, das sich inzwischen unter Frank ausserordentlich links lackiert hatte, die Führung hatte. Die "Linke" zog verstärkt ein. Zwar kam nicht Tommann, doch aber Koritschoner in die Zentrale. Tommann aber konnte ruhig weiter in Wien bleiben und in der Partei arbeiten. Von der "Rechten" zog man zum Schein einige Arbeiter und in die Zentrale und zwar die weichsten der Weichen. /rechte/ Die Resolution, die auf dem zusammengebrachten Zentralausschuss der ad hoc gebildet worden war, von Remmle, und ~~Genossen~~ Frank u. Genossen zur Annahme gebracht wurde, besagt in der Hauptsache:

Politisch: Die Lage in Oesterreich ist "unmittelbar revolutionär". Die wichtigste Gegenwartsaufgabe der österreichischen Partei ist die unmittelbare Vorbereitung des bewaffneten Aufstands.... Die S.P. ist die dritte Partei des Bargetums... Einheitsfront von unten... Diktatur des Proletariats - das wurde dann durch Monate tagtäglich hinauspapageit. Diesen "linken" Phrasen stand in der Praxis gegenüber "rechtes" Handeln: Bei der Empörung der Grönbacher Bergarbeiter Januar 1925, obwohl sich 2/3 für die Ausrufung des Streiks entschieden, halfen Koritschoner; Frank, Peter den sozialdemokratischen Bonzen den Streik abzubrennen.

Demgegenüber verlangt die "Rechte" politisch; Schluss mit der Phrasendrescherei. Es genügt nicht zu schreiben, dass die S.P. die dritte Partei der Bourgeoisie ist. Vielmehr muss dies die K.P. den Arbeitern

konkret

in tagtäglicher Arbeit/Beweisen. Schluss mit der Papageipolitik: Konkrete Anwendung der Linie und der Lösungen der Komintern auf Oesterreich! Nüchternste Einschätzung der Lage: die Gegensätze in Oesterreich beginnen sich in revolutionärer Richtung zuzuspitzen, die Lage ist noch nicht "unmittelbar revolution". Nicht die unmittelbare Vorbereitung des Aufstands ist die nächste Hauptaufgabe der Partei, sondern die Isolierung zu durchbrechen, dafür arbeiten, dass die Arbeiter die Partei überhaupt erst wieder anhören, Kontakt mit den Massen gewinnen, Kampf für ihre tagtäglichen Sorgen, all das selbstverständlich ausgerichtet auf den bewaffneten Aufstand und zusammengefasst durch das Aufrollen der Machtfrage unter der Losung der Arbeiter- und Bauernregierung.

Partei-politisch: Schuld an der Parteikrise, an dem Niedergang sei die G e s a m t p a r t e i. Sowohl die Tomann-Koritschauer (das ist richtig), als auch die Frey-Gruppe (dafür konnte auch nicht ein konkretes Beispiel angeführt werden) hätten Schwanzpolitik getrieben, das sei die Hauptursache der Krise und die zweite Ursache sei, dass der Parteistreit nicht um politische, sondern um persönliche Fragen geführt werde.

Demgegenüber erklärt die "Rechte": Schuld an der Krise, am Niedergang ist nicht die ganze Partei, sondern nur ein Teil der Partei und zwar die "Linke", die "linke" Politik, die "Linke" Partei-politik. Der Parteikonflikt geht gewiss auch um die Reinigung der Partei von korrupten Elementen, aber die Hauptfragen sind politische Fragen: Schluss mit der Unklarheit, politische Klärung der Partei, richtige politische Linie, Schluss mit der Papageipolitik - konkrete Politik! Die Partei muss führen! Die Partei ist die höchste Organisationsform, Unterstellung aller anderen Organisationsformen unter die Partei! Eine fähige Führung, Führung der Fähigsten in der Partei!

Aber das Zentrum braucht diese Analyse der Parteikrise, denn wenn beide Teile schuld sind, dann haben beide Teile Unrecht, dann kann eben nur ein dritter Faktor die Führung der Partei übernehmen, und so etablierte sich nun Frank zusammen mit Holzerik und Pfla als - "S o l s c h e w i k i s c h e r L e r n". Da sie sich zugleich als genügend "links" betrachteten und zugleich den "Linken" genügend Spielraum liessen, bekamen sie von Remele, Neurath und den nunmehrigen österreichischen Referenten in Moskau, den Linken Heinz Neumann den Segen.

Nach der Reichskonferenz bis heute.

Nach der Reichskonferenz wurde der Kurs immer "linker". Schon vor der Reichskonferenz hatte sich Frank dem Peter (-Werner Hirsch) zu Hilfe gerufen. Dieser war s.Zt. mit Levi aus der deutschen Partei ausgetreten, blieb dann durch 2 Jahre der kommunistischen Bewegung fern. Nach dem Oktoberaufstand gerichte er, sein Interesse der kommunistischen Bewegung wieder zuzuwenden. Man wurde er kurzarbeiend von Frank ohne überhaupt Mitglied einer kommunistischen Partei zu sein, bakxix-zum Chefredakteur der "roten Röhre" in Wien ernannt. Seither ist der Levit Werner Hirsch - Ultralinker und was für einer! Er hat öffentlich folgenden Leitsatz ausgesprochen: Die K.P. Oesterreichs muss der linken Kominternführung und der linken K.P.D.-Zentrale immer um einen Schritt vora sein!

Bald hatte der ultralinke Werner Hirsch den weichen, fortwährend schwankenden, urechten Zentrumsman Frank die Zügel aus der Hand genommen. Werner Hirsch ist heute Führer der Oesterreichischen Partei und versucht nun mit Koritschauer und dessen paar Getreuen eine "rein konsolidierte Linksführung". Unter Peters (Werner Hirsch) und Franks Führung ist die österreichische Partei in kurzer Zeit die weitaus "linkste" Partei der Komintern geworden, d.h. nirgendwo werden so viele Riesensphrasen gedroschen, aber auch nirgendwo hören die Arbeiter der K.P. so wenig zu wie gerade in Oesterreich. Die Partei ist noch mehr zurückgegangen. Nicht ein einziger sympathisierender. Es ist ein un-

ensen der Grünbacher Bewegung durch Frank, Koll, Schöner-
er vielen in der Partei die Augen geöffnet. Auf der Vertrauens-
konferenz Mitte Februar in Wien hatten die Rechten die klare
Mehrheit. Die Linke zog es vor, vor der Abstimmung zu verschwinden, um
zu verhüllen, dass sie die Minderheit ist. Und hinter dem "bolschewis-
tischen Kern" stand überhaupt niemand. Koritschoner wurde nunmehr aus-
gelacht, Peter ostentativ als Levit bezeichnet und Frank wurde als der
brave Kerl gefeiert, der von Fehler zu Fehler schwankt, aber wenig-
stens so ehrlich sei, das zuzugeben. Der "bolschewikische Kern" und
die "Linke" sind am Rande...

Sie haben das in der "Roten Fahne" einfach verschwiegen, damit die
österreichischen Provinz-Genossen davon nichts erfahren, denn nur in-
dem sie mechanisch die Provinz-Genossen von den Wiener Genossen trennen,
sind sie überhaupt noch imstande, sich einen gewissen Einfluss in der
Provinz zu erhalten.

Die neueste Resolution der K.I. über die österreichische Frage.

25

Am 6. März wurde plötzlich, ohne dass die "Rechte" davon wusste, oder
gehört worden wäre, in Moskau eine Resolution zur österreichischen Fra-
ge beschlossen. Trotzdem bedeutet diese Resolution nach vielen Bezie-
hungen bedeutenden Fortschritt. Namentlich in der so wichtigen Gewerk-
schaftsfrage spricht sie eine überaus klare und scharfe Sprache, lei-
der ohne personelle Garantien zu setzen, sodass dass alles wie seit 2
Jahren beim Alten bleibt. Die Resolution die wichtigsten politischen
Fehler der Reichskonferenz vom November 24, namentlich was die "linke"
Bewertung der Lage in Oesterreich und ihre Perspektiven und was die
Notwendigkeit der Bekämpfung des Sektens-Charakters der Partei betrifft.
Leider wird hier Unklarheit dadurch hervorgerufen, dass die Resolution
trotzdem zum Schluss sagt, dass die Komintern die Beschlüsse der Reichs-
konferenz billigt, während sie eben vorher eine ganze Reihe von Forderungen
korrigiert hat. In Bezug auf die Parteikrise nimmt die Komintern plötz-
lich einen ganz neuen Standpunkt ein. Bisher sah sie nur persönliche
Differenzen und wollte von politischen Differenzen nichts wissen. Nun
ist gar keine Rede mehr davon, dass es sich um persönliche Dinge han-
delt. Die Krise habe ihre Ursache in politischen Fehlern, aber in poli-
tischen Fehlern der G e s a m t p a r t e i, a l l e hätten Fehler
gemacht und daraus wird nun durch die Blume der Schluss gezogen, die
Führung solle in den Händen des "bolschewikischen Kerns" bleiben, der
alle Kräfte da in der Partei zur Mitarbeit heranziehen solle. Da die
"Linke" bisher niemals ausgeschaltet war, wohl aber die "Rechte", so
bedeutet das, dass nun die "Rechte" zur Mitarbeit herangezogen werden
soll. Die "Linke" hat von der "Rechten" die Partei in guten Zustand
übernommen: 10 000 Mitglieder, 25 000 Sympathisierende. Sie hat die
Partei vollkommen heruntergebracht. Der "bolschewikische Kern" hat
der Partei den Rest gegeben und nun soll die "Rechte" dem Karren hel-
fen, den Karren aus dem Dreck heraus- und vorwärts zu ziehen, - unter
Führung des "bolschewikischen Kerns".

Die gegenwärtigen Kräfteverhältnisse .

In der Mitgliedschaft hat die "Rechte" eine knappe Mehrheit. Sie
hat die klare Mehrheit in Wien, ausserdem hat sie in der Provinz die
Grünbacher Bergarbeiter, verschiedene Betriebszellen in Niederöster-
reich, Oberösterreich und die Betriebszellen in Graz. - Die "Linke" hat
etwa 30 % hinter sich, vorwiegend in Wien, in der Provinz nur sehr
wenig. Der "bolschewikische Kern" hat in Wien gar nichts hinter sich,
in der Provinz, Nordsteiermark, Kärnten, Salzburg, Tirol, Vorarlberg,
einen Teil von Oberösterreich, einen Teil von Niederösterreich. Das
will nicht viel besagen, denn die Partei hat in der Provinz herzlich
wenig. Aber der "bolschewikische Kern" hat den Parteiapparat, die Par-
teipresse, hat die Unterstützung der Komintern und so kann er sich
halten mit seinen kaum 15 %, wobei er sich mit den "linken" 30 % koa-
liert. Die "Rechte" hat die Komintern nicht als Bedrohung des "bol-

schewikischen Kerns".

Perspektiven.

Die österreichische Frage wird ausschlaggebend beeinflusst von dem Kurs in der Komintern und von dem Kurs in der K.P.D. Wird die Erweiterte Exekutive den bisherigen parteipolitischen Kurs festhalten, dann wird es in Oesterreich zu einer Koalition des "bolschewikischen Kerns" mit der "Linken" kommen (Werner Hirsch-Frank-Koplenik-Fiala-Koritschner-Tomam), die sich auf dem Parteitage eine knappe Mehrheit "erobern" werden, aber innerhalb 3, spätestens 6 Monaten endgültig und unwiderruflich abgewirtschaftet haben. Dann wird nurmehr eine "rechte" Führung möglich sein.

Kommt es aber zu einer der Mitgliedschaft halbwegs erkenntlichen Wendung auf der Erweiterten Exekutive, dann wird es schon jetzt (der nächste Parteitag ist Ende April, Anfang Mai), trotz der neuen Resolution der Komintern, welche den "bolschewikischen Kern" konservieren will, in der österreichischen Partei zu einer ersten Wendung, zum ersten wirklichen ersten Schritt zur Gesundung kommen. ☒

Eine volle Gesundung der österreichischen Partei freilich ist nur möglich, wenn die Losungen verwirklicht sind: Führung der Fähigsten, Schluss mit den Korruptionisten. Das sind die parteipolitischen Losungen der "Rechten". Im Zeichen der "rechten" Politik wird die Partei gesunden, unter Führung der "Rechten" wird die K.P.Oesterreichs aufwärtsmarschieren.

So klein die österreichische Partei ist: die Ereignisse in ihr sind doch auch wichtig für die Entwicklung in der deutschen Partei. Der Feldweibel-Kurs, die Theorie der "unbeschriebenen Blätter", sie wurde zuerst in Oesterreich praktiziert, lange bevor man zu ihrer Anwendung in Deutschland geschritten ist. In Oesterreich sind die Vorbedingungen zur Liquidierung dieses für die kommunistischen Parteien so schädlichen Kurses am weitesten vorgeschritten. Kommt es zu einer baldigen Liquidierung dieses Kurses in Oesterreich, dann wird sich dieser Kurs in Deutschland nicht lange halten lassen, und erst recht umgekehrt.

-.---.-.

Mein Brief ist etwas lang geworden, aber Du hast so gar nichts über die österreichische Frage gewusst, und ich bin zufällig über sie sehr gut orientiert und es ist ein Krankheitsherd, der über die österreichischen Grenzen hinaus die Komintern schädigt. Darum habe ich Dir so ausführlich geschrieben.

Viele Grüsse

Dein Viktor.

Zur erweiterten Exekutive.

Antrag des Pol.-Büros an den Partei-Vorstand.

I. Die Zentrale der K. P. D. nimmt die Beschlüsse des Exekutivums der Komintern, die es nach Vorschlag der Interreligiösen Kommission zur interreligiösen Frage gefaßt hat, zur Kenntnis. Sie ist mit der Analyse, der Perspektive und den sich daraus ergebenden Aufgaben vollkommen einverstanden. Sie begrüßt insbesondere die Bestätigung der Linie der Reichskonferenz durch die Exekutive der Komintern. Ebenso stellt sich die Zentrale vollkommen auf den Boden der allgemeinen organisierten Arbeiterbewegung der Revolution.

II. In Bezug auf die Genossen F r e y und F o r s t e r ist die Partei der Auffassung, dass die Rückkehr dieser zur Konsolidierungs- und politischen Klärungsprozess der Partei erschweren würde. Der einzige Weg aber zur Gesundung der Partei, d. h. zur Überwindung der personellen Fraktionen ist insofern, wie auch nach Ansicht der Gewinung des Vertrauens der breiten proletarischen Massen, ist die Einheitsqualifizierung, d. h. die Sammlung der Parteimitglieder nicht auf der politischen Linie der Reichskonferenz. Die Rückkehr des einen oder anderen der beiden ehemaligen Fraktionsführer im Augenblick würde bewirken, dass eine große Anzahl von Genossen, die heute schon im Begriff stehen, sich von den personellen Fraktionen abzulenken und politisch an der linken Linie zu stehen, wieder an die personellen Subfraktionen getrieben würden. Statt der Orientierung nach politischen - prinzipiellen Gesichtspunkten würde sich eine Scheitern lediglich auf Grund der personellen Differenzen ergeben, die kollektiv für die Linienorientierung als verlässlich gelten könnte. Da sich die gesamte Parteimitgliedschaft mit wenigen Ausnahmen an den Fraktionskämpfen beteiligt hat, gibt es keine Reserven, aus denen man bei der ideologischen Ausbildung der Partei schöpfen könnte. Infolgedessen obliegt die Partei der Exekutive vor, unabhängig von der Aufhebung des Fraktionsverbotes für die Gen. F r e y und F o r s t e r in der

Komintern ihnen eine Rückkehr nach Oesterreich vor dem Abschluss des Konsolidierungsprozesses der K. P. Oe. nicht zu gestatten.

III. Sollte das EKKI aber aus anderen Gesichtspunkten für eine frühere Rückkehr der beiden Genossen sein, ^{so wollen wir nicht allein darauf} ~~so sind wir überzeugt~~, dass das EKKI zur Förderung der Linken Konsolidierung eine Rückkehr der Genossen nicht vor dem Parteitag zulassen wird.

IV. Auch in diesem Fall käme die Mitarbeit der Gen. Tomann und Frey oder eines der beiden in zentralen Funktionen wie überhaupt jedes Genossen nur dann in Frage, wenn der betreffende Genosse eine gewisse Garantie für die wirkliche Einhaltung der Linie der Reichskonferenz bietet und wenn die organisatorischen Voraussetzungen dafür gegeben sind, dass ein Abweichendes betreffenden Exponenten einer ehemaligen fraktionellen Richtung von der Linie der Reichskonferenz unter allen Umständen verhindert, resp. neuerliche Vorstöße erfolgreich abgewehrt werden können. Als diese Garantie genügt nicht die blosse vorbehaltlose Anerkennung der Resolution der Komintern durch den einen oder anderen der beiden Genossen, es müssen vielmehr die beiden Genossenklare und unzweideutig vor dem obersten Forum der Partei, dem Parteitag, zu bestimmten konkreten politischen und organisatorischen Fragen aus der jüngsten, aktuellen Vergangenheit der Partei seit der Reichskonferenz Stellung nehmen. Nur die einwandfreie Beantwortung dieser Fragen kann der Partei die Gewähr dafür ~~bringen~~ verschaffen, dass die Genossen gewillt sind, die Linie der Reichskonferenz einzuhalten.

Ohne diese klare und konkrete Stellungnahme würde eine Betrauung mit zentralen Funktionen eines oder des anderen der beiden Genossen nicht auf Grund jener politischen Gesichtspunkte erfolgen, die nach den jüngsten Erfahrungen der Partei **a l l e i n** und **a u s s c h l i e s s l i c h** für die Führung der Partei ausschlaggebend sein sollen. Wenn man ohne diese Garantie den Genossen verantwortlichen Anteil an der Leitung der Partei

geben würde - eine untergeordnete Beschäftigung erscheint uns als unfruchtbar
es würde das ein Abgehen von der klaren Linie der Partei bedeuten, die durch
die Vorbereitung des Parteitage und auf diesem selbst eine Parteiführung
eine eine Konzentration an die frühere ZK-Konzeption, ausschließlich nach
dem Gesichtspunkt linker, bolschewistischer Zuverlässigkeit schaffen will.

V. Wesentlich ist deshalb die Einberufung des Parteitage, die nach der
Sitzung der erweiterten Exekutive mit größter Beschleunigung erfolgen muss
der Parteitag allein vermag der kommenden Parteiführung diejenige organisatorische
Grundlage zu verleihen, die notwendig ist, um eventuelle neue fraktionelle
Vorstände mit der gebotenen Entschiedenheit niederzulegen.

VI. Die Zentrale der K. P. G., nicht Zentrale von den neuartigen Vor-
ständen der Linken in Deutschland (Stuttgarter Fraktion) und verurteilt
diese aufs Schärfste. Sie beauftragt ihre Delegation auf der erweiterten
Exekutive, in dieser Frage gemeinsam mit der Deutschen Zentrale vorzugehen.

VII. Die Zentrale der K. P. G. verurteilt gleichfalls die burokratischen
Kline darüber Genossen der ehemaligen Deutscher Mittelgruppe, die zwar es
nicht gegen die politische Linie der K. P. G. auftraten, aber dementsprechend
gegen die linke Parteipolitik der Deutscher Zentrale vorzugehen.

Die Zentrale der K. P. G. ist der Auffassung, dass die Falschcharakterisierung
konzeptioneller oder parteieller nicht ohne organisatorische Konsequenzen
innerhalb der Partei, d. h. Ausschaltung der schamhaften und rechten Ele-
mente von einem Einfluss auf die Parteimitgliedschaft und den Parteiparat
erfolgen kann. Sie erklärt sich völlig solidarisch mit der gegenwärtigen
Führung der K. P. G.

VIII. Zur Lage in der K. P. G. erklärt die Zentrale der K. P. G., dass
es in dem Verhalten der Genossen der Exekutive entschieden ablehnt
und sich mit dem Beschlüssen des Zentral - Ausschusses der K. P. G. so-
lidarisch erklärt. Auch in der K. P. G. kann nur eine endgültige Durch-
setzung des linken Ansatzes

ertrag des linken Kampfs die völlige Aktionsfähigkeit der Partei also die
re Mobilisierung herbeiführen.

II. Die Zentrale der K. P. C. beauftragt ihre Delegierten auf der
Erweiterten Exekutive im Sinne dieses Beschlusses die Partei zu vertreten.

A n l a g e

zur Resolution der Mehrheit des Pol. - Büros

Folgende Fragen sind an die Genossen Tomann und Frey sowie an alle Genossen, die für die Parteiführung in Frage kommen, auf den Parteitag vorzulegen.

1. Welche Stellung hat der Genosse zur Weihnachts-Arbeitslosen Aktion? Verurteilt der Genosse die Verstöße einzelner Parteigenossen, die die Führung dieser Arbeitslosen-Aktion durch die Partei und die "Rote Fahne" als putschistisch bezeichnet haben?
2. Welche Stellung hat der Genosse zu den Verstößen einzelner Partei-Vorstands-Mitglieder gegen die Linie der Reichskonferenz in der Frage der Einheitsfronttaktik, wie sie unmittelbar nach der Reichskonferenz geschehen sind?
3. Welche Stellung hat der Genosse zu den Fragen des Kampfes von Grünbach? Und zwar:
 - a) Glaubt der Gen., dass es ein Fehler war, dass die Partei sich für den Abbruch des Kampfes aussprach?
 - b) Glaubt der Gen., dass die allgemeinen Fehler der Partei (zu spätes Eingreifen, unklare Einschätzung des politischen Charakters des Grünbacher Kampfes u.ä.w., Folgen der vorhergehenden Schwankungen der Partei zur Frage des Faschismus, der Rolle der S.P. und der Rolle der K.F.G. als einzige Arbeiterpartei waren?
4. Welche Stellung hat der Genosse zu den Angriffen auf die Partei, wie sie auf der Reichskonferenz der Blocks geschehen sind? Verurteilt er diese?
5. Welche Stellung hat der Gen. zu den politisch falschen und

Anlage zur Resolution der Mehrheit des Politischen Büros.

sachlichen Angriffen des Reichsausschusses der kommunistischen Jugend gegen die "Rote Fahne" ?

6. Ist der Gen. bereit, mit allen Mitteln dafür zu wirken, dass in Zukunft gegen jeden Genossen unerbittlich vorgegangen wird,

- a) neue fraktionelle Gruppierungen auf persönlicher Grundlage anstrebt ?
- b) politische Vorstöße gegen die Linie der Reichskonferenz unternimmt ?
- c) die Parteidisziplin in irgendwelchen Körperschaften verletzt, in denen auch Nichtkommunisten (Sozialdemokraten und Parteilose) sich befinden ?
- d) vor Nichtkommunisten die Partei herabsetzt ?
- e) sonstige Disziplinbrüche begeht ?

7. Spezielle Frage an den Genossen Frey : Ist der Gen. bereit, jede Verbindung mit jener Gruppe rechts gerichteter Genossen abzubrechen, die unter der Führung des Gen. Hermann Vorstöße gegen die Linie der Reichskonferenz unternommen haben ?

8. Spezielle Frage an den Genossen Tomann : Ist der Gen. bereit, jede Verbindung mit jener Gruppe rechts gerichteter Genossen abzubrechen, die unter der Führung der Genossen Rihs, Polzer, Forst Vorstöße gegen die Linie der Reichskonferenz und die Komintern unternommen haben ?

Moskau.

Lieber Richard !

Seit Monaten habe ich es unterlassen dir über die Zustände und die Lage in der K.P.C. zu berichten. Ich werde es jetzt nachholen und dir soweit mir einigermaßen Zeit erübrigt weitere Berichte senden.

I. Bis zur Reichskonferenz im November 1924

Am 6. Parteitag haben sich die zwei Fraktionen, die Frey-Fraktion und die Tomannfraktion herausgebildet. Sie haben keine erfundenen Ursachen sondern sind entstanden in einer politisch schleppenden Situation, in der die Mitgliedschaft immer deutlicher die Unfähigkeit der alten Führung erkannt hatte. Rufe dir nochmals die Differenzen ins Gedächtnis zurück, da man besonders in letzter Zeit der Freyrichtung ebenfalls jede Verschönerung absprechen wollte.

A.) Die Tomannrichtung.

Was waren die Gegensätze? Was macht die Tomannfraktion zum Verderben der Partei ?

1. Die Vergiftung der Parteiatmosphäre, die Schmutzskübelargumente, Verdächtigungen, Verleumdungen. Die Kiblerung der Entwicklung führender Kräfte, ihre Korruption. Antisemitische und Intellektuellenhetze. Erwinnere dich an die Argumente : Doktorpartei, Vorstand, Frey ist ein Jude und geisteskrank, Polizeipräsidentengeschichte, u. v. a. m.

2. Politische Korruption. Aus Punkt eins resultiert nicht nur dass die besten Kräfte vergiftet werden, sondern dass diese Fraktion das Sammelbecken für alle Streber und Gauner, für Lumpenproletkrieger wurde. Deswegen leugneten diese Leute jede politische Differenz und bankten ihre Politik auf persönliche Intrigen auf. Sie wuschen jeder Diskussion aus und logen Tatsachen hinweg. Seine politische Meinung in der Partei verbergen ist die erste Voraussetzung des Menschewismus.

3. Offene Korruption. Unbestritten haben sich hier die grössten Gauner zusammengefunden, die unreine Finger haben: Tomann, der den besessenen geheimen Fond mit Töser angelegt hat, dessen Verrechnung er, statt die Revisionskommission unterschrieben hat, Forst, Schlesinger 16, Kulczar, der im Jahre 1920 Gelder unterschlug, Spitz heute Red. bei der Stunde, Janystin der ausgehauen werden musste, zwei wurden in Russland wegen ähnlicher Delikte erschossen.

4. Diese Prinzipienlosigkeit hat die Politik des Nachhinkens mit sich gebracht, die damals von uns bekämpft wurde. Dies zeigte sich bei den Lohn- und gewerkschaftlichen Kämpfen, bei der Gründung der Strassenbahnergewerkschaft. Man wollte mit der Stimmung der Masse gehen, gab ihr aber nicht Ziel und Richtung. Die Politik war ein einziges Schwanken und im steten Hieraufspruch. Ultralinke und ultrarechte Abweichungen in einer Richtung. Ablehnung der Einheitsfronttaktik, der Arbeiter und Bauernregierung, falsche Wahltaktik usw.

5. Gegen den demokratischen Zentralismus. Auton. Liebestrebungen des Gewerkschaftsrates und der gewerksch. Fraktionen. Statutenordruche. Bruch internationaler Beschlüsse. Gewaltakte. Missbrauch der illegalen Organisation. Masseregulungen, Suspendierungen, Unregistrierungen, .

B. Die Freyrichtung

1. Kampf gegen die Rechte in der Partei, gegen das Liquidatorentum. Beweis: Zentralistisches Statut. Urtledigung Strassers, Pollaks, der Strömer. Kampf gegen Menschewismus in der Gewerkschaftsabteilung etc.

2. Erziehung und Aktivierung der Parteimitglieder und Funktionäre. Selbst unter Preisgabe der Popularität. "Schlafkomaunisten", Genfer Aktion, Birnekmord.

3. Fraktionsbildung. Sie erfolgte erst am 6. Parteitag, nachdem die Tomannfraktion ~~sich~~ sich gebildet hatte um den Freyparteivorstand zu liquidieren. Sie dauerte an als einziges Verteidigungsmittel gegen den Durchbruch der eigenen Parteigesetze. Für die T-Fraktion ist die Fraktion ~~gebildet~~

2. Was waren die Differenzen auf der R K ?

A.) Die Frage der "objektiven revolutionären Situation". Wir konstatierten leichtes Ansteigen der Kampfkraft der Arbeiter. Dieser Fehler der Linken wurde später korrigiert. Peter wollte seine Stellungnahme ungeschehen lassen.

B.) Aussengolitisch: Zur Frage des Anschlusses an Deutschland. Wir wollten Anschluss an das revolutionäre Deutschland. Die Linke: "Anschluss an die Revolution". Also praktisch keine Stellungnahme.

C.) Einheitsfronttaktik. Der Kominternvertreter Harrmann, Peter, F., wollten die grundsätzliche Ablehnung der Einheitsfronttaktik, wir nur die org. Konsolidierung und Klärung der Partei, dann unbedingte Anwendung der k o m m u n i k a t i o n Einheitsfronttaktik.

d.) Nur Arbeiter und Bauernregierung. Ein Teil der Linken wollten nur die Lösung Arbeiterregierung, weil die Lösung "Bauern"-Regierung bei den österreichischen Arbeitern unpopulär sein angenommen würde die Lösung Regierung der Arbeiter und landarmen Bauern - was ja nach den Thesen der Komintern nicht richtig ist, denn wir wollen auch die Herausziehung und das Bündnis mit den - Mittelbauern. Wichtig ist aber dass die Linke später diese Parole überhaupt unter den Tisch fallen lies - weil sie glaubte die Komintern werde überhaupt die Lösung: Diktatur des Proletariates herausgeben.

e.) In der Angelegenheit Teranz. Wir wollten den Anschluss, die Linken schoben auf der ganzen Linie zurück.

f.) Die Verurteilung der "fraktionellen Vorstöße" der Freyrichtung war falsch und unerhört, weil sie sich auf lange Zeit vorher bezogen, als die FF längst schon ihre Loyalität der Parteiführung gegenüber erklärt hatte, weil sie sich auf den Boden des Statutes stellte und danach handelte. Diese Verurteilung war daher bei der Freyherb herbeigefahren, am Platze wäre eine offene Anerkennung der Partei gewesen.

g.) Bei der Teranzfrage wurden gegenseitig die schwerer gewerkschaftlichen und politischen ~~...~~ ... und ... gestellt, falsch war die Einstellung ~~...~~ ... die Komunisten seien Linke, Judikalist!

3. Wie gestellten sich die Gegensätze bis zur R K K K - Sitzung ?

A. Gegensätze zu der Linken.

a.) Keine Anwendung der Einheitsfronttaktik.

b.) Unterlassung der Anwendung der Parole Arbeiter und Bauernregierung.

c.) In der Anschlussfrage weder keine Stellungnahme, dann negativ, "Gegen den Anschluss an Hindenburgdeutschland", womit gerade den Arbeitern der Sozialen Partei der Laube an diese Hauferung illusionen verstrickt und die SP nicht entlastet wird. (Begründung später.)

d.) O k o n o m i s m u s statt bolschewistischer Politik.

Diese Forderung steht sich die in Peter Tads n durch die ganze Rote Fahne während der Herrschaft des politischen Büros Peter-Wögerer-Scherr etc. Genf wurde nur als Verschleierung der Lebenshaltung erklärt, man sah nur Lehnkämpfe. Vollständig verfehlt war die die Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Politik. Das heißt man zeigte den Arbeitern nur den lehnpolitischen Weg, gab ihnen keine zusammenfassende Parole, warf nicht genügend die Mitschuld auf, verschwand die Parole "Arbeiter und Bauernregierung" und verfiel damit in die schiedsmekantische negative Lösung - Weg hinter Renekregierung. Das allein genügt nicht.

e.) Die S p o n t a n e i t ä t Theorie. Diese Theorie zeigte sich hauptsächlich darin, dass sie kein Verlassen erklärten, die Tavorungsaktion sein konstruiert, entsprach nicht der Stimmung der Masse; organisierte Vorbereitungen zu einer Bergarbeiter Kampagne seien nicht nötig, die Einberufung einer revolutionären Bergarbeiterkonferenz mit Delegierten, würde die Kampfting hemmen; in der Uberschätzung der Rolle der Masse. Diese Theorie führt darauf hinaus, dass die KP die Kämpfe der Arbeiterschaft überlassen müsse und sich dann konzentriert auf diese Kämpfe stürzen müsse, aber in dem Unverständnis in einer weit geführten Propaganda gegen *gegenüber*.

In diesen Gründen hat das Komitee auch die Vorschläge zu einer breit geführten Propaganda-aktion nach Ablauf der Kampagnenperiode abgelehnt. Peter sagte, dies sei organisatorisch unmöglich.

f.) Die Organisation der Kampagne.

Die erste Entscheidung wurde bei der Vorbereitungsphase, bei der Frage der Bergarbeiterkategorie, bei der dieser Aktion, die Lösung Koritschouers "Inwiefern kann die Polizei eine Handlung verbieten muss die KP aus Protest die Handlung ablehnen" "die Lösung Peters" immer noch eine Massenbewegung" da ist, zeigt, dass die Leute z.B. auf eine bewusste Provokation der Polizei glatt hereinfallen werden. "Besetzung der Regierungsgebäude", "Revolutionäre Führung der Arbeiterschaft" "Sturm aufs Parlament" waren die Lösungen, der Gefahrenweg aber war: ob Sieg oder Niederlage - auf jeden Fall wird die KP gewinnen. Das ist die primitive Auffassung jener Orientierungstheorie wie sie in Deutschland nach den Niederlagen ausgesetzt getreten ist: der Kapitalismus ist in Gefahr begriffen, er kann sich nicht erholen, eine Niederlage mehr oder weniger kann der Partei nicht schaden. Das ist aufgelegter Blödsinn. Die Politik der Partei muss darauf eingestellt sein, dass sie nur unumgängliche Opfer zollt. Es schien aber so, als ob das Um und Auf der Partei darin bestünde, mit den Opfern Propaganda zu machen.

g.) Die Ablehnung der politischen Kampagne.

Jetzt wird es bestritten, aber aus der konkreten Situation, der Genossen Peter. Dieser hat sich klar in der Lösung "stark Aktionspolitik" "stark Propagandapolitik" die Freigabe der politischen Kampagne überhaupt verboten. Gerade wenn die Partei in der von ihnen definierten objektiven revolutionären Situation gestanden hätte, - gerade dann wäre eine konzentrierte politische Kampagne nötig gewesen, um solche Kämpfe auszulösen, auf welche die Linke warten wollte. Die politische Kampagne will die Führung der Masse in die Bahnen der bolschewistischen Politik führen. Dieses aus unseren Mäusen.

h.) Bekämpfung des Individualismus durch die Linke.

Bei der Vorbereitung der Kampagne wurde für größere Inzidenten versucht Kulezner eine Rolle in der linken Linie zu verantworten, in der die Hoffnung ausgesprochen war, dass man mehr die Arbeiterkammer auch die Kämpfe der Arbeiterschaft unterstützen werde.

Bei der letzten Aktion lehnte der Parteivorstand den Vorschlag Komman als partei nicht zu setzen "Arbeiter und Bauernrevolution" ab, und gab daher eine sozialdemokratische Lösung "Kog mit der Arbeiterregierung" aus.

Jeder der Linke der Gewerkschaftsrat in seinen Streit arbeiten liess, gestattete sie die fortgeschrittene Schwaupolitik die derselbe weiterhin betreibt. Erst wenn die Gewerkschaft bereits ihre Forderungen festgelegt hatten, nahm ihrer der Gewerkschaftsrat dazu Stellung, die auf längere Frist um sich die relative Beeinflussung schon in Vorwärt zu sichern.

g.) Organisatorische Anforderungen.

Die Linke der Partei in der Kampagne.

Die Organisation von Arbeiterorganisationen in Wien, die sollte Frankreich sein.

Die waren für Parteipolitikkonferenzen zur Delegierten Wahl für den Parteitag, wir wollten weiterhin die Mitgliederversammlungen.

In allen diesen Punkten, aber es nach Ablauf vieler Monate, haben sie ihre Meinung geändert.

h.) Presse, Radio, Film.

Die Organisationsversuche alle Schuld an dem beispiellosen Misserfolg der 4 roten Jahre der technischen Umwälzung. In diesem Jahr sei sie deswegen besser gewesen, weil die Arbeiterbewegung besser, weil ein gebrochener Arbeitererwerb da war, Frau, Geldern, Komman, "Kochbücher" haben der Partei, so dass eine inhaltliche Verbesserung erzwungen wurde. Es die Linke aber die Arbeit unter der Führung des Menschewismus dieser Genossen ablehnte, erließen die Schrift publicum Genossen als unfruchtbar, die Arbeit allein auf dem Boden. Was sind die Fehler der

Unaktualität, Unverständnis für die revolutionäre Front.

gelehrerrol., Überdrehung, Hervorhebung wichtiger Artikel etc.

Keine Schulung der Arbeiterkorrespondenten.

Die Gewerkschaftspalte ist wieder nur kartellartig nebeneinander.

Keine Heranbildung und keine Organisierung von Mitarbeitern.

Die Rote Faune ist daher auch im ständigen Abnehmen begriffen und hat jetzt scheinbar mit 5.500 Abonnenten den Tiefstand erreicht. Die neu gewonnenen Abonnenten aus der Werbewoche sind wieder verloren gegangen.

B. Gegensätze zur Tomazifraktion

1. Die Neue Linken in der Gewerkschaftsarbeit : Grünbacher Kampf

2. Korintzer hat die ultralinken Liniisten gedockt. Ist mitverantwortlich.

3. Betriebszellenfrage: für Betriebszellen bei den Bauarbeitern, Schuhmachern etc.

4. Kontaktpolitik besteht aus den unter I. angeführten Tatsachen

C.) Scharfer Kampf bis zur Erw. ZKKI-Sitzung

Dieser Kampf der Linken, die sich stark genug glaubte, gegen die ZKKI als auch gegen die GG anlässlich der Künsten ging in den schärfsten Formen vor sich. Sie duldet keine Tarnungen, wenn sie das Lippenbekenntnis zu ihren Thesen ablehnen und bekräftigen die Genossen der GG. Die wurden von der Mitarbeit in der R.P. direkt abgestossen. Der Genosse Holzmann wurde von seinem Betriebszellenressort und von der Agitprop entlassen.

Bei der Komintern lagen Ausschlassanträge gegen Holzmann, Daubler, u.a. vor. Es schien zur Reize zu gehen.

Die GG ging daher von der loyalen Kritik zur verscharften Stellungnahme vor, wie bei der Grünbacher und anderen Linien.

Trotz aller Anstrengungen waren die Angriffe der Linken, gestützt auf den Kominternkurs derart, dass die GG ihren Einfluss auf die Linke dem früheren Zentrum - verloren hatte.

Es war klar : die neue Linke musste sich in der Arbeit diskreditieren, bevor die Illusionen verstreut werden konnten und das ging mit Starneschritten. Denn war klar, dass nur der Linkskurs der Komintern den Literaten unter den Linken den Kopf verdreht hat und uns den guten Elementen unzugänglich machte.

III.) Nach der Erweiterten Exekutive - bis zum Parteitag

Keine Änderung dieser Lage trat fast unvermittelt, mit einem Schlage nach der Erweiterten ZKKI bei Rückkehr der Genossen Wranberg, Koplig, Fiala ein.

1. Gegensätze unter den Linken.

Unter dem Eindruck der Lehren der ZKKI : Kampf gegen die Ultralinken, verlangsamtes Tempo der Weltrevolution, Kritik der deutschen Linken etc, erkannte Koplig die Fehler der Wigerer, Peter. Es kam zu offenen Gegensätzen in den Fragen der Bergarbeiterkonferenz, der Peterischen Massen über die Ergebnisse der ZKKI, in der Haltung der Roten Faune etc. Die Linke teilte sich offenbar in zwei Lager :

Einerseits Koplig, der ehrlich bestrebt war eine richtige Politik zu beginnen

andererseits Peter, Wigerer, die beide zu feige, um ihren ehemaligen Standpunkt zu behaupten, jetzt zurückweichen und alles ungeschehen sein lassen wollen, die bestrebt sind, jetzt Gegensätze zwischen sich und der GG zu leugnen und verschämen zu lassen.

In dieser Situation erwies sich die Taktik und das Verhalten Wranbergs als schädlich, der nach-tien zurückkam durchdrungen von dem Glauben, dass eine eigene Richtung gegen die Frey- und Tomazirichtung gebildet werden muss, nur wenn es eine Überwindung der Gegensätze möglich. Dadurch dass er Fraktionsitzungen duldet und an ihnen teilnahm, verminderte er gerade die Fortentwicklung Kopligs, der trotz der Fehler Peters gerade jetzt den Glauben an die Tragfähigkeit und Nat.

falls ist aber die Linke, wenn sie zu einem Jahr
vergangenheit schweigen will, bestrebt eine Zusammenarbeit mit
der GG anzustreben.

2.) Die Haltung der Tomarsfraktion nach der EEKKI

Unsere Perspektive, die T. Fraktion werde sich nach der EEKKI mit
der Linken gegen uns vereinigen, indem die TF alle politischen Kampagnen
mitmachen werde, während wir unsere politische Linie behaupten, ist
nicht eingetreten. Nicht eingetreten, weil wir uns an der Konsequenz der
Linken irrten. Sie erwiesen sich in der Politik inkonsequent und machten
die Schwankung der EEKKI mit, während sie gerade in der Tomarsfrage
trotz ständigen Zurückweichen und Zurückschrecken ihren Standpunkt
der Liquidierung der TF beibehielten.

Die TF hat sofort nach der Rückkehr mit einer verbotenen Offensive
gegen die Linke eingestrichelt, während wir die GG zu einem Bündnis und
gemeinsamen vorgehen bringen wollte und die Angriffe nahezu völlig ein-
stellte.

3.) Ist ein "Bündnis" möglich und mit welcher Gruppe?

Das nächste Ziel der GG muss sein, taktisches Bündnis mit der Linken
gegen die TF, bei sorgfältiger Herausarbeitung der gemeinsamen Interessen
zu beiden Gruppen. Das Bündnis muss dort sein, dass erreicht wird, den
Kopflängler von dem Flügel Adgerer-Peter loszulösen.

Diese Taktik muss auch auf dem Parteitag fortgesetzt werden.

4.) Wie steht die GG da?

Sie hat manches Zurück erlitten, gewinnt aber die Positionen. Jetzt
wieder zurück. In ganzen und grossen hat sie ihre Einheit gewahrt. Ein
direkter Abfall unserer Anhänger ist nirgendwo eingetreten, wenn auch stark
ke Passivitätserscheinungen zutage getreten sind.

Sie ist die einzige Gruppe, die im allgemeinen den geradesten
in der Partei eingehalten hat und die immer wieder mit ihrer Stellung
nahme recht bekommen hat bis auf eine Frage: Die frühere Arbeiter-
und Beamerregulierungslosung und ev. die Abt. Die Taktik auf
eigentlich nicht damals in Moskau diskutiert, dass die parlamentarische
Taktik in Deutschland und Frankreich zeigt dass unsere Taktik möglich
und bolschewistisch war. In der Arbeiterregulierungslosung haben wir
zu sehr das Zwischenstadium vor der Diktatur und die Möglichkeit eines
Blocks mit der Linken sozialdemokratisch betont. Wir haben den
Kontak mit der Linken gemacht (mit Kori, To, etc) und mit der Linken
geleitet.

Die drei Gruppen werden ungefähr gleich stark am Parteitag er-
scheinen. Wenn die Linke definiert wird, werden sich die Parteien verteil-
len auf die GG und die TF. Es ist möglich dass die GG die schwache numeris-
che Mehrheit auf dem Parteitag erreichen wird.

Es gilt noch immer zusammenzuhalten und eine noch präzisere
Arbeit zu leisten.

5.) Welche Differenzen werden am Parteitag bestehen?

7.) Bei Bericht und Program

- In der Zustimmung der Forderung der Linken am Parteitag
 - In der Beteiligung der Fraktionen und der T. Fraktion
 - In der Einschätzung der Situation
 - In der Forderung der GG (die TF ist für die rev. Organisationsration)
 - In der Einheitsfronttaktik und allen früher gekenn. Fragen.
 - In der Stellungnahme zu Tomars. Die GG ist für Ernennung und gegen
seine Wahl in den Parteivorstand ebenso gegen seine Verwendung als
Gewerkschaftssekretär, wozu er untauglich ist, für seine Verwendung
als Agitator.
 - In der Frage der Zusammensetzung des PV, wobei die Linken zu grosse
Anforderungen auf ihre Vertretung haben.
 - In der Frage des Statuts, wo wir genauere Festlegung verlangen
 - Möglicherweise in der Heranziehung einzelner Personen zur Arbeit.
- Über die Stellungnahme zum Parteitag werden
wir noch näheres berichten.